



Landtag von Baden-Württemberg

122. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 24. Juni 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 14:13 bis 15:20 Uhr

Schluss: 18:18 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	7493	3. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Kürzung der Abgeordnetenentschädigung und der Bezüge der Regierungsmitglieder während der Corona-Krise – Drucksache 16/8026	
Gedenken an den verstorbenen Abgeordneten Klaus Dürr.	7493	b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/8073	
Abstimmung über den Einspruch gegen die Ordnungsrufe gegen Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	7493	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/8244.	7523
1. Aktuelle Debatte – Die verlorene Schüलगeneration muss gerettet werden – sofortige Wiederaufnahme des Schulunterrichts! – beantragt von der Fraktion der AfD.	7493	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE.	7523
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD.	7494	Abg. Nicole Razavi CDU.	7524
Abg. Sandra Boser GRÜNE.	7495, 7505	Abg. Dr. Boris Weirauch SPD.	7525
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU.	7497	Abg. Anton Baron AfD.	7525
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD.	7499	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	7526
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	7501, 7506	Beschluss.	7527
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	7502	4. Regierungsbefragung	
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos).	7503	4.1 Universitätskliniken als unverzichtbare Partner bei der Pandemiebekämpfung	7528
Ministerin Dr. Susanne Eisenmann.	7503	Abg. Jürgen Filius GRÜNE.	7528, 7530
2. Aktuelle Debatte – Gewaltexzesse in Stuttgart – Solidarität mit unserer Polizei – beantragt von der Fraktion der SPD.	7507	Ministerin Theresia Bauer.	7528, 7529, 7530
Abg. Andreas Stoch SPD.	7507, 7521	Abg. Gabi Rolland SPD.	7529
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE.	7509, 7521	Abg. Udo Stein AfD.	7530
Abg. Thomas Blenke CDU.	7511	4.2 Filialschließungen bei Galeria Karstadt Kaufhof GmbH in Baden-Württemberg – was unternimmt das Land insbesondere für die Beschäftigten?	7531
Abg. Bernd Gögel AfD.	7512	Abg. Dr. Boris Weirauch SPD.	7531, 7533
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	7514	Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.	7532, 7533, 7534
Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos).	7516	Abg. Daniel Born SPD.	7534
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	7516		
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos).	7517		
Minister Thomas Strobl.	7518		
Abg. Siegfried Lorek CDU.	7522		

4.3 Stärkung des Rechtsstaats	7534	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr – Drucksache 16/8258	7544
Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU	7534	Abg. Elke Zimmer GRÜNE	7545
Minister Guido Wolf	7534, 7535, 7536, 7537	Abg. Sabine Hartmann-Müller CDU	7546
Abg. Dr. Boris Weirauch SPD	7535	Abg. Gerhard Kleinböck SPD	7546
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	7536	Abg. Hans Peter Stauch AfD	7547
Abg. Jonas Weber SPD	7536, 7537	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	7547
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes – Drucksache 16/8038		Minister Winfried Hermann	7547
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 16/8161	7537	Beschluss	7549
Abg. Reinhold Pix GRÜNE	7537	7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und des Studierendenwerkgesetzes – Drucksache 16/8151	
Abg. Manuel Hagel CDU	7538	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 16/8296	7550
Abg. Reinhold Gall SPD	7539	Abg. Alexander Salomon GRÜNE	7550
Abg. Udo Stein AfD	7539	Abg. Marion Gentges CDU	7550
Abg. Klaus Hoher FDP/DVP	7540	Abg. Gabi Rolland SPD	7551
Minister Peter Hauk	7541	Abg. Doris Senger AfD	7551
Beschluss	7544	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	7552
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs – Drucksache 16/8123		Ministerin Theresia Bauer	7553
		Beschluss	7554
		Nächste Sitzung	7555

Protokoll

über die 122. Sitzung vom 24. Juni 2020

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 122. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist ein trauriger Sitzungstag unseres Parlaments. Unser Kollege Klaus Dürr ist vor wenigen Tagen verstorben. Herr Dürr vertrat die AfD-Fraktion im Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration sowie im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport. Er wird aber nicht nur als Fachpolitiker in Erinnerung bleiben, sondern auch als freundlicher, umgänglicher Kollege und als Mann mit einem Blick für die nur vordergründig kleinen Dinge.

Ich erinnere mich etwa an vorweihnachtliche Touren durch die Büros unserer Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Bei ihnen hat er sich mit Süßigkeiten für ihre Arbeit bedankt. Solche Gesten der Wertschätzung tun gut. Klaus Dürr hatte dafür offenkundig einen Blick.

Eine ähnliche Haltung zieht sich auch durch seine parlamentarischen Anfragen. Klaus Dürr interessierte sich nicht nur für seine Fachgebiete, sondern auch für den Sachstand von Straßensanierungen, Gewerbegebieten oder der Verkehrssicherheit von Zweiradfahrern. Diese vermeintlich kleineren Themen sind es, die das Bild von Politik bei den Menschen vor Ort oft stärker prägen als medial ausgetragene Debatten.

Er hat seinen Anspruch an sich selbst so formuliert – ich zitiere –:

Ich will etwas tun, und zwar für die Menschen. Und wenn es auch nur ein klein bisschen, ein Jota ist, dann habe ich etwas erreicht.

Klaus Dürr hat sich insbesondere für die Perspektiven junger Menschen interessiert. Er war ein regelmäßiger Gast bei Schulbesuchen des Landtags in den von ihm betreuten Wahlkreisen. Ich erinnere mich dabei an einen zuvorkommenden Gesprächspartner, der mich explizit hat wissen lassen: Egal, wie unterschiedlich die Positionen auch sein mögen, wichtig ist, dass man anständig und respektvoll miteinander umgeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, halten wir die Erinnerung an Klaus Dürr in Ehren. Sie können Ihre Anteilnahme in einem Kondolenzbuch ausdrücken. Es liegt vor dem Moser-Saal aus. Wir wünschen der Familie Dürr und allen Hinterbliebenen viel Kraft in dieser schweren Stunde.

Jetzt bitte ich Sie, sich im Gedenken an Herrn Dürr von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Ich fahre fort.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind heute Herr Abg. Halder, Herr Abg. Marwein sowie Herr Abg. Dr. Murschel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ganztätig Frau Staatsministerin Schopper.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 15. Juni 2020 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. –, Drucksache 16/8260. Ich schlage vor, die Mitteilung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Wir haben heute noch über den Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gegen die ihm in der 121. Plenarsitzung am 17. Juni 2020 erteilten Ordnungsrufe abzustimmen. Auf Ihren Tischen liegt die korrigierte Version des Einspruchs von Herrn Abg. Dr. Fiechtner, die die E-Mail vom 18. Juni 2020 ersetzt, die Ihnen direkt zugegangen war. Die Landtagsverwaltung hatte Ihnen beide Versionen vorab per E-Mail zukommen lassen.

Nach § 93 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über diesen Einspruch ohne Beratung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Einspruch. Wer den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für begründet hält und die Aufhebung der beiden Ordnungsrufe fordert, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Mehrheit des Landtags hält den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für nicht begründet und lehnt daher die Aufhebung der Ordnungsrufe ab. Vielen Dank.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die verlorene Schülergeneration muss gerettet werden – sofortige Wiederaufnahme des Schulunterrichts! – beantragt von der Fraktion der AfD

(Präsidentin Muhterem Aras)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Wie immer darf ich an dieser Stelle auch die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Nach solchen Tagen, nach solch einer Woche mit für mich insgesamt zwei Todesfällen – meine Schwägerin ist am gleichen Tag gestorben wie Herr Dürr – ist der Einstieg in diese Debatte, in diese Thematik durchaus erschwert. Aber ich möchte versuchen, auf das Wesentliche zu kommen.

Ich beginne mit der letzten Pressekonferenz von Frau Ministerin Eisenmann. Letzte Woche hat Frau Ministerin Eisenmann in dieser Pressekonferenz bekannt geben müssen – man kann auch sagen: öffentlich zugeben müssen –, was längst bekannt war: Kinder stecken sich kaum am Covid-19-Virus an. Sie sind keine besonderen Infektionstreiber, sie haben ein stärkeres Immunsystem, ausgeprägtere T-Zellen und keinen Rezeptor für das Virus. In der Regel können Kinder den chinesischen Wuhan-Virus bereits im Anfangsstadium recht gut abwehren.

Seit Wochen fordern wir, dass der Regelunterricht mit sofortiger Wirkung wieder aufgenommen wird. Die Landesregierung hätte einfach nur unserem Antrag vom 9. April zu folgen brauchen. Darin haben wir – auch für Sie leicht verständlich – einen Leitfaden geschaffen, um die Normalität im Schulbetrieb wieder aufnehmen zu können. Unter Abschnitt II Ziffer 1 steht für jedermann lesbar, die Landesregierung möge sich dafür einsetzen,

die Normalität im Alltag der robustesten Bevölkerungsgruppen wie Jugendliche, Studenten und Schüler in den schulischen und universitären Einrichtungen durch Wiederaufnahme des Betriebes herzustellen; ...

Das hätten wir bereits Anfang April im Plenum ganz einfach realisieren, umsetzen können. Aber wenn man Sie vor die Wahl stellt, einem sinnvollen AfD-Antrag zuzustimmen oder dem Land Schaden – möglicherweise schweren Schaden – zuzufügen, entscheiden Sie sich für Letzteres.

Während der kompletten Planlosigkeit der Kultusministerin zu Beginn der Krise, die sicherlich der diffusen Informationslage geschuldet war, ist die Inkompetenz der letzten zwei Monate nicht mehr zu entschuldigen. Eine vernünftige Kommunikation mit den Schulen hat es zu kaum einer Zeit gegeben. Briefe mit Vorgaben freitags zur Umsetzung montags – so kam es bei den Schulen an; so hat man es mir jedenfalls berichtet.

In den letzten Tagen ist die Kommunikation mit den Elternverbänden durchaus eskaliert. Die Schuld daran tragen sicherlich nicht die Eltern und sicherlich auch nicht die Lehrer. Obwohl das Infektionsgeschehen seit Wochen planmäßig zurückgeht, haben Sie es versäumt, endlich eine koordinierte Planung auf den Weg zu bringen. Stattdessen werden – meist ge-

gen Ende der Woche – Schreiben herausgegeben, deren Umsetzung bis montags kaum möglich ist.

Wie mittlerweile immer mehr führende Virologen erkennen und zugeben, war der Lockdown Mitte März grundsätzlich zu spät. Elementare Grundrechte wurden aufgrund falscher Voraussetzungen außer Kraft gesetzt. War das absichtliche Panikmache durch die Regierenden?

Auch der Polymerase-Chain-Reaction-Test, der PCR-Test, liefert leider keine verlässlichen Werte. Die Falsch-Positiv-Quote liegt bei round about 25 % – das ist ein Viertel. Ein Viertel ist fehlerhaft!

Bezogen auf den Schulbetrieb sind die Lockdown-Maßnahmen noch weniger zu rechtfertigen als in anderen Bereichen. Wie Frau Eisenmanns Forscher – wenn man es so sagen darf – bereits zugeben mussten, sind Kinder kaum gefährdet. Auch hinsichtlich der Lehrerschaft ist die Argumentation der Frau Ministerin bestenfalls weit hergeholt. Der Bonner Virologe Hendrik Streeck bezweifelt öffentlich, dass der Lockdown einen nennenswerten Effekt auf die Verbreitung bzw. die Weiterverbreitung des Wuhan-Virus hatte. Er stellt weiter fest, dass Lehrer kein erhöhtes Infektionsrisiko gegenüber anderen Berufsgruppen haben.

Der eine oder andere von Ihnen ist ja Lehrer gewesen: Wer einmal in einer Klasse im Frühjahr und im Spätjahr war und das 20 Jahre durchgehalten hat, weiß, wovon ich rede. Was da auf den Türklinken alles lebt, wollen wir gar nicht so genau wissen.

Ein Punkt ist mir an dieser Stelle aber besonders wichtig: Natürlich ist die Gesundheit ein hohes Gut, und natürlich gilt das für alle: Arbeiter, Angestellte und Beamte. Wobei besonders Beamte einer hohen, einer erhöhten Dienstpflicht zu genügen haben. Das gilt für Polizisten und natürlich im Besonderen auch für die Lehrer.

(Vereinzelt Beifall)

Tatsache ist auch: Weite Teile der älteren Lehrkräfte – die haben wir zuhause – sind seit Tagen und Wochen freiwillig im Dienst –

(Zuruf: Krankenschwestern auch!)

andere haben Angst. Da ist wieder die Rolle der Medien zu hinterfragen. Es hätte also völlig gereicht, ältere Lehrer mit schweren Vorerkrankungen vom Präsenzunterricht fernzuhalten.

Durch die gezielte Panikmache – auch jetzt wieder; schauen wir nach Göttingen, schauen wir in die Tönnies-Werke in NRW – der Medien und vieler Politiker – auch des Herrn Ministerpräsidenten – wurden jetzt viele Pädagogen, auch Erzieherinnen, verunsichert und sind teilweise – der eine oder andere – abgetaucht. In Einzelfällen standen sie nicht einmal für Fernunterricht zur Verfügung. So wurde beispielsweise Eltern geantwortet, dass die Lehrer per Telefon und Internet nicht zur Verfügung stünden, da sie zur Risikogruppe gehörten. Von einem „fernmündlichen“ Infektionsrisiko haben aber noch nicht einmal die allerpanischsten Experten bislang berichtet.

(Beifall)

(Dr. Rainer Balzer)

Sehr geehrte Damen und Herren, viele Eltern sind mit den Nerven – die Kinder, der Papa, alle sind sie daheim – völlig am Ende. Wir müssen befürchten, dass das ungenügende Krisenmanagement der Landesregierung zu einer verlorenen Schülergeneration führt, zumindest führen kann.

Wir, die AfD, haben bereits vor Wochen detaillierte Pläne zur Rückkehr zum Regelunterricht vorgelegt. Während wir bereits seit Langem die Öffnung wenigstens der Waldkindergärten gefordert haben, kam vonseiten der Ministerien bestenfalls Ignoranz. Sie haben sich lange hinter dem angeblichen Infektionsgeschehen versteckt. Dabei haben wir in ganz Baden-Württemberg wie viele tatsächlich Erkrankte? Ungefähr 450. Rechnen Sie einmal den Anteil an der Gesamtbevölkerung aus.

Ein freiwilliges schulisches Programm während der Sommerferien, wie in Österreich, hat die Landesregierung nicht zuwege gebracht.

Auch der Ministerpräsident war auf Frau Eisenmanns absurder Pressekonferenz zugegen. Noch besser wäre es gewesen, wenn er auch zugehört hätte, statt nur dort zu sitzen.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Balzer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart zu?

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ja, natürlich.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Dr. Balzer, Sie bezeichnen den Blick nach Gütersloh zur Firma Tönnies als Panikmache. Bezweifeln Sie die Infektionszahlen, bzw. sehen Sie Panikmache darin, wenn dort 1 500 Menschen plötzlich infiziert sind?

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Nein, natürlich nicht.

(Zurufe)

Panikmache ist, wenn man – – Nein, ganz präzise gesagt: Es ist richtig, objektiv und sauber zu berichten. Aber wenn ich mir heute die Berichterstattung in vielen Fernsehsendungen anschau oder im Radio höre, vermisse ich die sachliche Ruhe der Darstellung eines Vorgangs.

(Beifall)

Dann muss ich merken, wie versucht wird, emotional Stimmung aufzubauen. Das ist das, was ich mit Panikmache meine.

(Zurufe)

Man kann sauber und korrekt berichten. Denken Sie daran, wie Köpcke noch vor einigen Jahren die Nachrichten vorgelesen hat und wie sie heute vorgetragen werden. Dazwischen liegen Welten. Aber das ist jetzt eine andere Sache.

(Beifall)

Während Frau Eisenmann nach den Sommerferien – das begrüßen wir – endlich zum Regelschulbetrieb zurückkehren

will, verharret der Ministerpräsident noch immer in der Vergangenheit und bezweifelt die Rückkehr in geordnete Unterrichtsverhältnisse. Das haben wir heute wieder lesen dürfen. Vielleicht ist er aber einfach nur ein Realist und hat erkannt, dass die Kultusministerin damit überfordert wäre – in diesem Fall würde ich ihm recht geben –, was ich natürlich nicht hoffe.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Tiefpunkt in der Regierungspolitik ohnegleichen. Selbst langjährige Fehlbesetzungen wie Minister Untersteller können diesen Negativrekord kaum noch unterbieten.

Es ist kaum fassbar, was den Familien im Land aktuell zugemutet wird. Homeoffice bei gleichzeitigem Homeschooling ist kaum praktikabel.

(Zuruf)

Während Letzteres, das Homeschooling, Eltern vor der Wuhan-Krise untersagt war – darüber haben wir schon diskutiert –, wird es plötzlich zur Notwendigkeit. Die Schulpflicht wird faktisch ausgehebelt. Eigentlich – das ist ein Füllwort, wie wir alle wissen – müsste die Staatsanwaltschaft prüfen, ob Frau Eisenmann mit einem Bußgeldverfahren belegt wird, da sie die Schulpflicht ad absurdum führt.

(Beifall)

Woher das zusätzlich benötigte Personal für die Kindertagesstätten, die Kindergärten kommen soll, das hat man uns in der Pressekonferenz leider auch nicht verraten. Frau Eisenmann, Sie reagieren jedes Mal äußerst dünnhäutig, wenn die Medien oder die Opposition – zum Teil verstehe ich es ja sogar – Ihre zahlreichen Fehler öffentlich machen. Ein Untersuchungsausschuss zu diesen Vorgängen ist daher unausweichlich. Wir müssen eine ganze Schülergeneration davor schützen, den Anschluss zu verpassen.

Um es abschließend zusammenzufassen: Die AfD-Fraktion fordert die unverzügliche Öffnung aller Schulen, die Wiederherstellung der Schulpflicht auch für Grundschüler, keine Masken- und keine Abstandspflicht, ein freiwilliges Bildungsangebot in den Ferien und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Danke.

(Beifall – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die AfD ist für höchstmögliche Infektionszahlen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erlaube ich das Wort Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann ja über ein solch wichtiges Thema wie die Schulöffnung bei uns in Baden-Württemberg absolut diskutieren. Aber wenn ein solcher Einstieg kommt und solch eine Überschrift gewählt wird: „Eine verlorene Schülergeneration muss gerettet werden“ – es tut mir echt leid, aber das disqualifiziert eine solche Diskussion wirklich.

(Zuruf)

(Sandra Boser)

Es gibt keine verlorene Schülergeneration hier bei uns in Baden-Württemberg.

(Zurufe)

Sie haben ja noch gesagt, Sie wollten jetzt hier keine Kritik an Lehrerinnen und Lehrern öffentlich machen. Was haben Sie getan? Sie haben die Lehrer dafür verantwortlich gemacht, dass sie die Schüler nicht angerufen hätten, dass sie nicht erreichbar gewesen seien.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Einzelfälle!)

– Ja, das haben Sie hier gesagt. – Auch dieser Ausspruch „Wuhan-Virus“ die ganze Zeit: Was ist denn ein „Wuhan-Virus“?

(Zuruf)

Es gibt Covid-19 im Land. Es gibt kein „Wuhan-Virus“ – das ist auf Trump zurückzuführen –, sondern es gibt hier Covid-19. Alles, was Sie hier gebracht haben, hat überhaupt nichts mit der Debatte über eine Öffnung von Schulen zu tun. Wir wissen ja schon seit Langem: Hätte die AfD hier im Land regiert, dann hätten Sie nicht nur Leben riskiert,

(Zurufe)

sondern Sie hätten auch Leben gekostet mit der Politik, die Sie im Zusammenhang mit Corona betrieben hätten. Punkt.

(Beifall – Zurufe)

Wenn Sie sich um Schülergenerationen wirklich kümmern würden, dann sollten Sie einmal in die Welt schauen. Es gibt verlorene Schülergenerationen. 258 Millionen Kinder und Jugendliche haben keinen Zugang zu Bildung.

(Zuruf: Wir sind aber verantwortlich für Baden-Württemberg!)

– Ja, ja, Sie wollen aber hier verlorene Schülergenerationen retten. Dann schauen Sie einmal in die Welt, gehen Sie in die Flüchtlingslager. Dort finden Sie verlorene Schülergenerationen, um die Sie sich mal kümmern könnten.

(Beifall – Zurufe)

Das, was Sie hier gebracht haben, stellt einfach nicht die Leistung der Lehrerinnen und Lehrer, der Schülerinnen und Schüler und der Eltern der vergangenen Wochen dar. Viele Lehrerinnen und Lehrer haben versucht, Schülerinnen und Schülern den Unterricht über Fernunterricht nach Hause zu bringen, haben versucht, ihnen den Lernstoff zu vermitteln, haben sich darum gekümmert, dass Schülerinnen und Schüler gut unterrichtet werden. Sie haben in den Ferien eine Notbetreuung organisiert, sie waren dafür da, den Fernunterricht aufzubauen. 80 % der Schülerinnen und Schüler wurden dadurch erreicht. Es gibt keine verlorene Schülergeneration bei uns im Land.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Boser, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palka zu?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich glaube nicht, dass es besser wird, deswegen besser nicht.

Ja, wir brauchen mehr Präsenzunterricht an unseren Schulen. Ich finde es richtig, dass die Schulen im Land Ende Juli, auch aufgrund der Forschung, die das Land Baden-Württemberg hat durchführen lassen – die Ergebnisse waren am 4. April einfach noch nicht vorhanden, Herr Dr. Balzer, wir haben die Forschungsergebnisse jetzt seit zwei Wochen –, in einen Regelbetrieb übergehen.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Es wird Zeit!)

Aber dieser Regelbetrieb – da bin ich dem Ministerpräsidenten auch nochmals dankbar für die Klarstellung –

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Er will es doch gar nicht!)

wird nicht überall eine komplette Öffnung bedeuten. Es wird weiterhin Einschränkungen geben, auch wenn die Altersgrenze bei den Lehrerinnen und Lehrern zu Recht wegfällt. Es wird trotzdem Risikogruppen auch unter den Lehrerinnen und Lehrern geben. Der Schutz der Beschäftigten muss nach wie vor an oberster Stelle stehen. Dafür stehen wir hier auch.

(Beifall – Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Boser, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Sänze zu?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ach nein, besser nicht. Herr Sänze hat ja sowieso immer ein Problem, was Schülerinnen und Schüler, Jugend und so angeht.

(Lachen – Zuruf)

Wenn ich mir da die Aussprüche zu „Fridays for Future“ anhöre, dann nein, lieber nicht.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das ist aber ein Gerücht!)

– Das kann ich zitieren. Das brauche ich jetzt nicht als Gerücht zu sagen.

(Zuruf)

– Ja, genau. Für Ihren Fraktionsvorsitzenden Gögel gilt genau das Gleiche, wenn er sagt, die seien alle sozusagen „links-grün versifft“. Nein, wir reden hier über Schulöffnungen. Da brauche ich keine Einwürfe von Herrn Sänze oder von Herrn Gögel oder von sonst irgendjemandem von der AfD.

Was wir brauchen, ist, dass wir auch in Zukunft kreative Lösungen finden, damit der Regelbetrieb so weit wie möglich eingerichtet werden kann. Wir brauchen beispielsweise aufgrund dieser Risikogruppen Personal, das den Ausfall von Lehrerinnen und Lehrern ersetzt. Wir haben den Vorschlag gebracht, dass beispielsweise Studentinnen und Studenten den Unterricht mit begleiten können.

Wir werden aber trotzdem das Problem haben, dass z. B. Musik- und Sportunterricht nicht in vollem Umfang stattfinden können. Das sind Angebote, die zu einem normalen Regelbetrieb gehören. Wir brauchen nach wie vor eine realistische Einschätzung der Lage, und diese heißt: So viel Öffnung, so viel Präsenz- und Regelunterricht wie möglich, aber es wird

(Sandra Boser)

kein Regelunterricht sein wie vor Corona. Dessen müssen sich letztendlich alle Beteiligten bewusst sein.

(Beifall)

Die Aussage, dass Kinder keine Infektion davontragen können, stimmt so nicht. Wir haben schon jetzt Gegenbeispiele in Deutschland:

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ich habe doch nicht gesagt: „überhaupt keine“! Was für ein Unfug! „Keine besonderen“, habe ich gesagt!)

Schulen, z. B. in Magdeburg, mussten wieder schließen. Wir haben im Kreis Emmendingen eine Klasse, die zurück in die Quarantäne musste. Wir haben nach wie vor Corona bei uns im Land. Das müssen wir berücksichtigen. Deswegen wird ein weiterer Punkt nach wie vor sein, für die Fälle, dass Schulen schließen, Quarantänemaßnahmen umgesetzt werden müssen, gewappnet zu sein. Dafür brauchen wir Verbesserungen im Fernunterricht. Wir brauchen die digitale Ausstattung der Kinder und Jugendlichen. Wir brauchen hier weitere Maßnahmen. Daher braucht es auch weiterhin die Unterstützung des Landes, damit wir die Schulen in diesem Bereich fit machen, um zukünftig im Bedarfsfall auf digitale Lernmöglichkeiten zurückgreifen zu können.

(Beifall – Abg. Thomas Axel Palka AfD: Wie lange sind Sie schon an der Regierung?)

Selbstverständlich braucht es auch freiwillige Angebote in den Ferien. Die Landesregierung ist hier bereits dabei. Wir unterstützen das auch. Man hätte das durchaus an manchen Stellen mit einem verpflichtenden Teil übernehmen können. Wir brauchen aber letztendlich für Schülerinnen und Schüler nicht nur Lernangebote, sondern wir brauchen auch zusätzliche Freizeitangebote, damit sie in den Ferien die Möglichkeit haben, Bewegungszeit und Kreativzeit zu haben. Das heißt, die Ferienangebote in den Kommunen müssen ausgebaut werden. Dort zusätzliche Angebote zu schaffen wird eine Aufgabe sein, damit wir die Schülerinnen und Schüler wieder zurück in den Unterricht, wieder in die Schulen bringen. Aber wir müssen ihnen auch zusätzliche Angebote zur Verfügung stellen. Dafür brauchen wir keine AfD, die das vorschlägt; darauf kommen wir schon allein.

(Beifall – Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das glaube ich nicht! Das ist ein Gerücht!)

Zum Schluss möchte ich noch einmal betonen: Ich finde den Ausspruch „Rettet eine verlorene Schülergeneration!“, den Sie als Titel für die Aktuelle Debatte gewählt haben –

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Muss gerettet werden!)

– Ja, muss gerettet werden, weil sie für Sie schon lange verloren ist.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das ist was anderes!)

Das heißt aber auch, dass wir gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, die in den vergangenen Wochen die Krise verantwortungsvoll mit bewältigt haben, die die Maßnahmen im Gegensatz zu Ihnen akzeptiert haben, die zu Hause den Unterricht angenommen haben, die Zukunft gestalten müssen.

Dabei möchte ich es auch bewenden lassen. An dieser Stelle muss man sagen: Es hätte eine schöne Debatte sein können, aber nicht mit dem Einwand der AfD.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Balzer, der Titel der von Ihnen beantragten Debatte lautet: „Die verlorene Schülergeneration muss gerettet werden“. Ich möchte Ihnen sagen: In Baden-Württemberg gibt es keine verlorene Schülergeneration, und deswegen muss auch keine gerettet werden.

(Beifall – Zuruf)

Sollte jemals eine Schülergeneration gerettet werden müssen, dann frage ich mich, ob sie wünscht, von Ihnen gerettet zu werden.

(Heiterkeit – Beifall – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Absolut nicht!)

Ich will kurz einen Rückblick halten, einen Ausblick geben und vor allem auf das eingehen, was Frau Kollegin Boser bereits angedeutet hat.

Wir alle sahen uns im März mit einer unglaublichen Notsituation konfrontiert. Das war etwas, was man in den letzten Jahrhunderten in dieser Form noch nie erleben musste. Es wurde alsbald und umgehend gehandelt. Viele haben weit mehr geleistet, als man von ihnen hätte erwarten können. Ich nenne verschiedene Personengruppen.

Zum einen nenne ich die Schulleitungsteams. Ich möchte festhalten, dass im letzten Vierteljahr viele Schulleitungen weder ein freies Wochenende noch Ferien noch einen geregelten Feierabend hatten. Deswegen ist es gelungen, negative Entwicklungen zu verhindern.

(Beifall)

Zum Zweiten gibt es unglaublich viele aktive, innovative Lehrer, die mit den modernen Medien bestens vertraut sind und für die der Umgang damit überhaupt kein Problem war. Diese haben auch Maßstäbe gesetzt und Kollegen mitgerissen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Sie haben Kollegen – zu denen ich übrigens auch gehört hätte – instruiert und dazu gebracht, dass sie sich mit den modernen Medien beschäftigen und technisch überhaupt dazu in der Lage sind. Diesen engagierten Lehrkräften danken wir ganz besonders.

(Beifall – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Zum Dritten hat es engagierte Schüler gegeben, die mitgeholfen haben. Das hat mich besonders beeindruckt. Ein solches Beispiel habe ich bei einem Kollegen zu Hause miterleben dürfen, der – ihm ging es genauso wie mir – davon technisch keine Ahnung hatte. Ein Achtklässler hat dafür gesorgt und war stolz darauf, dass innerhalb von zehn Minuten die ganze

(Karl-Wilhelm Röhms)

Klasse beisammen war und der Unterricht stattfinden konnte. Auch das ist ein tolles Beispiel, wie man in der Not zusammensteht.

(Beifall)

Es wurde angesprochen, dass nicht alle Kolleginnen und Kollegen dazu in der Lage waren, es technisch zu bewältigen. Es stimmt auch, dass nicht alle die nötige Leidenschaft hatten. Aus diesem Grund möchte ich ganz bewusst Beispiele nennen, die in diesem Zusammenhang erwähnenswert sind.

(Abg. Daniel Born SPD: Frau Eisenmann ist kein gutes Beispiel!)

– Bitte, Kollege Born?

(Abg. Daniel Born SPD: Frau Eisenmann ist kein gutes Beispiel!)

– Ich würde wünschen, dass Sie es gewesen wären, wenn Sie im Schuldienst wären.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Kommen wir zu den guten Beispielen: Da ist der Grundschullehrer, der mit dem Fahrrad durch den Ort fährt, Aufgaben bei den Schülern verteilt, nach Erledigung wieder einholt, Geburtstagskarten abgibt usw. – ein außerordentlich gelungenes Beispiel dafür, wie gearbeitet worden ist.

Ich kenne Lehrer, die die Aufgaben mit frankiertem Freiumschlag verschickt haben, denen die erledigten Aufgaben wieder zurückgeschickt wurden, die sie den Schülern nach Korrektur wieder zugeleitet haben.

Ich weiß von Lehrerinnen und Lehrern, die mit großer Leidenschaft Gespräche mit Eltern, mit Jugendämtern, mit Sozialarbeitern geführt haben und dafür Sorge getragen haben, dass nicht nur Kinder von Eltern aus systemrelevanten Berufen an der Notbetreuung teilnehmen konnten, sondern auch und gerade Kinder aus prekären Familienverhältnissen die Möglichkeit erhalten haben, am Notunterricht in der Schule teilzunehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Ich glaube, das ist das Entscheidende für die Zukunft, wenn eine solche Situation wieder auftritt: Es muss uns gelingen – Da hilft alles nichts; da hilft ein funktionierendes Google nicht, da hilft auch das additiv hinzukommende neue System nicht, das datenschutzkonforme BBB-Programm. In manchen Familien hilft da auch nicht, dass das mobile Endgerät zur Verfügung steht. Die 130 Millionen € sind hier gut angelegt. Gleichwohl werden Kinder übrig bleiben, die eine Notbetreuung in der Schule erhalten müssen, damit sie keinen Nachteil erleiden. Dafür setzt sich die CDU-Fraktion ein.

(Beifall)

Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die Schüler, die im kommenden Jahr ihre Prüfungen absolvieren müssen. Diejenigen, die in diesem Jahr Prüfung gemacht haben, waren meines Erachtens nicht benachteiligt. Mein Abitur wäre nicht ganz so spannend verlaufen, wenn ich in diesem Jahr Abitur gemacht hätte. Ich muss das in aller Klarheit sagen. Es war

ausreichend Zeit zur Prüfungsvorbereitung. Es ging lediglich um die drei Wochen vor den Osterferien. Normalerweise hätten nach den Osterferien die Prüfungen begonnen. Es bestand also ausreichend Zeit, sich auf die Prüfungen vorzubereiten. Bei der Art und Weise, wie die Anordnung seitens des Ministeriums, dass ein pädagogischer Freiraum bei der Beurteilung besteht – das betrifft das Korrekturverfahren und alles, was dazugehört –, umgesetzt wurde, glaube ich nicht, dass irgendein Schüler in diesem Schuljahr unter diesen Bedingungen der Prüfungsjahrgänge gelitten hat.

Aber unser besonderes Augenmerk muss denjenigen gelten, die im kommenden Jahr Prüfung machen. Wir haben richtig gehandelt, dass wir die betreffenden Schülerinnen und Schüler sofort zusammen mit den Abschlussjahrgängen wieder in die Schule einberufen haben. Im kommenden Schuljahr müssen wir sicherstellen, dass sie gut vorbereitet in die Prüfung gehen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Röhms, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Balzer zu?

Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Ja, ich lasse sie zu.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das ist aber sehr nett. Ich bedanke mich für das Zulassen meiner Zwischenfrage.

Es ist wunderbar, dass sich die Lehrkräfte in dieser Krisenzeit in ganz großem Maß positiv engagiert haben. Es ging in meiner Rede doch primär um die Analyse des Regierungshandelns und nicht um die Analyse des Lehrerhandelns. Sollte Ihnen das beim Zuhören entgangen sein? Das ist kaum denkbar, oder?

Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Nein, da haben Sie völlig recht: Das ist kaum denkbar.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ja, eben!)

Ich filibustere nicht, sondern ich rede über die Fakten,

(Vereinzelt Heiterkeit)

über das, was sich zugetragen hat, und darüber, wie wir uns die Zukunft vorstellen.

(Beifall – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Ich komme zu dem Jahrgang zurück, der uns besonders am Herzen liegt. Da sind die Schulen gefordert, tätig zu werden, und sie haben jede erdenkliche Freiheit. Wir können darüber nachdenken, ob die Prüfungen wie in diesem Jahr zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden sollen, damit mehr Lernzeit bleibt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch daran erinnern, dass immer noch an jedem zweiten Samstag, wenn die am Schulleben Beteiligten dies wollen, Schulunterricht stattfinden kann. Diese Lösung fände ich persönlich besser, als den Wochenplan noch mehr aufzublähen und mehr Stunden reinzupacken.

(Vereinzelt Beifall)

(Karl-Wilhelm Röhm)

Es stehen Ferienzeiten zur Verfügung. Das heißt eben nicht, dass alle Lehrer präsent sein müssen. Vielmehr haben wir Schülermentoren – ein entsprechendes Programm haben wir schon vor vielen Jahren auf den Weg gebracht. Wir haben dies jetzt ergänzt, und die Realschulen haben – durch unterstützende Mittel der CDU-Fraktion – ebenfalls die Möglichkeit, in diesem Bereich tätig zu werden.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

Ich möchte ein Beispiel nennen, wie wir Schülern generell helfen können. Um Schülerinnen und Schülern, die in ein oder zwei Fächern Defizite haben, in der Schule zusätzliche Angebote zu machen, wäre es z. B. denkbar, ihnen innerhalb von zwei Jahren in diesen Fächern ein weiteres Schuljahr zu gewähren. Beispiel: drei Mal 20 Unterrichtseinheiten in Ferienzeiten durch Schülermentoren, wobei der Unterricht natürlich in Begleitung durch einen Lehrer stattfindet, und dies zwei Jahre lang. Dann käme ein Schüler innerhalb von zwei Jahren auf über 100 zusätzliche Unterrichtsstunden. Das ist, glaube ich, etwas, was man leisten kann und wovon jeder Schüler profitieren kann.

Nun zu der wichtigen Frage: Wie geht es im neuen Schuljahr weiter? Es ist selbstverständlich, dass es im neuen Schuljahr zunächst einmal einen Plan A gibt – also Regelbetrieb. Zweitens gibt es einen Plan B, den jede Schule für sich selbst aufstellen muss. Das heißt, es muss klar sein: Was passiert, wenn Plan A nicht weiter aufrechterhalten werden kann?

Bei Plan B ist nach Ansicht meiner Fraktion sicherzustellen, dass in den prüfungsrelevanten Fächern unterrichtet wird – temporär unter Hintanstellung anderer Fächer; es darf kein Fach benachteiligt werden. Aber ich glaube nicht, dass irgendein Schüler darunter leidet, wenn ein bestimmtes Fach einmal sechs bis acht Wochen lang nicht unterrichtet wird. Und die Lehrer, die dieses Fach unterrichten würden, stehen selbstverständlich für Betreuungsmaßnahmen, für Fernunterricht und vieles andere mehr zur Verfügung.

Fazit, meine Damen und Herren: Wenn es jemals eine verlorene Schülergeneration gegeben hat, dann war es die Kriegs- und die Nachkriegsgeneration.

(Zurufe: So ist es!)

Und mit dem, was in der Folge durch Fleiß und Entbehrung geleistet wurde, haben wir ein gutes Beispiel, wie das Ganze auch funktionieren kann.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, beruhigter komme ich aus dieser Debatte nicht heraus. Das liegt nicht an der rechten Seite hier, es liegt daran, dass das, was ich bislang von dem Vertreter und der Vertreterin der Regierungskoalition gehört habe, nicht besonders konkret ist. Das Konkreteste, was Sie, Herr Kollege Röhm, ausgeführt haben, war die Aussage, die CDU fordere Samstagsunterricht für Schülerinnen und Schüler.

Als Vater von zwei G-8-geschädigten Kindern muss ich Sie ganz eindeutig fragen: Wie wollen Sie das denn noch unterbringen? Meine Jungs haben damals, zu G-8-Zeiten, hart arbeiten müssen. Sie haben vor allem am Samstag und am Sonntag das nacharbeiten müssen, was an schulischem Druck aufgebaut wurde. Wir haben jetzt eine Situation, in der der schulische Druck in Zukunft noch zunehmen wird. Da wollen Sie als einzige konkrete Maßnahme auch noch den Samstag streichen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für Einzelne ist es eine Entlastung!)

– Herr Röhm, das ist keine Entlastung. Das ist im Zweifelsfall weiteres fahrlässiges Verhalten. In meinem Fall haben wir es als Verheizen von Schülerinnen und Schülern erlebt.

Ich bitte Sie, nehmen Sie das mit, und denken Sie darüber noch einmal nach. Lassen Sie davon die Finger weg. Wir brauchen jetzt vor allem eine Situation, in der Schülerinnen und Schüler sauber nacharbeiten können. Die Schulsituation wird nicht leichter werden. Verschlimmern Sie es nicht noch mit solchen Vorschlägen.

(Beifall)

Wie wird es weitergehen? Kommt eine zweite Coronawelle, oder kommt sie nicht? Kann die beschlossene Schulöffnung durchgehalten werden oder nicht? Gibt es zeitnah erneut Streit zwischen Ministerpräsident und Kultusministerin oder nicht?

Zwei Antworten hätten Sie heute geben müssen. Ich hoffe, die Frau Kultusministerin gibt sie noch:

Erstens: Wie wollen Sie im Falle von Präsenzunterricht die Gesundheit der Schulgemeinschaft sicherstellen, und wie wollen Sie vor allem nachhaltig und effektiv die aufgebauten Bildungsdefizite abbauen? Ich habe heute hier eine Menge Brainstorming gehört. In fünf Wochen haben wir Sommerferien. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie in spätestens ein bis zwei Wochen konkrete Vorschläge machen, über die wir dann im Bildungsausschuss noch diskutieren können.

(Beifall)

Zweitens: Wie wollen Sie sicherstellen, dass Lernen auf Distanz besser läuft? Entweder haben wir die Situation einer zweiten Pandemiewelle – das ist nach Gütersloh bei Weitem nicht mehr auszuschließen; es war schon vorher nicht auszuschließen –, oder wir werden möglicherweise weiterhin Lehrkräfte oder Schülerinnen und Schüler haben, für die aufgrund einer besonderen persönlichen Risikolage ein Schulbesuch nicht vertretbar ist.

Die SPD-Landtagsfraktion hat am 8. Juni einige konkrete Vorschläge formuliert, von denen ich Ihnen heute einige vorstellen möchte. Wir brauchen schon jetzt, zeitnah, ein Konzept für das nächste Schuljahr. Bis September müssen wesentliche Schritte gegangen sein, und sie müssen rechtzeitig kommuniziert werden. Frau Ministerin Eisenmann, die rechtzeitige Kommunikation soll nicht nach Ihrer Definition erfolgen, sondern so, dass sich die Schulen gut vorbereiten können. Ihre bisherige Performance reicht bei Weitem nicht aus.

(Beifall)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Die gegenwärtige Krise wird zu gravierenden Folgen beim Bildungsfortschritt und in der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen führen. Wir müssen Schülerinnen und Schüler wieder auf einen gemeinsamen Lernstand bringen. Das muss durch eine deutliche Ausweitung der Schulsozialarbeit flankiert werden. Allen muss aber auch bewusst sein, dass die Lehrkräfte das in Anbetracht der vielen Lehrkräfte, die derzeit nicht zur Verfügung stehen – wir hatten schon vorher keine besonders guten Verhältnisse in der Versorgung der Schulen mit Lehrern –, nicht leisten können.

Auch deshalb haben wir, die SPD-Landtagsfraktion, Ihnen bereits im April vorgeschlagen, ein mit mindestens 10 Millionen € ausgestattetes Landesnachhilfeprogramm aufzulegen. Geben wir den Schulen ein flexibles Budget, mit dem sie Nachhilfeleistungen im eigenen Haus einkaufen können. Das funktioniert seit über zehn Jahren sehr gut. Es ist angelehnt an MAUS, das Mannheimer Unterstützungssystem Schule, das auch mehrfach universitär evaluiert wurde. Dabei wurden nicht nur gute Effekte in Richtung Motivation belegt, sondern es wurde aufgezeigt, dass effektive Nachhilfe gerade in den Kernfächern möglich ist.

Wir haben dazu auch die Kapazitäten von Weiterbildungsträgern wie Volkshochschulen oder von zertifizierten Nachhilfinstituten. Übrigens hatten auch zertifizierte Dozentinnen und Dozenten in der Coronakrise Einkommenseinbußen. Wir könnten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, indem wir diesen Dozentinnen und Dozenten die Möglichkeit geben, in den Sommerferien, aber vor allem auch im nachfolgenden Schuljahr laufend Nachhilfe und Unterstützung an den Schulen zu geben. Wir halten diesen Ansatz für eine bessere Qualitätssicherung, als es der Vorschlag der Grünen ist.

Darüber hinaus müssen Wege gefunden werden, Frau Ministerin, weitere Partner für die Schulen in die Schulen zu holen. Reden wir über Kulturschaffende oder Sportvereine, vergessen wir aber auch die Studien- und Berufsorientierungsberatung nicht. Dazu müssen wir Wege finden, wie pandemiegerecht sichergestellt werden kann, dass diese Unterstützungsangebote – und zwar nicht nur für die Ganztagschulen – in die Schulen gebracht werden können. Das würde den Schulen helfen; das würde Schülerinnen und Schüler gezielt fördern.

(Beifall)

Ein krisenfestes Klassenzimmer braucht aber auch eine Offensive im Bereich der Digitalisierung. Dank der SPD-Initiative auf Bundesebene wurden 500 Millionen € bereitgestellt, um möglichst allen Schülerinnen und Schülern Zugang zu digitalen Endgeräten zu ermöglichen. Sie haben – auch auf Druck der Opposition – diese Mittel für Baden-Württemberg verdoppelt, und das ist gut so.

Wir müssen aber auch die Datenleitungen und Datenvolumina sowie die WLAN-Verbindungen im Auge haben. Das gilt nicht nur für die Schulen, sondern insbesondere auch für die Haushalte der Eltern der Schülerinnen und Schüler.

Bislang wurde in dieser Legislaturperiode vor allem wertvolle Zeit verloren. Allein das eisenmannsche Scheitern bei „ella“ hat uns vier Jahre zurückgeworfen. Wir müssen jetzt in Baden-Württemberg umso mehr Fahrt aufnehmen.

(Zurufe)

Wir fordern, dass jede Schule im Land bis Ende 2022 mit einer 1-GB-Leitung und ausreichender WLAN-Ausleuchtung ausgestattet wird. Dazu sollen sie zusammen mit den Kommunen bis Ende dieses Jahres einen abgestimmten Ausbauplan vorlegen. Im Rahmen von Überlegungen zu Konjunkturpaketen – auch weiteren des Landes – steht für uns übrigens die Sanierung von Schulen nach dem Abflauen der Pandemie absolut an der Spitze.

Des Weiteren müssen unverzüglich schulartspezifische Standards für eine digitale Grundausstattung definiert werden. Die Realisierung dieser Basics sollte dann auch unabhängig von weiterzuentwickelnden Medienentwicklungsplänen erfolgen, damit wir endlich die Mittel des Digitalpakts ohne Verzögerung zugänglich machen. Die Mittel müssen schneller fließen. Sie sind auch hier zu langsam, Frau Ministerin.

Zur Wahrheit gehört leider auch, dass wir ohne die meines Erachtens völlig unnötige Grundsatzdebatte, die Ministerpräsident Kretschmann aufgemacht hat, in diesem Land wie auch in ganz Deutschland schon viel weiter wären. Das allein hat uns beim Ausbau der Digitalisierung um ein weiteres Jahr zurückgeworfen.

Nein, grün-schwarze Digitalisierungspolitik erinnert hier in diesem Land in Sachen Bildung eher an ISDN als an Glasfaser. Nehmen Sie endlich Fahrt auf!

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schütte zu? Er sitzt oben auf der Zuhörertribüne.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Mir läuft ein bisschen die Zeit weg. Vielleicht am Ende.

Die Schulen brauchen bis September eine weitere deutliche Kapazitätserhöhung von Servern, z. B. bei Moodle – BigBlueButton übrigens, Herr Kollege Röhm. Die datenschutzkonforme Nutzungsmöglichkeit von Microsoft Teams und anderen Anwendungen, aber auch von Messengerdiensten gilt nicht nur für Lehrer, sondern auch für Schülerinnen und Schüler sowie Eltern, damit der Kontakt eben nicht nur im Kollegium datenschutzkonform laufen kann.

Wir brauchen eine Fortbildungsoffensive bei Lehrkräften in Sachen „Lernen auf Distanz mit digitalen Hilfsmitteln“. Ich habe von Ihnen übrigens noch gar nichts dazu gehört: Warum nicht gerade jetzt die Lehrkräfte, die zur Risikogruppe gehören, ganz gezielt schulen, die Zeit jetzt nutzen, um Qualifikationen in diesem Bereich aufzubauen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Schulen nutzen das sehr gut!)

Wir brauchen ferner endlich Laptops und gegebenenfalls – im weiteren Pandemiefall – auch Diensthandys für alle Lehrkräfte. Keiner von Ihnen hier in diesem Raum nutzt für seine Arbeit als Landtagsabgeordneter private Geräte oder eine private Telefonnummer.

(Zurufe, u. a.: Doch! – Das tun wir! – Lebhaftes Unruhe)

Warum verlangen Sie das von Lehrkräften?

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

(Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU
– Unruhe)

– Ihr macht das. Okay. Also, wir stellen für das Protokoll fest:

(Unruhe)

Kollege Reinhart hat das vom Landtag zur Verfügung gestellte Digitalisierungsbudget nicht ausgeschöpft. – Ich werde Sie beim Wort nehmen.

(Zurufe – Unruhe)

Aber wenn das nicht der Fall ist – und ich glaube Ihnen das nicht, Kollege Reinhart, bei aller Wertschätzung –, warum verlangen Sie das von Lehrkräften? Verabschieden wir uns endlich von der Alltagslüge, Lehrkräfte könnten ja in der Schule den PC benutzen. Nein, sie brauchen Geräte, die sie im Pandemiefall auch zu Hause nutzen können, um dort die Kommunikation mit den Schülern deutlich zu verbessern. Stattdessen Sie die Kollegen endlich anständig aus!

(Beifall)

Zum Schluss dann doch noch zur AfD: Sie bleiben sich treu. Immerhin: Man kann nicht enttäuscht werden. Ich hatte nicht erwartet und auch gar nicht damit gerechnet, von Ihnen heute Vorschläge zu hören, wie wir das vorhandene Dilemma lösen wollen. Dass es kein Selbstläufer wird, zeigt auch die nun in Teningen gerade angewiesene Quarantäne einer Schulklassen. Antworten von Populisten wie Ihnen sehen wir in den USA, in Brasilien und in England.

(Zuruf: So ist es!)

Ihr Politikansatz hat ganze Gesellschaften gesundheitlich an die Wand gefahren.

(Zurufe von der AfD – Unruhe)

Ich bin froh, dass dieses Land über viele verantwortungsvolle Menschen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik verfügt, die einen guten Job machen. Ihr Politikmodell hingegen erklärt gerade global den Bankrott. Wir brauchen keinen Populismus, wir brauchen keine „Trump-Speech“ von Herrn Balzer;

(Zurufe)

wir brauchen verantwortungsvolle und kreative Ideen sowie eine Kommunikation, die Menschen nicht spaltet, sondern sie verbindet und mitnimmt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall – Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wiedereröffnung unserer Schulen nach mehr als 14 Wochen ist alles andere als eine einfache Aufgabe. Es gilt, das Recht der Kinder und die Erfordernisse des Gesundheitsschutzes gegeneinander abzuwägen und in einer komplexen Situation möglichst klare und tragfähige Entscheidungen zu treffen.

In einer solchen Situation verbietet sich für uns Freie Demokraten jegliches Schwarz-Weiß-Denken. Vielmehr ist von der Regierung und der Opposition zu erwarten, dass ihre Vorschläge dieser Komplexität Rechnung tragen und für unterschiedliche Szenarien – das heißt Pandemieverläufe – taugen.

Wir Freien Demokraten erwarten von der Kultusministerin, dass sie die Schulen so schnell wieder öffnet, wie es der Infektionsschutz zulässt. Wir erwarten aber auch, dass die Kultusministerin ein Konzept für den Fall eines erneuten Ausbruchs der Infektion in der Schublade hat. Denn es sollten dann nicht nur einfach lokal Schulen geschlossen werden, sondern der Unterricht muss mit möglichst geringen Einschränkungen fortgesetzt werden können. Das muss doch der Anspruch sein, für den sich die Kultusministerin auch entsprechend engagieren sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Dass aufgrund der bisherigen Ergebnisse der Studie der vier Unikliniken zum Infektionsgeschehen bei Kindern nun die Kindertagesbetreuung und die Grundschulen wieder vollständig geöffnet werden, haben wir Freien Demokraten ausdrücklich unterstützt.

(Zuruf: Sehr gut!)

Nach den Sommerferien müssen dann alle Schulen wieder vollständig geöffnet werden – zumindest dort, wo es die Infektionszahlen zulassen.

Wichtig sind Verlässlichkeit und Planbarkeit. Denn was nützt es den am Schulleben Beteiligten, wenn ihnen zwar eine Öffnung in Aussicht gestellt wird, sie aber mangels rechtzeitig erlassener Durchführungsbestimmungen keinen guten Neustart planen können? Die überaus mangelbehafteten Erfahrungen der Wochenend-Notverordnungen bei der Kitaöffnung dürfen sich bei den Schulöffnungen nicht wiederholen, Frau Kultusministerin.

(Beifall)

Alles andere als hilfreich waren auch die Äußerungen des grünen Ministerpräsidenten über die „unrealistische“ Rückkehr der Schulen zum Regelbetrieb. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es verstehe wer will, warum ein ehemaliger Pädagoge dem Recht der Kinder auf Bildung einen derart geringen Stellenwert beimisst. Nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion muss das Recht der Kinder auf Bildung neben dem Gesundheitsschutz oberste Priorität im Handeln der grün-schwarzen Landesregierung haben. Statt die am Schulleben Beteiligten zu demotivieren, sollte der baden-württembergische Ministerpräsident besser gemeinsam mit der Kultusministerin hart daran arbeiten, unsere Schulen krisenfest zu machen.

Hierfür ist es notwendig, dass die Regierung an einem Strang zieht – und möglichst auch noch in die gleiche Richtung. Dies zeigt sich weniger in nach einem Zank herausgegebenen Pressemitteilungen zur – vermeintlichen – Einigkeit als vielmehr in konkretem Handeln. Stattdessen konnten sich Grüne und CDU auch gestern nicht auf eine gemeinsame Strategie bei den Coronatests für das Personal im Bildungsbereich einigen.

Auch heute fordern wir Freien Demokraten von der grün-schwarzen Landesregierung nichts, wofür wir selbst keine

(Dr. Timm Kern)

konkreten Vorschläge auf den Tisch legen. Deshalb: Baden-Württemberg braucht erstens eine Öffnung zur Gewinnung von Lehrkräften, eine Offensive zur Gewinnung von Lehrkräften, damit die Personalengpässe überbrückt werden. Diejenigen Lehrkräfte, die coronabedingt vom Präsenzunterricht befreit sind, müssen neben dem Fernunterricht auch in anderen Bereichen als ihren Unterrichtsfächern eingesetzt werden können, beispielsweise als Ansprechpartner für bestimmte Fachbereiche.

Ein Konzept für den Personaleinsatz bleibt die Kultusministerin aber trotz Ankündigung und Aufforderung bis heute schuldig. Denkbar wäre auch, dass Lehramtsstudierende, frisch Examierte und Referendare im Rahmen ihrer Verfügbarkeit mit einbezogen werden. Schließlich weist der Philologenverband zu Recht auf die zahlreichen Gymnasiallehrer hin, die keine Stelle erhalten und daher befristet angestellt werden können. Gleichzeitig werden zahlreiche Stellen in anderen Schularten auch im kommenden Schuljahr unbesetzt bleiben und finanzielle Mittel somit vorhanden sein.

Baden-Württemberg braucht zweitens eine Unterstützung der Kommunen bei der Suche nach zusätzlichen geeigneten Räumen für das Unterrichten und Lernen. Leer stehende Stadthallen sind nur ein Beispiel hierfür. Unsere Aufforderung an die Kultusministerin, wegen der Räume auf die Kommunen zuzugehen, stieß aber leider auf taube Ohren. Aber vermutlich gilt auch für diese Landesregierung: Zuhören heißt nicht er hören, selbst wenn die Vorschläge richtig sind.

(Beifall)

Baden-Württemberg braucht drittens einen Kraftakt zum Aufholen von Defiziten und Versäumnissen bei der Digitalisierung der Schulen. Das ist eine gesamtstaatliche Daueraufgabe, für die wir einen Digitalpakt 2.0 zwischen Bund, Ländern und Kommunen brauchen. Dazu müssten der Ministerpräsident und die Kultusministerin aber über ihren eigenen Schatten springen und dürften eine Kooperation mit dem Bund nicht weiter scheuen. Die Schulen müssen schleunigst in die Lage versetzt werden, Lehrer und Schüler mit Hard- und Software für den digitalen Unterricht auszustatten. Dafür brauchen sie eine Positivliste mit datenschutz- und datensicherheitskonformen Anwendungen.

Frau Kultusministerin, in diesem Zusammenhang könnten Sie vielleicht heute meine Fragen bezüglich der Nachfolgeplattform von „ella“ konkret beantworten: Ist die Ausschreibung für eine Nachfolgeplattform bereits beendet? Gibt es schon eine Entscheidung, welcher Anbieter das Kultusministerium überzeugt hat? Wenn ja, wie sieht Ihr konkreter Zeitplan für dieses Jahr aus? Die FDP/DVP-Fraktion ist sehr gespannt, ob Sie, Frau Kultusministerin, heute im Unterschied zur vergangenen Bildungsausschusssitzung bereit sind, diese für die Schulen wichtigen Fragen zu beantworten.

Schließlich bedarf es einer couragierten Offensive für eine Lehrerfortbildung für digitale Bildung. In diesem Zusammenhang sollte nach unserer Auffassung über eine Fortbildungspflicht diskutiert werden, vor allem deshalb, damit das Land verpflichtet wird, für Fortbildungsangebote im notwendigen Umfang zu sorgen.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Motto „Schulpflicht für den Staat“ bringt es nach liberaler Auffassung auf den Punkt. Wenn der Staat von den Schülern Bildungsleistungen erwartet, dann muss er auch selbst für erstklassige Bildungsbedingungen sorgen. Das ist eine Kernaufgabe Baden-Württembergs. Ein zweitklassiges Bildungssystem kann sich unser Land nicht leisten; schließlich gründet unser Wohlstand ganz wesentlich auf dem Fleiß, dem Einfallsreichtum und dem Können seiner Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir warten noch immer auf Ihre.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Die Coronakrise kostet unsere Politiker zunehmend den Verstand, und das sorgt dafür, dass über eine Selbstverständlichkeit wie die sofortige Wiederöffnung von Schulen in der jetzigen Lage überhaupt diskutiert werden muss.

Denn anders, als wir am Anfang befürchtet haben – ich auch –, hat sich das, was als Pandemie bezeichnet wird, doch als wesentlich harmloser dargestellt. Es handelt sich dann doch um eine Krankheit, die eher einer schwereren Grippe entspricht und keinesfalls irgendeine Quarantäne- oder Schließungsmaßnahmen mehr erforderlich macht.

(Zurufe)

Stattdessen öffnet man die Schulen partiell. Man mutet den Kindern Mundschutzmaskenzwang zu, an den sich noch nicht einmal der Altkommunist Kretschmann hält, geschweige denn die Altstasi Frau Merkel. Die nehmen sich natürlich Freiheitsrechte heraus.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, mäßigen Sie sich bitte in Ihrer Wortwahl.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, bitte unterbrechen Sie nicht dauernd meine Rede und stören mich nicht dabei.

(Unruhe)

Man quält die Seelen der Kinder, indem man sie zu einem Maskenzwang nötigt, der sogar gefährlich ist und der gesundheitlich und seelisch in hohem Maß problematisch ist.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich fordere Sie ein letztes Mal auf, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen. Ansonsten muss ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

(Vereinzelt Beifall)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wenn Sie sich jedoch noch immer partout sträuben, die staatlichen Schulen zu öffnen, sollten Sie zumindest über Alternativen zum staat-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

lichen Schulbetrieb nachdenken. Da wäre beispielsweise die Förderung von Privatschulen, die sich gegen die linksextremistische Indoktrination der Schüler in unserem Land wenden, Schulen, die Meinungsfreiheit, abendländische Werte und das Christentum tatsächlich aufrechterhalten.

Wie wäre es, das Grundgesetz zu ändern, die Schulpflicht zugunsten einer Bildungspflicht zu ändern und es Eltern zu erlauben, ihre Kinder künftig selbst zu unterrichten oder mit Heimlehrern zu agieren – denn dass das staatliche Schulsystem versagt hat, haben wir ja jetzt gesehen –, wenn die Eltern das wünschen? Nahezu alles ist besser als ein Schulsystem, in dem die Kinder schon in den ersten Jahren lernen, dass per se alle Ausländer gut sind und das Eigene, Nationale schlecht ist, Multikulti und der Islam grandiose Ideen und Jesus Christus nur ein Mythos der Geschichte, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... ein Schulsystem, in dem die Seelen der Kinder mit einer sinnlosen Genderei zerstört werden. Wir sollten – –

(Lebhafte Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, ja, ich komme zum Schluss. Sie haben mich mehrfach unterbrochen, und deswegen werde ich diese Zeit auch nehmen.

(Lebhafte Unruhe)

Wir sollten nach dem Corona-Lockdown nicht zur Normalität zurückkehren, sondern in uns gehen und uns besinnen, was wir wollen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist beendet. Ich muss Ihnen das Wort entziehen. Wortentzug.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir wollen Schulen, die sich gegen das Rassismusphantom und für Schein – –)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, würden Sie bitte Ihren Platz einnehmen? Sie haben nicht mehr das Wort. Nehmen Sie bitte Ihren Platz ein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich verahre mich gegen die zunehmende Willkür dieser Präsidentin! – Unruhe)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, dafür bekommen Sie jetzt einen Ordnungsruf.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Vielen Dank! – Lebhafte Unruhe)

Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Altparteien, Sie beißen sich hier an dem Begriff „ver-

lorene Schülergeneration“ fest. Das ist in der Tat der Schwachpunkt des AfD-Antrags, denn wir haben sicherlich, wenn einige Stunden Schule ausfallen, keine „verlorene Schülergeneration“. Das Problem unserer Schülergeneration ist, dass sie rot-grün-ideologisch indoktriniert wird bis zum Gehtnichtmehr. Das ist auch durch Corona nicht besser geworden.

Aber abgesehen von der falschen Überschrift ist der Antrag der AfD zu 100 % richtig. All die Maßnahmen, die hier kritisiert werden, sind tatsächlich absolut ungeeignet, um irgendetwas zu verbessern. Das ist nicht wissenschaftlich begründet. Das, was hier stattfindet, ist die Ritualisierung eines gewollten Wahns.

Genauso ist die in panikartiger Weise erfolgte Warnung vor dem ganzen Geschehen äußerst schädlich für die ganze Gesellschaft. Wenn Sie ständig von „Infektionen“ sprechen, dann ist das schon die erste Panikmache. Denn 1 500 Infektionen in Gütersloh, was heißt denn das? Die meisten sind pumperlgesund, auf gut Deutsch gesagt, und etliche entwickeln dadurch überhaupt erst die Immunität, die wir für die Herdenimmunität brauchen. Bei der Altersgruppe, die hier jetzt betroffen ist, haben wir maximal drei, vier Tote zu erwarten. Wenn drei, vier Menschen sterben, ist das zwar nicht schön, aber so ein Bohei daraus zu machen – in der Tagesschau und überall – ist maximal übertrieben.

Meine Damen und Herren, wenn wir nicht unsere Grundhaltung ändern, wenn wir im Hinblick auf Corona nicht aus dem Alarmismus, aus diesem alarmistischen Wahn herauskommen, dann werden wir das ganze Problem nicht nur psychologisch nicht lösen, sondern wir werden die Gesellschaft weiterhin wirtschaftlich und politisch ruinieren.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gern nehme ich zu den Diskussionsbeiträgen, die ich mit einer Ausnahme als sehr wohlthuend empfunden habe, Stellung. Die Frage ist, wie wir uns gerade auch im kommenden Schuljahr vorstellen, das Recht auf Bildung – das war Ihre Wortwahl, Herr Fulst-Blei – oder das Erheben des gemeinsamen Lernstands – ganz zentrale Herausforderungen – umzusetzen. Sie haben es aus meiner Sicht zu Recht so beschrieben: Das ist die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen.

Dass wir nach wie vor Gesundheitsschutz, Infektionsschutz beachten müssen, dass wir uns nach wie vor in einer Pandemie befinden, ist nun einmal Realität. Ich habe auch durchaus Verständnis für Eltern, die sich wünschen, dass alles viel schneller geht, dass alles nicht so lange dauert. Lassen Sie es mich einmal so sagen: Meinetwegen kann Corona auch weg; meinerwegen hätte Corona gar nie kommen müssen. Ich glaube, da sind wir uns relativ einig. Aber Corona ist nun einmal da.

Unsere Aufgabe ist es, mit Betreuung oder Bildung gegenüber den Eltern sowie den Schülerinnen und Schülern verantwortungsbewusst umzugehen, aber auch gegenüber den Erzieherinnen und Erziehern sowie gegenüber den Lehrkräften in un-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

serem Land verantwortungsbewusst umzugehen. Das ist genau die Abwägung, die wir vornehmen müssen, die wir auch vornehmen, die aber zugegebenermaßen nicht immer einfach ist. Es ist jedoch die Aufgabe von Politik, hier Maß und Mitte zu finden, Perspektiven zu bieten, auf Sicht zu fahren. Aber auch, wer auf Sicht fährt, fährt und steht nicht. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass wir heute darüber diskutieren, wie wir Schritt für Schritt vorankommen.

(Beifall)

Wir werden ab dem kommenden Montag auf der Basis der Erkenntnisse der Heidelberger Studie – wenn ich sie einfach so nennen darf –, die verschiedene andere Studien aus den Niederlanden, aus Island oder aus der Schweiz ergänzt, die Kitas und Grundschulen öffnen. Ich glaube, dass das eine ganz wichtige Perspektive ist.

Aber natürlich gilt auch da: Wir haben täglich Präsenzunterricht, aber unter Pandemiebedingungen. Wir setzen auf Klassen als Gruppen oder auf Betreuungsgruppen, die eine Einheit bilden, weil wir bei Kindern bis zehn Jahren – so auch die Ergebnisse der vielfältigen Untersuchungen – Abstandsregeln aufheben können. Es ist, glaube ich, auch wichtig – da muss es auch Sicherheit für die Eltern geben –, dass wir so wieder einen Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen – in dem nicht alles so sein kann, wie es ohne Corona wäre – realisieren. Das ist eine wichtige Perspektive.

Wir sind darüber hinaus seit den Pfingstferien bis zum Beginn der Sommerferien Ende Juli in einem rollierenden System in den weiterführenden Schulen: eine Mischung aus Präsenz- und Fernunterricht. Wir haben bei den weiterführenden Schulen das konkrete Problem, dass die Schülerinnen und Schüler älter sind und uns deshalb die Erkenntnisse aus den Studien in Bezug auf Kinder bis zehn Jahren in diesem Zusammenhang nicht unendlich weiterhelfen.

Ich glaube trotzdem, dass es mit Blick auf den Abwägungsprozess, den ich beschrieben habe, richtig ist, dass sich in der vergangenen Woche sowohl die Ministerpräsidentenkonferenz als auch die Kultusministerkonferenz in der Abstimmung einmütig darauf verständigt haben, nach den Sommerferien auch für die weiterführenden Schulen die Möglichkeit von Regelbetrieb, Präsenzunterricht unter Pandemiebedingungen einzuräumen – natürlich immer abhängig vom Infektionsgeschehen.

Ich möchte es jetzt nicht immer wieder erwähnen – Sie alle haben das dargestellt –: Wir sind natürlich davon abhängig, dass wir die Pandemie auch weiterhin so im Griff haben, wie es momentan Gott sei Dank der Fall ist. Wir haben einzelne Ausbrüche, die man sehr ernst nehmen muss, die uns auch deutlich machen, wie schwierig es wird, wenn man vielleicht zu schnell öffnet oder nicht vorsichtig genug ist.

Deshalb auch mein Dank an die Bürgerinnen und Bürger, die sich daran halten und akzeptieren, dass wir Abstand halten müssen, dass wir nicht so tun können, als gäbe es Corona nicht. Das ist die Grundlage dafür, dass wir – Gott sei Dank – nicht die Bilder erleben mussten, wie sie in Norditalien oder in Spanien zu sehen waren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das sind doch ganz andere Voraussetzungen!)

Deswegen ist als Grundlage wichtig – das müssen wir uns auch immer wieder vor Augen führen –: Normalität definiert sich mit Corona anders als ohne Corona.

Das rollierende System, bei dem natürlich auch die Frage eine Rolle spielt, wie der Fernunterricht funktioniert, bedeutet, wie Sie richtig sagten: Die Lehrerinnen und Lehrer, die im Fernunterricht sind, sind nicht im Urlaub, sondern sie unterrichten von zu Hause aus. Das machen sehr viele auch sehr, sehr gut, mit großem Engagement. Deshalb auch an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an die Lehrerinnen und Lehrer, die das wirklich klasse machen.

(Beifall)

Wir arbeiten auch an Regeln, wie Fernunterricht strukturierter ablaufen kann. Dazu als Stichwort: Wie können wir erreichen, dass beispielsweise das, was im Online-Unterricht gemacht wird, zu einer Benotung führen kann? Das sind Dinge, die wir momentan bearbeiten und erarbeiten. Das ist ja nicht ganz einfach. Denn eine Klausur lebt natürlich davon, dass der Schüler sie schreibt und nicht jemand anders. Deshalb ist Fernunterricht diesbezüglich unter etwas anderen Gesichtspunkten zu sehen. Aber auch hier brauchen wir Vorgehensweisen und ein abgestimmtes Vorgehen.

Daran arbeiten wir auch, weil wir nicht ausschließen können – das war auch die berechtigte Frage von Ihnen, Herr Kern –, dass wir auch nach den Sommerferien aufgrund des Infektionsgeschehens in einem rollierenden System weitermachen müssen. Das ist natürlich eine Grundlage. Deswegen bearbeiten wir diese Frage: Wie können wir Präsenz- und Fernunterricht so miteinander koppeln, dass es Regeln gibt, dass es Grundlagen gibt – bei schulindividuellen Möglichkeiten? Denn wir können nie ausschließen, dass Corona – das hoffen wir nicht – mit einer zweiten Welle kommt oder wir aufgrund des Infektionsgeschehens Präsenz- und Fernunterricht miteinander koppeln müssen. Daran arbeiten wir natürlich.

Das andere ist aber die Zielsetzung, nach den Sommerferien, in drei Monaten – vorausgesetzt, dass wir weiter dieses Infektionsgeschehen haben –, Präsenzunterricht auch in den weiterführenden Schulen unter Coronabedingungen anzubieten, Regelbetrieb unter besonderen Bedingungen. Das heißt, wir würden auch bei den älteren Schülerinnen und Schülern im Klassenverbund mit der Lehrerin, mit dem Lehrer Gruppen bilden, weil wir nicht Präsenzunterricht machen – es ist bei diesem Thema die Kunst der Abwägung – und gleichzeitig Abstandsregeln einhalten können. Das heißt, wenn wir Präsenzunterricht in den weiterführenden Schulen machen, müssen wir die Abstandsregeln aufgeben. Das ist auch Beschluss der Kultusministerkonferenz. Anders funktioniert es nicht.

Das setzt aber voraus, dass wir besondere Schutzmaßnahmen für die Lehrerinnen und Lehrer, für die Schülerinnen und Schüler vornehmen, Hygienekonzepte. In Abstimmung mit allen anderen Bundesländern arbeiten wir daran, wie das aussehen kann. Aber deshalb brauchen wir natürlich auch für die Lehrerinnen und Lehrer, für die Schülerinnen und Schüler Testangebote. Da stimmen wir uns ab und werden auch eine Lösung finden. Aber das ist ein Element, das gerade in dieser besonderen Situation ganz wichtig ist.

Es ist die Zielsetzung der Landesregierung, dass dieser Präsenzunterricht unter Coronabedingungen ab September ange-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

boten werden kann. Wir sind zuversichtlich, dass das auch realisiert werden kann – vorausgesetzt, das Infektionsgeschehen lässt es zu.

Zu der Frage, wie wir dann auch den gemeinsamen Lernstand, gemeinsames Lernen wieder erreichen, wie wir diese Lücken schließen, die zwangsläufig entstanden sind aufgrund der Tatsache, dass wir seit Mitte März keine normale Situation an den Schulen haben können – das ist ein zentrales Thema –: Wir werden in absehbarer Zeit ein Nachhilfeangebot vorstellen – wir werden es „Lernbrücken“ nennen –; wir werden erläutern, wie wir diese Lernbrücken in den Sommerferien anbieten können. Wir werden das den Schülerinnen und Schülern als freiwilliges Angebot machen – in einem Wert von über 13 Millionen €; den Vorschlag der SPD übertrumpfen wir also noch. Aber vom Ansatz her ist es richtig. Herr Fulst-Blei, wir haben ja auch schon darüber gesprochen, dass es wichtig ist, ein Nachhilfeangebot zu machen. Gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern werden wir Schülerinnen und Schülern das Angebot machen, über einen Zeitraum in den Sommerferien das nachzuholen, was durch Onlinelernen in der Coronazeit schlicht nicht so erfolgt ist, wie es sich der Einzelne gewünscht hat oder wozu auch die Lehrerinnen und Lehrer sagen: Der Bub oder das Mädchel muss da noch einmal nacharbeiten.

Wir werden es freiwillig anbieten, sind aber zuversichtlich, dass viele daran Interesse haben. Es wird, wie gesagt, Mittel in einer Größenordnung von 13 Millionen € betreffen. Es wird ein zweiwöchiges Angebot sein.

Wir werden in diesem Zusammenhang die Anregung – die ja auch von Ihnen immer wieder kam – aufgreifen, auch Referendarinnen und Referendaren anzubieten, freiwillig daran mitzuarbeiten und dafür dann auch einen Arbeitsvertrag zu bekommen, der vor dem eigentlichen Schuljahresbeginn liegt. Auf diese Weise wird dann auch die in der Diskussion stehende Situation in den Sommerferien durch einen Arbeitsvertrag abgedeckt – sofern der Referendar oder die Referendarin mitarbeiten möchte.

Ich glaube, dass das ein geeignetes Konzept ist. Wir werden das in den nächsten Tagen vorstellen. Es erfolgt in Abstimmung mit den Schulträgern, weil wir natürlich für diese Angebote Schulräume ebenso wie eine Schülerbeförderung brauchen. Diese Abstimmungen sind im Wesentlichen abgeschlossen, sodass wir Ihnen und auch den Schulen in den nächsten Tagen vorstellen werden, wie wir dieses Nachhilfeangebot, diese Lernbrücken für die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg realisieren möchten.

(Beifall – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: In den Sommerferien?)

– Ja, Herr Fulst-Blei, wir würden es in den Sommerferien machen. Wir würden das Angebot auf zwei Wochen strecken, sprich: Der Schüler kann das Angebot zwei Wochen lang wahrnehmen. Wir würden keinen Samstagsunterricht vorsehen – falls dies der Hintergrund Ihrer Frage war. Dies können Schülerinnen und Schüler bzw. Schulen durchaus freiwillig machen, aber wir konzentrieren uns auf dieses Angebot. Ich glaube, das wird eine runde Sache. Es ist auch wichtig, den Schülerinnen und Schülern zu helfen und sie dort abzuholen, wo sie schlicht und einfach Nachholbedarf haben. Ich glaube, dass dies ein gutes und wichtiges Signal ist.

Darüber hinaus haben Sie das Thema Laptops angesprochen. Wir haben die Anschaffungskriterien, die wir heute auch veröffentlicht haben, mit den Schulträgern abgestimmt, sodass wir bei der Ausstattung – Stichwort: rund 300 000 Laptops für Schülerinnen und Schüler, in Ausnahmefällen auch für Lehrerinnen und Lehrer – in die Umsetzung gehen. Auch dies ist mit den Kommunen in diesem Sinn abgestimmt. Ich glaube, dass der Ansatz auch in Bezug auf die Frage, wie wir mit digitalen Herausforderungen umgehen, richtig ist.

Herr Kern – Sie haben es angesprochen –: Die Antworten auf die Fragen, die Sie im Bildungsausschuss gestellt haben, die Sie heute wiederholt haben, sind schriftlich auf dem Weg zu Ihnen – sie gehen gerade bei der Landtagsverwaltung ein oder sind schon eingegangen –, sodass Sie die Fragen selbstverständlich vollumfänglich beantwortet bekommen, wie ich es Ihnen im Bildungsausschuss zugesagt habe.

Die Planungen, Herr Fulst-Blei, wie es im kommenden Schuljahr konkret in diesen zwei Gruppen weitergeht – Präsenzunterricht unter Regelbedingungen, unter Pandemiebedingungen ist das eine, ein rollierendes System, falls der Infektionsschutz uns ab September keine weitere Öffnung ermöglicht, das andere –, werden wir Anfang Juli den Schulen und den notwendigen Partnern mitteilen, sodass Sie dann im Juli im Bildungsausschuss selbstverständlich gewährleistet bekommen, dass ich Ihnen Rede und Antwort stehe. Das mache ich sehr gern, und das kann ich Ihnen an dieser Stelle zusagen.

Deshalb: Vielen Dank. Ich glaube, dass es wichtig ist, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir diese Zeit in die Zukunft führen, wie wir Schülerinnen und Schülern eine Perspektive geben können. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns das kommende Schuljahr anschauen.

Herr Röhm, ich teile Ihre Einschätzung. Ich glaube, dass dieser Ausfall seit März, dieses veränderte Lernen, sich für die Schülerinnen und Schüler im kommenden Schuljahr stärker auswirkt und dass wir uns sehr viel Mühe dabei geben müssen, die Schülerinnen und Schüler durch Lernbrücken in den Sommerferien, aber dann auch im kommenden Schuljahr aufzufangen. Das werden wir tun und dafür dann auch in den nächsten Tagen und Wochen die einzelnen Konzepte vorstellen.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren: Vielen Dank für die Diskussion. Diskussionen zu Schulen lohnen sich immer.

Danke schön.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich glaube, ich habe noch etwas Redezeit. – Mir ist zum Schluss jetzt einfach noch mal wichtig, zu sagen – weil ich glaube, dies wurde aus der Debatte deutlich, die CDU, FDP/DVP, Grüne und SPD geführt haben –, dass wir uns letztendlich einen gemeinsamen Weg durchaus vorstellen können. Ich habe jetzt bei allen Beiträgen keine großen Differenzen zu dem gehört, was geplant wird, was den Regelbetrieb angeht. Herr Dr. Kern, Sie haben auch noch einmal betont, dass Sie die Öffnung der Kitas und Grund-

(Sandra Boser)

schulen ab Ende Juni und den Gesundheitsschutz unterstützen.

Ich finde, dass dies ein wichtiges Signal ist, das wir heute aus dem Landtag heraus an die Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie an die Eltern geben können: Wir schätzen und anerkennen die Leistungen, die in den letzten Monaten von allen Seiten erbracht wurden. Jetzt ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Übergang in einen Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen – ich nehme das Wort auf – so reibungslos wie möglich erfolgt. Dafür braucht es weitere Unterstützung. Das zu sagen wäre mir an dieser Stelle noch einmal wichtig.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Boser, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei zu?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ich habe noch zwei Sätze zu sagen. Danach lasse ich sie gern zu.

Es wurde hier schon mehrfach angesprochen: Wir haben Mitte April Vorschläge zum weiteren Vorgehen gemacht. Das Thema „Digitaler Unterricht“, das Herr Dr. Kern angesprochen hat, muss man weiterverfolgen, um im Fall der Fälle wieder zum Fernunterricht zurückkehren zu können. Dass wir zusätzliche Lernangebote brauchen, das hat die Frau Ministerin noch einmal betont und unterstrichen.

Ich will noch einmal sagen: Es gibt keine Differenz dabei, wie wir den Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen sehen. Es gibt einen Punkt, den wir berücksichtigen müssen, das nämlich letztendlich nicht alle Lehrerinnen und Lehrer Präsenzunterricht erteilen können. Wir brauchen deshalb zusätzliche Unterstützung durch Studenten und Referendare; das habe ich schon angesprochen. Wir brauchen aber auch den Zugang von externen Partnern. Das wird entscheidend sein, um den Regelbetrieb und die Präsenz so weit wie möglich umzusetzen.

Einen Punkt möchte ich zum Schluss noch ansprechen. Ich halte es auch für schwierig, einen Samstagsunterricht anzudenken. Wir sehen schon jetzt, dass Lehrerinnen und Lehrer zum Teil nicht nur eine Doppelbelastung, sondern eine Dreifachbelastung haben. Sie sind jetzt zum Teil schon wieder 25 Stunden im Präsenzunterricht, müssen auf der anderen Seite aber auch den Fernunterricht von zu Hause aus organisieren und Arbeiten korrigieren. Wir müssen schauen, dass die Belastung nicht zu hoch wird. Die Webinare und Angebote für Fortbildungen müssen jetzt genutzt werden.

Ich glaube, dass es am Ende zwischen den vier Fraktionen wenige Differenzen gibt.

(Beifall)

Jetzt noch die Frage von Herrn Abg. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Kollegin Boser, vielen herzlichen Dank. – Einerseits ist es sehr gut, dass unser Impuls mit aufgegriffen wurde, über die Sommerferien ein kostenloses Nachhilfeprogramm anzubieten. Ich mache mir aber Gedanken, ob das ausreicht. Unser Ansatz sieht ausdrücklich vor, nicht nur auf Referendare sowie Studentinnen und Studenten zurückzugreifen. Denn diese stehen nur für einen beschränkten Zeitraum zur Verfügung. Unser Ansatz ist ausdrücklich, beispielsweise mit Dozentinnen und Dozenten der

Volkshochschulen ein parallel zum nächsten Schuljahr laufendes Programm aufzulegen. Wir haben in Mannheim dabei sehr gute Erfahrungen gemacht.

Hielten Sie es nicht für sinnvoll, dass die Landesregierung an dieser Stelle noch einmal in sich geht und darüber berät, nicht nur für die Sommerferien, sondern auch darüber hinaus ein das gesamte nächste Schuljahr umfassendes kostenloses Nachhilfeprogramm für die Schülerinnen und Schüler im Land aufzulegen?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wir haben an den Schulen schon jetzt die Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler, die von den Lehrerinnen und Lehrern nicht erreicht werden können, in den Unterricht einbezogen werden. Das passiert in Gruppen, die parallel laufen.

Ich habe schon betont, dass wir es durchaus für richtig halten, externe Partner mit hinzuzunehmen. Aus der letzten Legislatur gibt es bereits ein Programm. Man kann durchaus darüber diskutieren, welche weiteren Möglichkeiten es gibt. Ob dies dann über das ganze Schuljahr hinweg geht und wie der Präsenzunterricht umgesetzt werden kann, das muss man abwarten und den Pandemieverlauf beobachten.

Ich gehe davon aus, dass wir nach den Sommerferien zunächst einmal in die normale Öffnung gehen können. Wenn der Pandemieverlauf es zulässt, werden wir den Regelbetrieb so weit wie möglich – unter Pandemiebedingungen – aufrechterhalten. Wir müssen versuchen, für die Schülerinnen und Schüler eine wirkliche Lern- und Unterrichtssituation zu schaffen, und zwar, wenn dies notwendig ist, mit Präsenz- und Fernunterricht. Das muss das Ziel sein. Der Fernunterricht muss mehr umfassen als nur Lernangebote.

Ich glaube, dass wir erst einmal diesen Weg gehen müssen. Aber wir sind offen für weitere Überlegungen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie bei dieser Debatte heute anwesend sind. Denn das zeigt ja auch, dass Ihnen die Frage wichtig ist, wie die Schulen momentan versuchen, diese schwierige Situation zu bewältigen. Sie haben gehört, dass der bildungspolitische Sprecher der CDU, Herr Röhm, aber auch Frau Boser von den Grünen, Herr Fulst-Blei von der SPD und auch ich die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer unglaublich wertschätzen, die in einem unermüdlichen Einsatz versuchen, in dieser schwierigen Situation das Beste zu machen.

Herr Ministerpräsident, vorgestern gab es eine Presseveröffentlichung des Verbands Bildung und Erziehung, VBE. Ich zitiere aus dieser Pressemitteilung:

Der baden-württembergische VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand kritisiert die Aussagen von Kretschmann ... „aufs Schärfste“: „Es ist eine Frechheit, zu behaupten, dass wir einen Mangel an Lehrkräften von 20 % ha-

(Dr. Timm Kern)

ben, weil sich die Lehrerinnen und Lehrer für vulnerabel halten“, sagt er: „Für die Kolleginnen und Kollegen gilt ab Juli, dass sie wie alle anderen Berufsgruppen ein Attest vorlegen müssen. Wenn nun Lehrkräfte ausfallen, dann weil Fachärzte ihnen nach eingehender Prüfung attestieren, nicht am Unterricht teilnehmen zu können. Wenn jemand für den Lehrkräftemangel verantwortlich ist, dann die Regierung Kretschmann. Ihr ist es in den letzten neun Jahren nicht gelungen, eine anständige Lehrkräfteversorgung auf die Beine zu stellen.“

Ich glaube, Herr Ministerpräsident, es wäre wichtig, dass Sie, wenn Sie missverstanden wurden, das heute auch klarstellen. Denn die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen warten darauf und haben darauf auch einen Anspruch, dass diese Landesregierung geschlossen hinter ihnen steht und ihnen den Rücken stärkt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Gewaltexzesse in Stuttgart – Solidarität mit unserer Polizei – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Redezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung.

Nun darf ich das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch erteilen.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Als ich am vergangenen Sonntagmorgen die Nachrichten gehört habe, glaubte ich zunächst, meinen Ohren nicht trauen zu können. Ich glaube, so ging es uns allen. Die Berichte über die Ereignisse der vorangegangenen Nacht und die Bilder, die wir mittlerweile gesehen haben, waren und sind schockierend, sie machen uns fassungslos, und sie machen mich auch wütend.

Ich möchte allerdings mit dem beginnen, was mir heute, am gerade mal vierten Tag nach den Ereignissen des Wochenendes, am allerwichtigsten erscheint: Ich wünsche allen Polizistinnen und Polizisten, die in dieser Nacht zum Sonntag hier bei uns in Stuttgart bei ihrem Einsatz verletzt wurden, von Herzen eine rasche und vollständige Genesung. Kommen Sie schnell wieder auf die Beine! „Gute Besserung!“ aus diesem Haus, aus dem Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall)

Ganz wichtig ist mir dabei auch, allen Polizistinnen und Polizisten, allen Einsatz- und Rettungskräften Danke zu sagen: danke für Ihren Einsatz, danke für Ihren Mut, danke dafür, dass Sie diese Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger be-

schützt haben angesichts eines nie da gewesenen Ausbruchs sinnloser, bösartiger, aggressiver und brutaler Gewalt. Danke für Ihre unglaubliche Fähigkeit, all dieser Gewalt, dieser Aggression, diesem grundlosen Hass mit einer ungeheuren Besonnenheit zu begegnen.

(Beifall)

Ich sage ausdrücklich „Besonnenheit“, denn es konnte Schlimmeres verhindert werden – auch wenn dies angesichts der Bilder, die wir gesehen haben, komisch klingt. Als ich am gestrigen Tag mit meinem Fraktionskollegen Sascha Binder und mit Ute Vogt, der innenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, das Polizeipräsidium besucht habe, um den Polizeikräften unseren Dank und unsere Hochachtung auszusprechen, wurde uns geschildert, wie gefährlich die Situation war, als sich 30 Polizeibeamte ohne Helme und ohne Schilde einer Menge von 200 bis 300 aggressiven Personen gegenüberübersahen, die sie mit Flaschen und mit Pflastersteinen beworfen haben.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Hier waren Leib und Leben der Beamtinnen und Beamten gefährdet. Der Einsatz von Schusswaffen in dieser Notwehrsituation wäre möglich gewesen. Dass es dazu nicht kam, ist allein der Besonnenheit dieser Polizistinnen und Polizisten zu verdanken.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das sind doch Ihre Leute!)

Was wäre geschehen, wenn wir sie nicht gehabt hätten, wenn sie nicht so besonnen reagiert hätten?

(Abg. Stefan Räßle AfD: Jungsozialisten!)

Herzlichen Dank für diese Besonnenheit. – Und halten Sie jetzt endlich Ihren Schnabel! Sie sind diejenigen, die diesen Staat und auch unsere Polizei jeden Tag verächtlich machen!

(Beifall – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Räßle, ich fordere Sie in dieser schwierigen Situation auf, ruhig zu sein, einer Situation, die insgesamt – –

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wer hat denn geschrien, Frau Präsidentin?)

– Sie sind jetzt ruhig!

(Zurufe, u. a.: Das Besondere ist doch, dass der überhaupt schon da ist!)

Es geht um diese Gewaltexzesse in Stuttgart, und es geht darum, dass sich das Parlament mit unseren Sicherheitskräften solidarisiert.

(Zurufe, u. a. Abg. Stefan Räßle AfD: Das sind doch die Jungsozialisten! Das sind doch seine Leute! Das ist doch Heuchelei! – Lebhaftige Unruhe)

Der Anstand gebietet es, dass Sie hier zuhören und nicht stören. – Vielen Dank.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Im Übrigen haben wir Abstandsregeln, die er einzuhalten hat!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Unsere Polizei, unsere Polizistinnen und Polizisten – –

(Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Er soll als Erstes mal die Abstandsregeln einhalten! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment!

(Zurufe – Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte alle im Parlament – darum habe ich schon mehrfach gebeten –, aufgrund der Pandemiegefahr die Abstandsregeln einzuhalten.

(Zuruf)

Es geht nicht nur um Ihre eigene Gesundheit,

(Zurufe)

sondern es geht auch um die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen sowie unserer Beschäftigten. Auch das gehört zu Anstandsformen und -normen, die Ihnen leider fehlen. Das muss ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall – Zurufe)

Abg. Andreas Stoch SPD: Unsere Polizei, unsere Polizistinnen und Polizisten haben aber nicht nur unseren Dank, unsere Anerkennung und unsere herzlichen Genesungswünsche verdient. Sie haben es auch verdient, dass wir uns ausdrücklich und klar zu ihnen bekennen. Das möchte ich hier und heute ausdrücklich tun. Wir stehen zu unserer Polizei, und mit „wir“ meine ich nicht nur meine SPD-Fraktion und nicht nur die überwältigende Mehrheit in diesem Haus, sondern auch die überwältigende Mehrheit in diesem Land.

An die Polizei: Ob Sie in dieser Nacht zum Sonntag als Polizeibeamter oder Polizeibeamtin von diesem wütenden Mob umstellt waren oder auch nicht, egal, ob Sie Ihren Dienst an diesem Tag taten, beschimpft oder beleidigt, bedroht oder angeschrien wurden: Glauben Sie mir, die überwältigende Mehrheit in diesem Land ist froh und dankbar für Ihre Arbeit, für die Leistung, die Sie für unsere Gesellschaft erbringen, für Ihren Schutz und Ihre Hilfe, für das, was Sie – bescheiden – Ihren Dienst nennen. Bitte vergessen Sie das nie, auch nicht in diesen schwärzesten Stunden wie in der Nacht von Samstag auf Sonntag.

Es gibt auch etwas, was wir alle nie vergessen dürfen: Polizistinnen und Polizisten schützen unsere Gesellschaft, aber unsere Gesellschaft muss auch die Polizei schützen. Denn die Ausschreitungen in der Nacht zum Sonntag waren mehr als ein Krawall in Stuttgart, waren mehr als eine widerliche Liste brutaler Attacken auf Polizistinnen und Polizisten. Das, was passiert ist, war ein Angriff auf uns alle, auf unsere freie Gesellschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, Frau Präsidentin. – Und es war ein Angriff, der mich auch wütend macht. Diese – gestat-

ten und verzeihen Sie mir den Begriff – Idioten legen es darauf an, unsere freiheitliche und tolerante Gesellschaft kaputt zu machen, und das lassen wir uns nicht bieten.

(Zuruf)

Wir alle sind gefordert. Und ja, deswegen hoffen wir darauf, dass alle verantwortlichen Täter zur Rechenschaft gezogen werden, dass sie merken, dass diese freiheitliche und tolerante Gesellschaft nicht wehrlos ist. Und wir vertrauen auf unsere Justiz, wie wir auf unsere Polizei vertrauen. Wer in der Nacht zum Sonntag randalierte, wer plünderte, wer Steine warf und Scheiben zertrümmerte und vor allem unsere Polizistinnen und Polizisten brutal angriff und verletzte, wer all das getan hat, der muss merken, dass die Härte des Gesetzes eine Realität und nicht nur eine Redensart ist, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Wenn alle betroffenen Einsatzkräfte wieder gesund, alle Täter gefasst und verurteilt und alle Schäden in der Stadt so gut wie möglich abgewickelt und beseitigt sind, dann sind wir einen wichtigen Schritt weiter. Aber dann dürfen wir nicht stehenbleiben. Wenn ich vorhin sagte, dass nicht nur die Polizei die Gesellschaft schützt, sondern die Gesellschaft auch die Polizei schützen sollte, dann meine ich damit, dass wir die Polizei mit dem gesellschaftlichen Problem, das dort deutlich wurde, nicht alleinlassen dürfen.

Damit kommen wir zur entscheidenden Frage: Wie konnte so etwas passieren? Was sind die Ursachen? Und vor allem: Was können und müssen wir tun, um diese Entwicklungen zu stoppen? Diese Fragen sind – mit Verlaub – zu wichtig und auch zu komplex, um schon wenige Stunden und Tage später abschließend beantwortet werden zu können.

Wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, um eines vermeintlichen parteitaktischen Vorteils willen mit billigen politischen Schuldzuweisungen zu agieren oder einfachste Erklärungsmuster zu verwenden. Die Entwicklungen, die in der Nacht von Samstag auf Sonntag zu diesem Gewaltausbruch geführt haben, gibt es schon seit längerer Zeit in unserer Gesellschaft. Das, was sich am Wochenende in Stuttgart Bahn gebrochen hat, ist ein Phänomen, das in dieser Dimension völlig neu ist, in seiner Qualität aber leider nicht. Was Polizistinnen und Polizisten, aber auch Feuerwehrleute, Rettungskräfte und kommunale Angestellte, also Vertreter unseres Staates, seit Jahren zunehmend erleben müssen, ist eine wachsende Respektlosigkeit.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Mehr noch: Sie müssen die fast krankhafte Unfähigkeit mancher Zeitgenossen, das eigene Ego mit den Regeln des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft in Einklang zu bringen, wahrnehmen.

„Ich mache, was ich will, mir hat keiner etwas zu sagen, und wer an seine Mitmenschen denkt, kann nur ein Schwächling sein“ – dieses Phänomen beobachten wir seit Langem, nicht erst seit Corona,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sagen Sie das Frau Esken!)

(Andreas Stoch)

nicht erst seit einer weltweiten Rassismusdebatte, und längst nicht nur in Stuttgart. Bleiben wir da bitte alle bei der Wahrheit. Gegen dieses Phänomen helfen keine gestanzten Phrasen, keine politischen Beißreflexe;

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

dagegen hilft nur eine gemeinsame, gesamtgesellschaftliche Anstrengung, die nachhaltig ist und über den Tag und seine Schlagzeilen hinaus wirkt, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Nein, Prävention wird nie alles verhindern. Wir wissen aber und haben bewiesen, dass Prävention wirken und helfen kann. Natürlich hat das, was am Samstag passiert ist, auch mit der Entwicklung zu tun, dass der Staat und seine Institutionen bei einem Teil der Gesellschaft nicht mehr den Respekt genießen, den sie als Sachwalter des Gemeinwohls verdienen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Dafür sind Sie verantwortlich!)

Deswegen müssen wir denen, die sich, wie am Samstag geschehen, ganz bewusst außerhalb des Rechts stellen, mit aller Härte des Rechts klarmachen, dass sie sich damit gegen die große Mehrheit unserer offenen und freien Gesellschaft stellen. Eines muss vollkommen klar sein: Das Gewaltmonopol liegt allein beim Staat und seinen Organen und dabei insbesondere bei unserer Polizei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Gerade weil sie an vorderster Front für die Einhaltung dieses Rechts kämpft, hat die Polizei unseren Dank, unsere Solidarität und unsere Unterstützung verdient. Genau darum hat sie verdient, dass wir alles, wirklich alles unternehmen, damit sich eine Nacht wie die am vergangenen Wochenende nie wiederholt.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die Vorkommnisse am Wochenende als Landfriedensbruch bezeichnet. Auch mich und meine Fraktion entsetzt, was hier geschehen ist. Junge Menschen, überwiegend Männer, haben sich mit hoher krimineller Energie zusammengetrotet.

(Zuruf: Ihre Gäste!)

Sie haben aus der Menge heraus Polizistinnen und Polizisten angegriffen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt im Zusammenhang mit dem Angriff auf einen jungen Studenten nun wegen des Tatbestands des versuchten Totschlags. Das sind schwere Straftaten, die dort verübt worden sind. Wer solche Straftaten begeht, handelt kriminell.

Inzwischen sind Haftbefehle erlassen worden. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sende ich von dieser Stelle aus

ein klares Signal an die Täter: Das, was ihr gemacht habt, das dulden wir nicht!

(Beifall)

Weil es immer wieder aus der rechten Ecke kommt: Diese Ausschreitungen besoffener junger Männer hatten keinen politischen Hintergrund.

(Widerspruch – Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

Der Stuttgarter Polizeipräsident Franz Lutz hat das eindrücklich bestätigt.

(Zurufe – Fortgesetzte Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, warten Sie bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um mehr Ruhe.

(Zurufe)

Zwischenrufe sind im Parlament durchaus erlaubt. Wenn jedoch permanent Zwischenrufe kommen, hat der Redner bzw. die Rednerin keine Chance, die Rede an Sie zu richten. Deshalb bitte ich Sie auch da insgesamt um etwas mehr Ruhe. – Vielen Dank.

(Zurufe)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Schauen Sie sich die Bilder an. Diese Personen handelten aus blinder Zerstörungswut.

(Zuruf: Videos!)

Um es noch deutlicher zu sagen: Aus meiner Sicht waren das Kriminelle. Eine solche Randalie ist durch nichts, aber durch gar nichts zu rechtfertigen. Mich macht das wütend. Denn diese idiotische Zerstörungswut, das ist nicht das liberale, das lebensfrohe Stuttgart, wie wir es kennen, das ist nicht das Nachtleben, das ist nicht die Nightlife-Szene, wie sie zu Stuttgart gehört. Ich sage es ganz klar: Das ist nicht unser Stuttgart, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe)

Ich denke, da spreche ich für uns alle: Wir stehen hinter unserer Polizei. Unsere Polizistinnen und Polizisten, das sind auch Ehefrauen und Ehemänner, Mütter und Väter, das sind Menschen wie du und ich, und diese Menschen spiegeln auch zunehmend die ganze Vielfalt der Gesellschaft wider. Das ist die baden-württembergische Polizei.

Die Polizei hat auch in dieser herausfordernden Situation, Herr Minister, besonnen und umsichtig reagiert. Mein Dank gilt daher allen Beamtinnen und Beamten, die am Wochenende im Einsatz waren. Ihnen möchten wir den Rücken stärken. Denn bei diesem Einsatz gab es körperliche Verletzungen, aber noch schwerwiegender sind die seelischen Wunden, die entstanden sind, die Wunden, die diese Attacken hinterlassen haben. Deswegen das herzliche Dankeschön an die Einsatzkräfte. Den Verletzten wünsche ich gute Genesung.

(Beifall – Abg. Stefan Rappke AfD: Das waren Ihre Gäste!)

(Andreas Schwarz)

Die Ausschreitungen in Stuttgart gehen uns alle an. Denn es geht hier um die Sicherheit des öffentlichen Raums. Die Freiheit, sich ohne Angst uneingeschränkt bewegen zu können, allen Bürgerinnen und Bürgern zu garantieren, das ist die Aufgabe des liberalen Verfassungsstaats. Der öffentliche Raum darf nicht zu einem Angstraum werden. Ein Garant dafür ist unsere Polizei.

Im liberalen Verfassungsstaat gibt es ein klares Gewaltmonopol. Die Polizei setzt Recht und Gesetz durch, und dafür hat die baden-württembergische Polizei unsere volle Unterstützung, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Immer wieder berichten mir Ordnungs- und Rettungskräfte, dass es zunehmend an Respekt fehlt, und zwar nicht nur in Stuttgart, sondern bundesweit. Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, dem zu begegnen. Deswegen sage ich ganz klar: Hass und Gewalt gegen die Polizei – egal, ob im Netz oder bei Kontrollen auf der Straße –, das dulden wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein. – Wir werden nun gemeinsam mit der Polizei und auch gemeinsam mit der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Stuttgart alles Notwendige dafür tun, dass sich solche Ausschreitungen nicht wiederholen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Hört, hört!)

Der öffentliche Raum ist das Herz einer Gesellschaft. Er muss sicher sein. Das heißt, dass sich alle Menschen frei und entspannt bewegen können. Denn nur dann, wenn sich die Menschen sicher fühlen, kann unsere Gesellschaft, kann unser Miteinander funktionieren. Deswegen sind polizeiliche Maßnahmen wie die jetzt angekündigte Sicherheitspartnerschaft wichtig. Wir begrüßen sie, wir unterstützen sie.

Es braucht aber noch mehr. Gerade die sozialpolitischen und auch die präventiven Maßnahmen, wie sie von Oberbürgermeister Fritz Kuhn aufgezeigt worden sind, sind wichtig. Denn unser Ziel ist klar: Wir wollen solche Ausschreitungen in Zukunft verhindern. Das Geschehen hinterlässt nämlich Fragen: Reicht es aus, Polizeipräsenz zu erhöhen? Wie kommt es dazu, dass junge Männer in solcher Zahl eine derartige Zerstörungswut an den Tag legen? Wie ist diese Dynamik entstanden, und wie können wir sicherstellen, dass es keine Wiederholung gibt? Diese Fragen müssen jetzt beantwortet werden.

(Beifall)

Mit Blick auf die konkreten Taten, auf die körperlichen Übergriffe, den schweren Landfriedensbruch, die Plünderungen sind jetzt Staatsanwaltschaft und Gerichte gefragt. Denn wir müssen wissen, wer die Täter sind. Aufklären, ermitteln, die Täter vor Gericht stellen und dann ein entsprechendes Urteil finden – das ist die klare Antwort unseres Rechtsstaats auf diese kriminellen Vorkommnisse. Das ist nun die Aufgabe der Justiz. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Polizei und Justiz

ihre Arbeit machen können – und zwar mit unserer vollen Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Im nächsten Schritt müssen wir uns darüber unterhalten, was wir dazu beitragen können, dass solche Lagen und Stimmungen erst gar nicht entstehen. Was ist notwendig, um eine Stimmung des gegenseitigen Respekts zu schaffen? Wie können wir im Wege der Prävention dazu beitragen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten erst gar nicht eingreifen müssen?

(Zurufe)

Denn Sicherheit ist nicht allein eine innenpolitische Frage, Sicherheit geht uns alle an; es ist auch eine Frage des Zugangs zu Bildung, eine Frage der Chancen.

(Zuruf)

Oder denken Sie an sozialpolitische Maßnahmen. Auch das Modell eines Nachtbürgermeisters, wie es in Mannheim erfolgreich praktiziert wird, scheint mir ein sinnvoller Ansatz zu sein.

(Zurufe)

Denn sichere öffentliche Räume, ein sicheres Nachtleben, das ist nicht allein die Aufgabe von Sicherheitsbehörden. Hier brauchen wir mehr: engagiertes Streetworking, mobile Jugendarbeit vor Ort, eine umfassende kommunale Prävention, einen engen Dialog aller Akteure des Stadtlebens. All das trägt neben guter und bürgernahe Polizeiarbeit dazu bei, dass unsere Städte und unser öffentlicher Raum sicherer werden.

(Beifall)

Was nun am Wochenende in Stuttgart geschehen ist, macht uns wütend. Es macht mich wütend. Es fasst mich an. Aber entscheidend ist jetzt entschlossenes Handeln. Ich habe Vertrauen in den liberalen Verfassungsstaat. Ich habe Vertrauen in unsere Polizei, in unsere Justiz.

Baden-Württemberg ist eines der sichersten Bundesländer. Die Zahlen der Straftaten im öffentlichen Raum sind in den letzten Jahren rückläufig. Das ist die Faktenlage, wenn man in den Sicherheitsbericht schaut. Dazu haben wir in den letzten neun Jahren beigetragen, indem wir weitere Stellen bei der Polizei geschaffen und kontinuierlich in die Verbesserung der Ausstattung investiert haben.

Diesen Kurs werden wir von der grünen Landtagsfraktion fortsetzen. Wir werden vonseiten der grünen Landtagsfraktion den runden Tisch „Sichere öffentliche Räume“ wieder aktivieren. Wir werden kontinuierlich daran arbeiten, Baden-Württemberg noch sicherer zu machen. Dabei bin ich zuversichtlich, dass die Täter gefasst und verurteilt werden.

Unser Ziel ist es, dass sich solche Ausschreitungen nicht wiederholen, dass sich alle Menschen in unserem Land frei und sicher bewegen können. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Blenke.

(Zurufe, u. a.: Guter Mann!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Gewaltexzesse vom vergangenen Wochenende in Stuttgart machen uns wütend und fassungslos. Zerstörung von Geschäften, Plünderungen, Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte – das gleicht bürgerkriegsähnlichen Zuständen, und das scheinbar aus dem Off heraus. Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizei und auch gegen Rettungskräfte, nicht zum ersten Mal – wie krank ist das denn, Flaschen auf Sanitäter zu werfen? –, nehmen seit Längerem zu. Diese Explosion aus dem Nichts heraus ist allerdings so, in dieser Form, neu. Wir dürfen da nicht wegsehen.

Unser Mitgefühl gilt ganz besonders den verletzten Polizisten. Mögen sie alle schnell wieder gesunden!

(Beifall)

Unser Dank gilt allen Polizisten, die in dieser Nacht im Einsatz waren, die übelste Behandlungen ertragen mussten und die alles gegeben haben, um die Ordnung wiederherzustellen.

Die Polizei kann erwarten, dass wir, die Politik, uns ohne Wenn und Aber vor sie stellen. Baden-württembergische Polizisten identifizieren sich mit den Grundwerten der Demokratie, mit der offenen Gesellschaft, die sie schützen. Einzelne, individuelle Verfehlungen kann man in einer so großen Organisation nicht vermeiden. Sie werden aber auch nicht geduldet. Polizeiarbeit ist nun mal gefahrgeneigt. Deswegen lernt bei uns in Baden-Württemberg jeder Polizeischüler von Anfang an, dass er in Ausübung seines Dienstes immer nur so viel Gewalt anwenden darf, wie unbedingt nötig ist. Das unterscheidet übrigens die Polizei im Rechtsstaat von der im Polizeistaat.

(Beifall)

Jede pauschale Verurteilung oder Verunglimpfung unserer Polizei lehnen wir auf das Schärfste ab.

(Beifall)

Den vorläufigen Tiefpunkt hierzu hat die „taz“ mit ihrem widerlichen Beitrag geleistet, den ich ob des Grades der Widerlichkeit hier gar nicht zitieren werde.

(Zuruf)

Die breite Mehrheit der Bevölkerung will eine starke Polizei, die für Recht und Ordnung sorgt und unseren freiheitlichen Rechtsstaat verteidigt. Wenn dann eine Regierung – das gehört zu dem Gesamtbild dazu – wie Rot-Rot-Grün in Berlin sagt, Vorwürfe gegen Polizisten müssen nicht belegt werden, sondern – im Gegenteil – der Polizist muss diese widerlegen, dann ist das das fatale Signal an die Bevölkerung: Die rot-rot-grüne Regierung misstraut ihrer eigenen Polizei.

(Beifall – Zurufe)

Wie sollen diese Polizisten für ihren Staat noch geradestehen? Deswegen haben alle innenpolitischen Sprecher der Union in Deutschland gefordert, dass keine Polizei aus anderen Län-

dern und auch keine Bundespolizei nach Berlin geht, solange nicht klar ist, dass das für auswärtige Kräfte nicht gilt. Und die Berliner Polizisten tun uns einfach leid.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Ja! – Sehr gut!)

Das sind alles Teile eines Puzzles. Am Ende entsteht ein Bild eines Staates, der sein Gewaltmonopol abgibt und damit seine Institutionen angreifbar macht. Das ist die bittere Wahrheit.

(Zuruf)

Ein Puzzlestück ist es aber leider auch, wenn die Vorsitzende der SPD der Polizei pauschal ein latentes Rassismusproblem unterstellt.

(Zurufe, u. a.: Ja! – Genau so ist es!)

Bevor Sie sich aber aufregen – Sie werden sich gleich freuen –: Ich bin den Kollegen der SPD hier im Landtag ausdrücklich und aufrichtig dankbar, dass sie heute diese Aktuelle Debatte beantragt haben. Denn es ist wichtig, dass wir hier heute zeitnah darüber debattieren.

(Beifall – Zurufe)

Kollege Stoch, Ihre Ausführungen zeigen: Wir sind hier im Haus in den Einschätzungen insgesamt nah beieinander.

(Zurufe, u. a. des Abg. Anton Baron AfD)

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD: Der Appell im Titel Ihrer Debatte – Solidarität mit unserer Polizei – ist richtig, er ist bei der CDU aber nicht erforderlich. Ich vermute, er richtet sich eher an das Willy-Brandt-Haus in Berlin.

(Beifall – Zurufe)

Wir müssen die Hintergründe ermitteln, was am vergangenen Wochenende passiert ist. Da war zuerst von Partyszene und Langeweile nach Corona die Rede. Ich mag nicht glauben, dass Hunderte von Menschen auf Knopfdruck von Partystimmung in Bürgerkriegsmodus umstellen können. Das sieht eher nach Gewaltexzessen eingeübter Krawallmacher aus als nach Partygängern.

Wir bitten die Landesregierung deswegen um umfassende Aufklärung, wer da alles zugange war,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wir fordern sie auf!)

und vor allem, wer sich unter dieses Partyvolk gemischt hat.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wir bitten nicht, wir fordern sie auf, Herr Kollege!)

Wir haben das Video von dem Polizisten gesehen, der von hinten angesprungen wurde. Meine Damen und Herren, solche Typen müssen die ganze Härte des Rechtsstaats spüren. Da brauchen wir Generalprävention. Bei der Strafverfolgung müssen jetzt harte Strafen ganz oben stehen, um Nachahmer abzuschrecken.

(Beifall – Zurufe)

Jugendliche Täter müssen geschnappt werden und müssen schnell die Antwort des Staates spüren.

(Thomas Blenke)

Deswegen ist es gut, dass ab jetzt das beschleunigte Verfahren nach der Strafprozessordnung auch von der baden-württembergischen Justiz angewandt wird. Deswegen ist es gut, dass die Landesregierung gestern beschlossen hat, die Häuser des Jugendrechts im Land auszuweiten – in Stuttgart haben wir bereits eines. Schnelle Strafen nach den Taten – das ist die einzige Sprache, die diese Krawallmacher verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

An die Stadt Stuttgart gerichtet, sage ich nur: Lassen Sie uns noch stärker zusammenarbeiten. Das Land bietet vielfache Instrumentarien an. Grün-Schwarz hat das Konzept „Sicherer öffentlicher Raum“ entwickelt, Kollege Schwarz. Da sehen wir Möglichkeiten. Wir haben viele Instrumente von Alkoholkonsumverbotszonen über Videoüberwachung und anderes mehr, um für sichere öffentliche Räume zu sorgen. Das muss gemeinsam mit der Stadt Stuttgart und Hand in Hand mit dem Land gemacht werden.

Meine Damen und Herren, unsere Polizei steht in der Mitte der Gesellschaft. Sie ist unparteiisch und weltoffen. Sie hat unsere Wertschätzung verdient. Für die CDU ist das seit jeher eine Selbstverständlichkeit.

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Polizei in Stuttgart hat am vergangenen frühen Sonntagmorgen die Parole ausgeben müssen: „Situation ist völlig außer Kontrolle.“ Sie musste weitere Kräfte aus Baden-Württemberg anfordern. In dieser Nacht waren am Ende insgesamt über 280 Beamte aus Baden-Württemberg im Einsatz in Stuttgart. Selbst Polizeivizepräsident Thomas Berger, der vor Ort war, sprach von Szenen, die es in Stuttgart noch nie gegeben hat. Auf dem Höhepunkt der Ausschreitungen auf dem Schlossplatz waren 400 bis 500 Personen – andere Schätzungen sprechen sogar von noch mehr – beteiligt.

Meine Damen und Herren, diese jungen Menschen solidarisierten sich, haben Polizeibeamte mit Pflastersteinen und Flaschenwürfen attackiert, mehrere Einsatzfahrzeuge demoliert und zerstört und plünderten viele Geschäfte in der Innenstadt. Meine Damen und Herren, das sind Bürgerkriegszustände in Baden-Württemberg, in Stuttgart und bestimmt keine Partys oder Events, von denen noch am Sonntag der Innenminister und andere Politiker wie der Oberbürgermeister von Stuttgart sprachen.

(Beifall – Zuruf: Verharmlosung!)

Deshalb frage ich Sie, Herr Strobl: Ist diese Realität die neue Ordnung, in der wir leben sollen?

Als unverzeihlich betrachten wir, die AfD, die Berichterstattung am Sonntagmorgen und auch über den Sonntag hinweg. Politik und Medien haben versucht, diese extremistischen Gewalttaten politisch korrekt zu verpacken und zu benennen. Aus zugekiffen und alkoholisierten Afrikanern und Arabern wur-

den Partygänger, und aus verummten Linksextremen wurden Eventmanager, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Sogar der Stuttgarter Partyveranstalter S. E. hat hierzu eine wichtige Bemerkung gemacht – ich zitiere –:

Die Polizei wollte die Krawallszene irgendwie bezeichnen, ohne einen Begriff zu verwenden, der als politisch unkorrekt empfunden werden könnte.

(Abg. Carola Wolle AfD: Wo kommen wir hin?)

Meine Damen und Herren, die Fragen kamen heute Morgen schon auf: Was ist denn der Hintergrund? Wo sind denn die Schuldigen? Was haben wir denn vielleicht alles falsch gemacht? Ich sage Ihnen: Auch die Berichterstattungen über die Ausschreitungen in den USA haben dazu beigetragen. Diese waren aus Sicht der AfD ebenso mit ausschlaggebend für die Gewaltexzesse in Stuttgart und in anderen deutschen Städten. Wenn öffentlich-rechtliche Medien

(Zuruf)

Verständnis für die Gewaltausbrüche gegenüber Polizeibeamten in den USA bekunden oder zumindest tolerieren, Zerstörungen und Plünderungen mehr oder weniger als unvermeidliche Folgeerscheinungen des Verbrechens an dem US-Bürger George Floyd kommentieren, dann sinkt auch in unserem Land die Hemmschwelle zur Gewalt gegenüber der Polizei.

Meine Damen und Herren, ausgerechnet die SPD spricht in dieser Debatte von der „Solidarität mit unserer Polizei“.

(Zuruf)

Ich weiß nicht, ob das heute Morgen vielleicht in Ihrem Hinterkopf war, Herr Stoch, als Sie hier so einen emotionalen Ausbruch hatten. Aber Ihre Bundesvorsitzende Saskia Esken nennt sich selbst Antifa

(Abg. Stefan Räßle AfD: Pfui!)

und greift die Polizei aufs Schärfste an.

(Zuruf)

Ihre Aussagen über Rassismusprobleme bei der deutschen Polizei sind nicht nur unwahr, sondern auch völlig unangebracht

(Beifall)

und ermutigen gerade zu Hass und Aggressionsausbrüchen gegenüber unseren Ordnungskräften, meine Damen und Herren.

(Abg. Stefan Räßle AfD: So denken die alle!)

Der Titel Ihrer Aktuellen Debatte ist deshalb nichts weiter als ein billiges Wahlkampfmanöver.

(Beifall – Abg. Stefan Räßle AfD: Richtig!)

Meine Damen und Herren, am 7. Juni hat bereits eine Melange von linken Gewalttätern Pyrotechnik auf unsere Polizei geworfen. Sie haben das Polizeirevier 1 in der Stuttgarter Theo-

(Bernd Gögel)

dor-Heuss-Straße attackiert und belagert. 500 Personen zogen vor das zentrale Innenstadttrevier

(Zuruf)

mit dem Leitspruch: „Ganz Stuttgart hasst die Polizei!“

(Zuruf)

Ich verzichte auf Meldungen, wonach auch Politiker aus diesem Landtag an dieser Demo teilgenommen haben.

Am vergangenen Wochenende war es dieselbe Klientel, die den Spruch vom 7. Juni in die Tat umgesetzt hat, meine Damen und Herren. Übrigens ist am 19. Juni das erste Mal in Stuttgart eine sogenannte Migrantifa aktiv geworden, die versucht, Migranten gegen unseren Staat und die Polizei zu aktivieren, also einen Tag vor der Gewaltorgie in der Stuttgarter Innenstadt.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Es wird noch schlimmer!)

Unfassbar! Es wird von Tag zu Tag schlimmer.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage Sie: Seit wann ruft die internationale Partyklientel „Allahu Akbar!“,

(Zuruf)

während es unsere Geschäfte ausraubt? Seit wann ist die Partyklientel maskiert wie die Antifa, sammelt Steine wie die Antifa und attackiert Polizisten wie die Antifa? Das frage ich Sie.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Ich sage Ihnen: Das ist Ihre von Ihnen finanziell unterstützte, gewaltbereite links-grüne Klientel,

(Zuruf)

die Menschen gegen unsere Gesellschaft in unserem Land aufhetzt. Das können Sie hier nicht wegdiskutieren.

(Beifall – Zuruf: Richtig!)

Sie spalten unsere Gesellschaft,

(Zuruf)

Sie verbreiten Hass und Hetze und rufen zum ständigen Kampf auf. Diese Belege werden Sie demnächst in Anträgen hier im Parlament auch noch bekommen.

(Zurufe)

Die Gewalt wird von Politikern und Medien, so weit es irgendwie geht, negiert. Gleichzeitig wird die Stimmung aufgeheizt, um ein Klima einer scheinbar erlaubten Gewaltbereitschaft zu erschaffen. Wenn Zeitungen wie die FAZ solche Aussagen wie „Polizisten gehörten auf den Müll“ bekräftigen

(Zurufe: „FAZ“?)

– Sie werden den freudschen Versprecher schon noch akzeptieren;

(Zurufe)

wir sprechen von Ihrem linken Blatt –, kommt die Polizei automatisch in die moralische Defensive, insbesondere im grün regierten Stuttgart.

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zitiergebot war noch nie die Stärke der AfD! – Unruhe)

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft sagte – ich zitiere –:

Die Polizei hat nachts überhaupt keine Ruhe mehr, bevor es morgens wieder losgeht. Es läuft rund um die Uhr durch.

Er sprach weiter davon, dass vor allem die Jugendlichen jegliche Hemmungen verloren haben, weil die Polizei in den letzten Wochen in der politischen Debatte zum Feindbild stilisiert wurde.

(Widerspruch)

Hören Sie endlich auf, unter dem Mantel des „guten Kampfes“ die Aggressions-, Frustrations-, Gewalt- und Tötungsbereitschaft zu verstecken.

(Beifall)

Das sind nichts anderes als Kampfansagen. Hören Sie mit diesen Themen auf, sprechen Sie mit Andersdenkenden. Sie sind ja die globalsten, die weltoffensten, die liberalsten Menschen. Also: Warum Gewalt, Hass und Hetze gegen Andersdenkende? Warum?

Warum akzeptieren Sie nicht, dass auch rechts zum politischen Spektrum gehört

(Beifall)

und dass Patriotismus zum politischen Spektrum gehört? Hören Sie auf mit Hass, Hetze, Ausgrenzung. Sprechen Sie mit andersdenkenden Menschen, meine Damen und Herren.

Im Gegensatz zu der SPD hat die AfD bereits im Landtagswahlprogramm 2016 Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit gefordert. Ein Beispiel: Verfolgung und strengere Ahndung von Sachbeschädigungen. Denn innere Sicherheit bedeutet auch die Unversehrtheit der Städte, Häuser, Geschäfte als Orte des öffentlichen Lebens. Das muss ein Staat gewährleisten.

Die AfD forderte damals – das wird sie im nächsten Wahlkampf wiederholen – einen Vandalismusparagrafen, damit eine bessere Ahndung solcher Delikte ermöglicht wird.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, ist dringend aufgefordert, den Respekt vor den Bürgern in Uniform wiederherzustellen. Die Polizeibeamten sind Bürger für Bürger und genießen unser vollstes Vertrauen.

(Beifall)

Wir, die AfD-Fraktion, bedanken uns bei jedem Polizisten – vor allem bei denjenigen, die im Dienst attackiert und verletzt wurden – in diesem Land, der im Einsatz für unser Land sein Leben riskiert, meine Damen und Herren.

(Beifall)

(Bernd Gögel)

Wir, die AfD, fordern von den Regierenden in diesem Land erstens die schnellstmögliche Festnahme von allen an den Ausschreitungen Beteiligten.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann ja nicht angehen, dass von mindestens 500 Gewalttätern lediglich 25 verhaftet wurden.

Zweitens fordern wir die sofortige, konsequente Abschiebung der zu uns geflüchteten Mehrfachkriminellen,

(Beifall)

Nichtintegrierbaren und Nichtintegrationswilligen,

(Zuruf: Bravo!)

das sofortige Verbot der gewalttätigen Gruppierungen namens Antifa, Migrantifa und aller anderen von Links-Grün finanzierten extremistischen Gruppierungen in diesem Land.

(Beifall)

Gehen Sie endlich mit der von Ihnen propagierten Härte gegen diese Gewalttäter vor, und verzichten Sie auf weitere Einschränkungen und Verordnungen für den öffentlichen Raum, die die Bürgerrechte wiederum einschränken.

(Zuruf)

Herr Strobl, tun Sie etwas! Gehen Sie mit der von Ihnen versprochenen Härte vor!

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der FDP/DVP-Fraktion will ich zunächst einmal in aller Deutlichkeit sagen, dass wir das, was da am vergangenen Wochenende in Stuttgart passiert ist, aufs Schärfste verurteilen, dass wir deutlich machen wollen: Wir stehen nicht nur hinter diesem Staat, hinter dieser – Kollege Schwarz, wie Sie es genannt haben – liberalen Demokratie, sondern auch hinter unserer Polizei, die diesen Staat symbolisiert, die nach all dem, was wir wissen, in dieser Nacht richtig und angemessen gehandelt hat. Anders, als es bei Bildern aus anderen Staaten erkennbar wurde: Diese Polizei vertritt unseren Staat auch würdig.

(Beifall)

Wir sind uns einig: Solche Bilder wollen wir nicht mehr sehen. So etwas darf sich nach Möglichkeit nicht mehr wiederholen. Hier muss der Rechtsstaat seine ganze Stärke zeigen.

Aber, Herr Kollege Blenke, Sie sprachen davon, es sei aus dem Nichts gekommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Scheinbar!)

– Scheinbar aus dem Nichts gekommen. – Na ja, schon am 2. Juni schrieb die „Stuttgarter Zeitung“: „Partygänger wer-

fen Flaschen auf Polizisten“. So ganz aus dem Nichts scheint es also nicht gekommen zu sein.

Ich glaube auch, man macht es sich etwas einfach, Herr Kollege Schwarz, wenn man sagt: Das hat jetzt mit Politik überhaupt nichts zu tun. Ich glaube, diese Täter sind nur scheinbar unpolitisch. Ich glaube auch, es ist eine Verharmlosung, wenn der Stuttgarter Oberbürgermeister von einer „Party- und Eventszene“ spricht.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: So ist es!)

Diese Subjekte sind kriminelle Schwerverbrecher. Das muss man mit aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall)

Offensichtlich richteten sich diese Angriffe ja gezielt auf die Polizei, offensichtlich auch beim Vorlauf am 2. Juni: Flaschenwürfe auf die Polizei. Da steht doch etwas anderes dahinter. Da geht es offensichtlich nicht nur um blinde Aggression, egal, wer da gerade vorbeikommt, sondern es geht doch um einen Angriff auf unseren Staat. Die Polizisten wurden deshalb angegriffen, weil sie für unseren Staat, für unsere liberale Demokratie stehen.

(Beifall)

Ich glaube, jeder, der da zu monokausalen Erklärungen kommt, macht es sich einfach. Wenn man dann sagt, Herr Gögel: „Das waren alles Ausländer, die schieben wir alle ab“, muss man doch deutlich sagen: Es waren natürlich Menschen mit Migrationshintergrund dabei, und gegen die muss man mit aller Schärfe vorgehen. Aber Sie können dieses Problem nicht auf ein Flüchtlingsproblem reduzieren, so, wie Sie es meist tun.

(Beifall – Abg. Bernd Gögel AfD: Eine Gruppe!)

– Ja, eine Gruppe. Das muss man auch in aller Deutlichkeit sagen. Ich sage das auch in aller Deutlichkeit.

Herr Kollege Stoch, ich kann all das, was Sie am heutigen Tag gesagt haben, unterschreiben – alles. Aber ich hätte mir dennoch ein paar kritische Worte zu manchen Dingen, die aus Ihrer eigenen Partei gekommen sind, gewünscht.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Denn wenn man das Ziel verfolgt, unserer Polizei den Rücken zu stärken und ein Klima zu verhindern, das dazu führt, dass solche Dinge geschehen – – Wohlgermerkt, ich sage nicht: „Frau Esken ist schuld“, aber ich sage: Solche verantwortungslosen Äußerungen wie die von Frau Esken tragen zu diesem Klima bei. Da hätte ich mir ein kritisches Wort gewünscht.

(Beifall)

Das gilt auch – Herr Kollege Blenke, da sind wir uns einig – für dieses Berliner Gesetz, das da beschlossen wurde. Ich sage das für meine Fraktion in aller Deutlichkeit: Wir unterstützen die Landesregierung vollumfänglich in ihrem Ansinnen.

(Zuruf des Ministers Thomas Strobl)

– Ja, Herr Strobl, freuen Sie sich nicht zu früh.

(Heiterkeit)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber an dieser Stelle unterstützen wir Sie.

(Minister Thomas Strobl: Bitte nicht!)

– Doch, wir unterstützen Sie, auch wenn Sie die Unterstützung vielleicht nicht wollen. Das halten wir vielleicht fürs Protokoll fest: Der Innenminister will gar keine Unterstützung.

(Zuruf des Ministers Thomas Strobl)

– Bitte?

Präsidentin Muhterem Aras: Ich glaube, den Dialog führen wir jetzt nicht in dieser Form.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe nicht angefangen. Er war das mit den Zwischenrufen.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann
CDU)

– Ja, er kann nachher sagen, wozu er in der Lage ist. – Jedenfalls unterstützen wir an dieser Stelle die Regierungskoalition, wenn sie sagt: Wir schicken keine Polizisten ins Land Berlin, solange nicht sichergestellt ist, dass dieses Gesetz keine Anwendung auf unsere Polizisten findet.

(Beifall – Zuruf: Kein Applaus bei den Grünen!)

– Nein, kein Applaus bei den Grünen, weil der grüne Landesvorsitzende ja erklärt hat, man unterstütze dieses Gesetz des Landes Berlin –

(Zuruf)

und das halten wir für falsch; um dies ganz deutlich zu sagen.

(Beifall)

Was den Artikel aus der „taz“ angeht – Herr Gögel, aus der „taz“, nicht aus der FAZ – –

(Zuruf)

Sie sollten einmal mit Ihrem Redenschreiber reden.

(Zuruf: Das war ein Tippfehler!)

– Tippfehler oder eine leichte Verwechslung. – Was diesen Artikel aus der „taz“ angeht, Polizisten auf den Müllhaufen werfen zu wollen, ist auch klar: Das ist auch eine Beteiligung an einem Klima, das am Ende zu solchen Exzessen führt.

(Zuruf: So ist es!)

Deshalb ist es auch an dieser Stelle notwendig, solchen Dingen deutlich entgegenzutreten. Aber bevor man dem entgegentritt, muss man zu Ende denken und nicht wie Herr Seehofer herausposaunen: „Die zeige ich an!“ Danach wird er von der Kanzlerin zurückgepfiffen, und dann folgt ein tagelanger Eiertanz.

(Heiterkeit – Zuruf)

Das ist in einer solchen Situation auch nicht hilfreich.

(Beifall)

Man muss auch über andere Dinge reden, beispielsweise über das, was der ehemalige niedersächsische Justizminister Pfeiffer, SPD-Mitglied, gesagt hat. Er hat gesagt, dass die coronabedingten Maßnahmen in bestimmten Bevölkerungskreisen dazu führen, dass die Aggressivität steigt. Auch das gehört zu den sozialen und ökonomischen Kosten der Coronapolitik. Das ist das, worüber wir immer wieder diskutieren. Herr Ministerpräsident, es geht um die Frage der Abwägung: Inwieweit sind Coronamaßnahmen angemessen, inwieweit sind sie noch angemessen, und welche wirtschaftlichen und sozialen Kosten verursachen sie? Deshalb muss man sie immer wieder auf den Prüfstand stellen.

(Zurufe)

Nun zu den Konsequenzen. Ich habe vorhin schon gesagt: „Herr Innenminister, freuen Sie sich nicht zu früh.“ Sie haben in den letzten Tagen geäußert – ich zitiere –: „Ich habe mich schon im letzten Jahr darüber gewundert, was sich dort tut.“ Wie haben Sie darauf reagiert? Was waren Ihre Konsequenzen aus dieser Einsicht?

(Zuruf: Verwunderung!)

Offensichtlich keine. Da muss ich mir schon die Frage stellen: Wenn ein Innenminister sich wundert, wenn irgendwo etwas passiert, was mit der öffentlichen Sicherheit zu tun hat, warum wird er dann nicht tätig?

(Zuruf: Er unterhält sich gerade!)

– Ja, er soll sich unterhalten. Er hört offensichtlich nur dann zu, wenn ich ihn lobe.

(Heiterkeit – Zuruf: Dann lob ihn doch!)

Dann äußerte er:

(Zuruf)

„Hier ist jetzt die Stadt Stuttgart ganz sicher gefordert.“ Und Sie? Herr Minister, Sie sind nicht gefordert? Das ist wieder einmal der Versuch, Verantwortung abzuwälzen, zu sagen, das betrifft alles nur die Stadt Stuttgart. An dieser Stelle sind Sie beide gefordert.

(Beifall)

Deshalb ist es mit Sicherheit nicht falsch, über eine Sicherheitspartnerschaft nachzudenken.

Was sind also die Konsequenzen?

(Zuruf: Genau das machen wir doch!)

– Ja, ja. Aber man kann nicht erklären, das betreffe nur die Stadt Stuttgart, und die Stadt Stuttgart sei gefordert.

Erstens: Die Landesregierung darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Man kann die Verantwortung nicht auf die Stadt Stuttgart abschieben. Wenn sich ein Innenminister schon vor einem Jahr über das gewundert hat, was da los ist, dann hätten wir schon Reaktionen erwartet, Herr Strobl.

(Zurufe)

Zweitens: Straftaten müssen mit aller Härte und aller Konsequenz verfolgt werden.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Drittens: Die Politik – das ist das Wichtigste –, alle Parteien, die guten Willens sind, müssen sich nicht nur klar und eindeutig zum Rechtsstaat bekennen, sondern sich in voller Solidarität hinter unserer Polizei versammeln.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Pfeiffer.

(Zuruf)

– Zuerst Herr Abg. Pfeiffer.

Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos): Werte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Die Gewaltexzesse in Stuttgart machen mich fassungslos. Nicht nur die hemmungslose Gewalt gegen das Eigentum unserer Mitbürger, gegen das, was sie sich mühsam über all die Jahre aufgebaut haben, macht mich fassungslos. Fassungslos macht mich ganz besonders die Gewalt, der Hass, die Verachtung gegen unsere Polizeibeamten. Denn sie stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen. Und genau deshalb, werte Kollegen, sind abschätzige Bemerkungen gegen unsere Polizei absolut inakzeptabel.

(Vereinzelt Beifall)

Was derzeit aber unseren Polizeibeamten widerfährt, ist Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Lassen Sie mich dazu etwas ausholen. Sind Polizisten etwa keine Menschen? Sind es „Bullenschweine“, wie sie im 68er-Jargon gern genannt wurden, auf die man einprägen kann, wie es etwa solche getan haben, die später bei den Grünen Karriere machen konnten? Auch die SPD ist hier zu nennen. Mit einem diffusen Rassismusverdacht diffamierte Frau Esken unsere Polizeibeamten und ermutigte dadurch mittelbar zur Gewalt gegen sie.

(Zuruf)

„Die Bullenhelme, die sollen fliegen, eure Knüppel kriegt ihr in die Presse rein!“, das ist ein Liedtext der Band „Feine Sahne Fischfilet“.

(Zurufe)

Sie erinnern sich: Das ist die Band, die Justizminister Heiko Maas auf Twitter 2016 lobte. Auch Steinmeier empfahl ein Konzert mit dieser Band.

(Zuruf)

Werte Kollegen, was gestern Hamburg oder Berlin war, ist heute Stuttgart, morgen vielleicht die eine oder andere Kleinstadt. Wir müssen hier auch selbstkritisch sein. Ein Staat, eine Gesellschaft ohne Werte wird buchstäblich wertlos.

(Vereinzelt Beifall)

Zu diesen Werten gehört zentral die Wertschätzung unserer Institutionen und damit auch gerade der Polizei. Diese Verachtung gegen unsere Polizeibeamten muss ein Ende haben, und zwar ein für alle Mal.

(Vereinzelt Beifall)

Sie brauchen den vollen Rückhalt aller demokratischen Kräfte.

(Vereinzelt Lachen)

Es geht übrigens auch nicht an, dass unsere Beamten bei dem, was sie tagtäglich tun, immer mit einem Fuß in einem Disziplinarverfahren stehen. Denken Sie auch darüber bitte mal nach.

An die Kollegen der CDU appelliere ich: Besinnen Sie sich bitte auf Ihre klassischen christdemokratischen Werte. Verteidigen Sie diese Werte auch gegenüber Ihren teils grenzwertig linken Koalitionspartnern.

Ich möchte mit einem Bibelzitat schließen:

Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes, dann wirst du Lob von ihr erhalten. ... Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst; ...

Ich wünsche mir, dass genau das wieder vollumfänglich auf unseren Staat zutrifft.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

(Zurufe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Auch mit meinen bald 60 Jahren lerne ich noch täglich dazu.

(Zurufe)

Eine besondere Erkenntnis des vergangenen Wochenendes war, dass der Begriff „Partyzene“ eine neue geografische Bezeichnung für den arabischen Raum und den Maghreb zu sein scheint.

(Vereinzelt Beifall)

Eine neue Erkenntnis war es auch, zu sehen, dass es offenbar eine neue Coronamaßnahme zu sein scheint, in Stuttgart mit einer Sturmmaske feiern zu gehen. Auch die Ausstattung mit einer Eisenstange scheint in dieser Hinsicht notwendig zu sein. Möglicherweise kann so ja der notwendige Abstand von eineinhalb Metern besser gewahrt bleiben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Linksextremistische und von Ausländern dominierte Mobs sind in unserer Republik nicht erst seit gestern bekannt. Bereits bei Stuttgart 21 und spätestens beim G-20-Gipfel 2017 in Hamburg konnte man die Ausmaße von unkontrollierten Randalen begutachten. Die Politik schaut auch in diesem Fall genüsslich zu und übt sich in Krokodilstränen.

Man stelle sich nur vor, die Ausschreitungen wären in Ostdeutschland passiert und von Rechtsextremisten besucht gewesen. Am nächsten Tag wäre Bundespräsident „Steinmüller“ vor Ort gewesen,

(Zurufe)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Blumen wären niedergelegt, Gesetze erlassen und Distanzierungen vorgetragen worden, und die Schuldigen stünden schon fest.

(Vereinzelt Beifall)

In diesem Fall schweigt man beharrlich über Details und Hintergründe und möchte nicht einmal ein deutlich vernehmbares „Allahu Akbar!“ als eindeutiges Statement verstanden wissen.

Sie von Grünen, Roten, Schwarzen und Magentafarbenen wissen, dass Sie Dreck am Stecken haben.

(Vereinzelt Beifall)

Sie waren es, die unser deutsches Volk von Ausländern überrannt sehen wollten. Sie waren es, die mit Ramelow in Thüringen einen Kommunisten ins Amt gehievt haben. An Ihren Händen klebt Blut.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Richtig!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Er hat doch recht, Frau Präsidentin!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Verlassen Sie diesen Plenarsaal, begeben Sie sich umgehend auf die nahe liegende Königstraße, und sammeln Sie die Scherben Ihrer Politik auf. Und nehmen Sie am besten Frau Aras gleich mit.

(Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, jetzt schließe ich Sie von der Sitzung aus.

(Beifall – Abg. Stefan Räßle AfD: Wieso denn das? – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Weshalb schließen Sie mich aus? – Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist doch Willkür! Das können Sie doch jetzt nicht machen! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Weshalb? – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wegen grober Beleidigung des Parlaments!)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, wir haben eine Geschäftsordnung. Es gibt keine Debatte.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wollen Sie die Polizei wieder holen? Dann tun Sie das!)

Sie sind von der Sitzung ausgeschlossen. Verlassen Sie bitte den Raum.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein, ich werde nicht gehen! Sie überschreiten die Geschäftsordnung ins Unermessliche! – Abg. Stefan Räßle AfD: Geschäftsordnungsantrag! – Zuruf: Reine Willkürherrschaft! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie agieren hier wie in einem totalitären System! Sie würden einem Herrn Goebbels alle Ehre machen! – Gegenrufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Wir bitten auch ins Protokoll aufzunehmen, was er auch außerhalb sagt! – Lebhaftes Unruhe)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie sind von der Sitzung ausgeschlossen.

(Zuruf)

– Nein. – Ich unterbreche die Sitzung und bitte die Vorsitzenden aller fünf Fraktionen kurz hierher. Ich möchte kurz einen Punkt besprechen.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:27 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:02 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung fort. Die Sitzungsunterbrechung war bedauerlich, aber leider unumgänglich. Denn unsere Geschäftsordnung sieht sie in solchen Fällen vor.

Das Präsidium hat einvernehmlich beschlossen, Herrn Abg. Dr. Fiechtner nach § 92 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung für fünf Sitzungstage auszuschließen.

(Beifall – Zuruf)

Wir setzen unsere Debatte zu Tagesordnungspunkt 2 fort. Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Noch ein Wort zu diesem Ausschluss. Man mag Herrn Fiechtner – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, es geht um Tagesordnungspunkt 2. Der hat nicht den Ausschluss eines Abgeordneten zum Thema. Reden Sie bitte zur Sache.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich darf eine aktuelle Bemerkung machen.

(Zurufe)

Sie können mir doch nicht aktuelle – – Wo sind wir denn gelandet, meine Damen und Herren?

Ich lehne diesen Ausschluss entschieden ab.

(Zuruf)

Ganz unabhängig davon, wie man zu Herrn Fiechtner steht, gibt es keinerlei rechtlichen Grund für diesen Ausschluss. Das möchte ich hier einmal als Protest sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt zur Tagesordnung.

„Jugendliche“, „Randalierer“ – alles Bagatellisierungen! Auch „verkiffte Afrikaner“ trifft nicht den Kern der Sache. Es sind nicht verkiffte Afrikaner, es sind schlicht und einfach afrikanische Migranten. Es ist auch nicht nur ein Problem der Migranten, auch die Antifa ist mit im Spiel. Aber es ist vor allem ein Aufstand, ein spontaner Aufstand von Migranten gewesen. Das ist jetzt kein Ausnahmezustand oder Einzelfall – wie man das hier darzustellen versucht –, sondern das ist ein systemimmanentes Problem der Migration insgesamt, ein notwendig auftretendes. Das ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Das müssen wir uns wirklich ins Bewusstsein rufen, meine Damen und Herren, und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Wenn wir sagen: „Es ist eine Ausnahme“, dann kommt das sofort wieder. Also: Herr Stoch, wenn Sie hier rumschreien und alle möglichen Leute verantwortlich machen, dann ist das „Haltet den Dieb!“.

Die wesentlichen Dinge sind schon gesagt worden, ich will hier nur mal darauf abheben: Die notwendige Maßnahme ist die Abschiebung, und zwar nicht die Abschiebung von ein paar Leuten, nicht von tausend Leuten. Wir haben hier drei Millionen Leute zu viel, die nicht hierhergehören. Wen wollen Sie bitte abschieben, wenn nicht solche Leute, die hier ständig Bürgerkrieg führen? Wenn Sie das nicht tun, meine Damen und Herren, dann wird das dazu führen, dass der Bürgerkrieg zur Regel wird, und dann laden Sie eine Schuld auf sich, eine Jahrtausendschuld an unseren späteren Generationen, an unserem deutschen Volk.

(Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Massenabschiebung ist die adäquate Reaktion auf diesen Vorfall.

(Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich glaube, wir können das Redepult noch einmal kurz abwischen, bevor der Herr Minister spricht.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir in der Nacht am vergangenen Samstag und insbesondere in den frühen Morgenstunden des vergangenen Sonntags in Stuttgart erlebt haben, hat viele Menschen in diesem Land zutiefst bestürzt, betroffen gemacht und empört. Diese Empörung kann ich gut verstehen. Wir alle haben diese schlimmen und verabscheuungswürdigen Bilder gesehen.

Ich bin den Rednern dieses Hauses dankbar dafür, dass diese Gewalt hier einhellig verurteilt wird. Dass die Demokraten in einer solchen Lage zusammenstehen, ist wichtig. Aber erlauben Sie, dass der Innenminister hinzufügt, dass ich die Hoffnung habe, dass manche Entrüstung nicht nur einige Tage anhalten möge, sondern dass wir den Worten Taten folgen lassen und immer auch das Notwendige im wahrsten Sinn des Wortes tun, ganz nach Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Vor allem sollten dann auch zwischen den Worten und den Taten nicht zu große Unterschiede merkbar sein.

Ich bin auch sehr dankbar, dass sich fast alle Rednerinnen und Redner der Fraktionen hier einmütig und klar hinter unsere Polizei gestellt haben. Ich will da nicht einzelne Redebeiträge bewerten, das steht mir nicht zu. Ich will mich aber bei dem Fraktionsvorsitzenden Stoch ausdrücklich für seinen Besuch beim Polizeipräsidium Stuttgart bedanken. Das ist wichtig ge-

wesen. Es ist gut, wenn wir mit den Polizistinnen und Polizisten jetzt auch sprechen. Dass wir im Parlament über sie sprechen, ist wichtig, aber auch solche persönlichen Begegnungen sind von einer außerordentlichen Bedeutung.

Ich will mich ausdrücklich auch für Ihre differenzierte Rede bedanken, die nicht so manchen pawlowschen Reflexen folgt, die man als Oppositionsabgeordneter manchmal durchaus auch haben kann. Vielleicht hängt das auch mit dem Besuch bei der Polizei zusammen. Nehmen Sie es mir nicht übel, aber vielleicht würden Sie auch als Landesvorsitzender Ihrer stolzen Partei einmal Ihre Bundesvorsitzende zu einem solchen Besuch bei der Polizei mitnehmen. Das könnte ihre sicherheitspolitischen Kenntnisse etwas erweitern.

(Beifall)

Das wäre aus meiner Sicht sehr gut.

Es ist jedenfalls klar: Wir stehen zu unserer Polizei, und wir stehen auch zu diesem schwierigen und gefährlichen Einsatz am vergangenen Wochenende. Klar ist auch: Das, was am vergangenen Wochenende in Stuttgart passiert ist, werden wir nicht akzeptieren. Man muss es schlichtweg als das bezeichnen, was es war und ist: Ein marodierender Mob hat eine Spur der Verwüstung hinterlassen.

Alle Erklärungsversuche, die es gibt, beispielsweise heute seitens der FDP/DVP, dass dies die sozialen Kosten der Corona-Maßnahmen der Landesregierung seien und dass dies etwas mit unserer Coronapolitik zu tun hätte, sind Erklärungsversuche, von denen ich glaube, dass sie nicht hilfreich sind und uns auch nicht weiterhelfen. Auch der Erklärungsversuch mit der Partyszene ist keine Erklärung für das, was da passiert ist, zumal es sehr viele Menschen in Stuttgart gibt, die in der Gastronomie sind und die mit so etwas überhaupt nichts, aber gar nichts zu tun haben, sondern im Gegenteil so etwas verachten. Man muss es einfach klipp und klar sagen: Dafür gibt es null Komma null Rechtfertigung.

(Beifall)

Das sind Kriminelle, Randalierer, das ist ein widerwärtiger Mob, und das sind primitive Plünderer.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn Sie mir erlauben, möchte ich zum Stichwort „den Worten Taten folgen lassen“ noch etwas sagen. Es ist zu Recht von Ihnen allen viel vom Respekt für unsere Polizistinnen und Polizisten gesprochen worden. Aber mit die größte Missachtung, die ich gegenüber Polizistinnen und Polizisten erlebt habe, passierte wenige Minuten später hier in diesem Plenarsaal. Können Sie sich vorstellen, was in einem Polizisten, der für diese Demokratie Dienst tut, vorgeht, wenn er mit seinen Händen einen gesunden Abgeordneten hier aus dem Plenarsaal hinaustragen muss? Dieser Vorgang ist eine Schande für dieses Parlament. Es ist die größte Missachtung, die man gegenüber Polizeibeamten zeigen kann, wenn man sich als gesunder Mensch von Polizeibeamten aus einem Parlament hinaustragen lässt.

(Anhaltender Beifall)

Nur wenige Hundert Meter von hier entfernt wurden Polizistinnen und Polizisten angegriffen. Sie wurden beworfen, be-

(Minister Thomas Strobl)

spuckt, beschimpft, so, wie wir es mit ansehen mussten, bis hin dazu, dass ihnen hinterrücks mit ausgestrecktem Bein in den Rücken gesprungen wurde. Ich kann all denjenigen, die dabei waren, nur sagen: Wir werden das mit der vollen Härte des Rechtsstaats beantworten.

(Beifall)

Wir werden das nicht zulassen. All denen, die da randaliert haben, die geplündert haben, die Gewalt gegen Personen ausgeübt haben, die gewalttätig waren gegen Rettungsdienste, Feuerwehr und gegen Polizistinnen und Polizisten, all denen rufe ich zu: Wir arbeiten unter Hochdruck. Wir werden euch finden. Wir werden euch aufspüren, und ihr werdet einer gerechten Strafe zugeführt. Das ist meine klare Ansage.

(Beifall)

Natürlich war das ein Angriff auf unseren Rechtsstaat, auf unsere ganze freiheitliche Gesellschaft, die vor allem von unseren Polizistinnen und Polizisten verteidigt wird. Deswegen ist auch jeder Angriff auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten ein Angriff auf uns alle, weil nämlich wir alle von unseren Polizistinnen und Polizisten geschützt werden.

Wir werden uns wehren. Ein solcher Angriff bleibt in Baden-Württemberg nicht unbeantwortet. Der Rechtsstaat hat Zähne, und wir sind eine wehrhafte Demokratie.

Um einmal so zu sprechen, dass es jeder versteht: Dass inzwischen ein Drittel der Tatverdächtigen hinter Schloss und Riegel ist, dagegen hat der Innenminister nichts einzuwenden: „Sonntags Radau, montags Bau.“ Ich hoffe, dass die Strafe für diese schrecklichen Taten auch auf dem Fuße folgt und die Straftäter zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rottmann zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich würde das gern im Zusammenhang vortragen, Frau Präsidentin.

Wir haben auch nichts zu verbergen. Es wird auch nichts vertuscht. Warum auch?

(Zuruf)

Wir haben eine sehr, sehr klare Linie: Alles, was wir an Informationen haben, wird auch an die Öffentlichkeit gegeben und vor allem auch gegenüber dem Landtag von Baden-Württemberg. Deswegen habe ich auch sehr gern, Herr Vorsitzender Klein, den Innenausschuss des Landtags von Baden-Württemberg heute Vormittag über den aktuellen Ermittlungsstand informiert,

(Zuruf: Auch hier wurden nicht alle Fragen beantwortet!)

und das werden wir selbstverständlich auch weiter machen, wie wir es vereinbart haben.

Wir benennen das Alter, wir benennen die Nationalitäten der Festgenommenen. Und wenn Sie, meine sehr verehrten Da-

men und Herren, darüber hinausgehende Fragen haben, kommen Sie gern jederzeit auf mich zu. Noch einmal: Hier wird nichts verschwiegen, nicht gegenüber der Öffentlichkeit und schon gar nicht gegenüber den gewählten Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg.

Die Vorkommnisse werden mit Hochdruck und dezidiert aufgearbeitet. Eine wichtige Erkenntnis dieser Nacht ist freilich: Die Polizei braucht nicht nur unsere gesprochene Unterstützung, sondern sie braucht auch unsere tatsächliche Unterstützung in allen Punkten, auch in der Zukunft.

Ich bin für Ihre Unterstützung in den vergangenen Jahren hier im Landtag von Baden-Württemberg sehr dankbar, weil wir für unsere Polizistinnen und Polizisten in den vergangenen Jahren bereits viel erreichen konnten. Der wichtigste Punkt ist aus meiner Sicht ausreichendes Personal. Wir sind mitten in der größten Einstellungsoffensive, die es jemals in der Geschichte der Landespolizei von Baden-Württemberg gegeben hat. Mein Herz ist voller Freude darüber, dass Hunderte von jungen, bestens ausgebildeten, hoch motivierten Polizistinnen und Polizisten jetzt gerade in den Dienst kommen, die Polizeiorganisation stärken und unterstützen. Schade, dass sie mit ihrer guten Motivation für den Polizeiberuf so etwas miterleben müssen. Aber herzlichen Dank auch an den Landtag von Baden-Württemberg, namentlich an die Koalitionsfraktionen, dass wir in den letzten Jahren so viele Polizistinnen und Polizisten ausbilden und einstellen konnten.

(Beifall)

Das Zweite ist: Es ist mir immer ein persönliches Anliegen gewesen, dass wir die Polizistinnen und Polizisten optimal ausrüsten. Ich möchte, dass die baden-württembergische Landespolizei die am besten ausgerüstete Polizei der Republik, am liebsten der ganzen Welt ist. Die, die für uns den Kopf hinhalten, sollen jedenfalls bestens ausgerüstet sein.

Wer das nicht begriffen hat, mit dem schaue ich gern noch mal die Videos von den Ereignissen in den frühen Stunden des vergangenen Sonntags an. Diesen Tritt, der da zu sehen war, überlebt ein Polizist nur dann einigermaßen unbeschadet, wenn er eine gute Ausrüstung hat. Dass nach diesem Tritt der Polizist seine Arbeit einfach mal weitergemacht hat, das zeigt, wie wichtig und auch wie gut diese Ausrüstung ist.

Deswegen herzlichen Dank an den Haushaltsgesetzgeber, dass wir in Baden-Württemberg auch in Bezug auf die Ausrüstung top sind. Ich möchte, dass das auch in Zukunft der Fall ist.

Der dritte Bereich: Zu einer guten Technik für unsere Polizistinnen und Polizisten gehört im Übrigen auch die Bodycam. Ich sage auch dafür Danke, dass wir sie in Baden-Württemberg eingeführt haben – flächendeckend, wie in keinem anderen Bundesland in Deutschland. Jede Streife verfügt über diese kleine Kamera.

Selbstverständlich ist sie auch für die Ereignisse am Wochenende ein wichtiges Beweis- und Ermittlungsmittel. Die Bilder der Bodycams, die die Polizistinnen und Polizisten, die unsere Streifenbeamtinnen und -beamten bei diesen Auseinandersetzungen – da sie ja unter freiem Himmel stattfanden – eingeschaltet hatten, werden mit Unterstützung des Landeskriminalamts gerade von einer 70-, 75-köpfigen Ermittlungs-

(Minister Thomas Strobl)

gruppe ausgewertet. Das ist ein wichtiges Beweissicherungsmittel. Dafür brauchen wir eine solide rechtliche Grundlage.

Es ist kein Geheimnis, dass der Innenminister auch in diesem Bereich noch etwas Verbesserungsbedarf sieht. Wir haben im Ministerrat eine Weiterentwicklung unseres Polizeigesetzes beschlossen; der Gesetzentwurf liegt vor. Die Anhörung dazu ist durchgeführt, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir dieses Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause in diesem Hohen Haus beraten können. Ich möchte mich bei all denen, die uns dann unterstützen, für diese Unterstützung bedanken. Lassen wir unseren Worten in diesem wichtigen Bereich auch Taten folgen.

(Beifall)

Eine Wiederholung dieser Gewaltexzesse darf es nicht geben. Deswegen werden wir in einem ersten Schritt selbstverständlich die Polizeipräsenz insbesondere in Stuttgart erhöhen. Wir werden an den kommenden Wochenenden mehrere Hundertschaften und in einer breit gefächerten Weise eine starke Polizeipräsenz hier haben. Das ist aber nur eine kurzfristige Maßnahme.

(Zuruf)

Ein zweiter Schritt wird zeitnah folgen. Deshalb werden weitere Konzepte zwischen der Polizei und der Stadt Stuttgart sowie in Abstimmung mit dem Innenministerium besprochen, beraten, entwickelt, fortgeschrieben und dann hoffentlich auch zeitnah umgesetzt.

Ich habe meinen Kabinettskollegen in der Sitzung des Ministerrats am gestrigen Dienstag gleich gesagt, dass ich der Stadt Stuttgart einen Zehnpunkteplan vorschlagen möchte. Denn klar ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Polizei allein kann nicht alles richten. Hier muss beispielsweise auch die Stadt Stuttgart bereit sein, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Neben gezielten polizeilichen Ermittlungen und der Anwendung unserer Konzepte für die jugendlichen und heranwachsenden Täter müssen eben auch städtische Maßnahmen – Stichworte sind Videokameras und Aufenthaltsverbote sowie anderes – in Erwägung gezogen werden. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister – –

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich freue mich, dass ich von der Stadt Stuttgart inzwischen entsprechende Signale erhalten habe, dass sie das mit uns gemeinsam auch machen will. In diesem Raum hatte ich gestern – dort, wo jetzt Kollege Lucha sitzt – ein sehr gutes Gespräch auch mit dem Stuttgarter Oberbürgermeister. Ich habe andere Signale aus dem Gemeinderat, aus dem Stadtrat der Stadt Stuttgart, aus der Verwaltungsspitze, und ich freue mich sehr, wenn wir das jetzt gemeinsam aufs Gleis bringen. Aber ich füge deutlich hinzu: Alle Akteure müssen es wollen, und sie müssen den Worten Taten folgen lassen.

(Beifall)

Die Videokamera installiert sich nicht von allein, sondern sie muss auch bezahlt und das muss gemacht werden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister Strobl, Herr Abg. Baron würde gern eine Zwischenfrage stellen.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich würde das jetzt gern im Zusammenhang ausführen.

(Zuruf)

Zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung kann auch die Durchführung von Sicherheitskonferenzen in Betracht kommen, die Bestandteil unserer Konzeption „Sicherheit im öffentlichen Raum“ sind. Mit diesen Sicherheitskonferenzen haben wir bereits in anderen Städten in Baden-Württemberg gute Erfahrungen gemacht, wie wir das Sicherheitsgefühl und das Sicherheitsempfinden der Menschen in einer Stadt optimieren können. Auch das biete ich selbstverständlich der Stadt Stuttgart an. Meine Hand ist ausgestreckt. Ich sage noch einmal: Ich freue mich darüber, dass Oberbürgermeister Kuhn dieses Angebot annimmt. Ich kann nur sagen: Packen wir das Projekt „Sicheres Stuttgart“ gemeinsam an. Ich hoffe sehr, dass wir nicht irgendwann, sondern in den nächsten Tagen die Sicherheitspartnerschaft miteinander unterzeichnen und dass dann den Worten sehr schnell auch Taten folgen können. Das wäre die richtige und wichtige Antwort auf die Stuttgarter Ereignisse vom vergangenen Wochenende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Gewalt gegen die Polizei nimmt jedes Jahr stärker zu. Wir haben erfreulicherweise in fast allen Bereichen zurückgehende Kriminalitätszahlen, leider aber nicht bei Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Wer sich intensiver mit dem Thema beschäftigt, wird nicht leugnen können, dass bei dem Thema „Gewalt gegen Polizei“ Alkohol und Drogen eine große Rolle spielen.

(Zuruf: Ablenkungsmanöver!)

Dem werden wir nachgehen. Wir werden nicht, wie es manche wünschen, Gewalt mit Gewalt beantworten, sondern wir agieren besonnen und klug, freilich immer entschlossen und konsequent. Genauso machen wir es auch in Stuttgart.

Meinen herzlichen Dank will ich an dieser Stelle allen in dieser Nacht eingesetzten Einsatzkräften der Polizei, der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks aussprechen. Einmal mehr konnten wir sehen, wie professionell und engagiert unsere Sicherheitskräfte in schwierigster und gefährlicher Lage, eigentlich unter unzumutbaren Zuständen, agiert haben. Ich hoffe sehr, dass sich die verletzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von ihren physischen und möglicherweise auch psychischen Verletzungen schnell erholen. So eine schlimme Erfahrung – das habe ich gestern auch noch einmal im Gespräch mit einer jungen Polizistin und mit jungen Polizisten, die im Einsatz gewesen waren, gespürt – richtet mit einem persönlich schon auch etwas an.

Polizisten sind nämlich Menschen aus Fleisch und Blut. Sie werden Polizistinnen und Polizisten, weil sie helfen möchten. Polizisten wollen helfen. Polizisten sind vor allem anderen Helfende. Sie sind übrigens auch Eltern, Brüder, Schwestern, Söhne und Töchter. Sie haben Familien, die sich jeden Tag Sorgen machen und darum bangen und dafür beten, dass die Polizistin und der Polizist wieder gesund nach Hause kommen. Das sollte auch im Mittelpunkt unserer Debatten stehen. Polizisten sind Menschen in Uniform. Sie sind keine Avatare, Roboter oder Maschinen, sondern menschliche Wesen.

(Minister Thomas Strobl)

Deswegen will ich uns abschließend alle ermuntern, dass wir standhaft bleiben, dass wir unseren dankbaren und respektvollen Worten gegenüber der Polizei, die wichtig sind, die noch wichtigeren Taten folgen lassen. Ich will alle ermuntern, dass wir standhaft sind, wenn es um unseren Rechtsstaat geht. Freilich geht es bei solchen Ereignissen auch um die Verteidigung des Rechtsstaats.

Bleiben wir vor allem standhaft, wenn es darum geht, unsere Polizei zu verteidigen und zu unserer Polizei zu stehen. Die Polizei in Baden-Württemberg zählt zu den besten der Welt. Seien wir stolz auf unsere Polizistinnen und Polizisten. Unterstützen wir unsere Polizei mit Worten und – noch wichtiger – mit Taten, und seien wir dankbar für ihre Arbeit auch am vergangenen Wochenende bei diesem schwierigen und gefährlichen Einsatz. Hoffen wir und beten wir mit ihren Familien dafür, dass sie aus ihren Einsätzen gesund wieder nach Hause kommen. Unsere Polizistinnen und Polizisten stehen dafür, dass wir in Freiheit und in Sicherheit leben dürfen. Unsere Polizei ist der Garant für Freiheit, Sicherheit und Demokratie.

Deswegen sagen wir Danke an unsere Polizei.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat nun noch einmal Herr Fraktionsvorsitzender Stoch für die SPD.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin zunächst dankbar, dass wir – zumindest bei vier Fraktionen – erkennen konnten: Wir sind uns einig, zukünftig alles dafür tun zu müssen, dass entsprechende Ereignisse nicht mehr passieren, und unsere Polizei und vor allem auch unsere Justiz in allem zu unterstützen, was notwendig ist, um auch ein klares Signal für die Geltung des Rechtsstaats in unserem Land zu zeigen.

(Beifall)

Ich kann mich vielem anschließen, u. a. auch der Aussage, dass wir nicht den Fehler machen dürfen, hier monokausale Erklärungsmodelle zu nehmen. Die sind vermeintlich einfach, aber wenn ich mir eine vermeintlich einfache Erklärung zu eigen mache, besteht die große Gefahr, dass ich mir nicht die Mühe mache, die Komplexität des Problems wirklich zu erkennen, um das Problem auch tatsächlich lösen zu können.

In genau diese Falle sind Sie teilweise marschiert, wenn z. B. vom Kollegen Blenke, aber auch vom Kollegen Rülke gesagt wird, die SPD-Vorsitzende habe irgendwelche Dinge getan, die dem Ganzen hier Vorschub leisten würden. Mit Verlaub: Da machen Sie es sich ein bisschen arg einfach. Das ist ein durchsichtiges, parteitaktisches Spiel.

(Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe gesagt, sie hat dazu beigetragen!)

Saskia Esken hat einen Fehler gemacht, indem sie in einer Debatte, bei der über Polizeigewalt in Amerika diskutiert wurde, die rassistisch motiviert war, in einem engen zeitlichen Zusammenhang von latentem Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte auch in Deutschland gesprochen hat.

(Zuruf)

„Latent“ war falsch. Sie hat im gleichen Interview auch gesagt: Es gibt Einzelfälle, die wir uns ganz genau anschauen müssen.

Ich sage Ihnen: Die Polizei selbst, die Ordnungskräfte selbst haben das allergrößte Interesse daran, nicht in diesen Verdacht zu geraten. Deswegen ist es, glaube ich, richtig, die Probleme als Einzelfälle zu benennen und sie dann auch zu lösen – im Interesse des Ansehens unserer Polizei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Zuruf)

Weil hier immer der Versuch gemacht wird, irgendwie so ein Bild rechts/links bzw. konservativ versus staatsfeindlich zu zeichnen, sage ich Ihnen abschließend eines: Die SPD, eine 157 Jahre alte Partei, meine Partei, steht und stand in den Zeiten, in denen auf deutschem Boden Demokratien bestanden – sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Bundesrepublik Deutschland –, immer auf der Seite des Staates, immer auf der Seite des Rechtsstaats, weil uns eines klar ist: Nur ein funktionierender Rechtsstaat hält diese Gesellschaft und alle Menschen zusammen. Deswegen werden Sie uns keine staatsfeindliche Haltung aufschwätzen. Wir seitens der SPD stehen auf der Seite unserer Ordnungskräfte.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, bitte, noch einmal für die Grünen.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe aus gutem Grund die Rechtsfigur des liberalen Verfassungsstaats hier in die Diskussion gebracht. Denn wer Polizisten in den Rücken springt, wer Steine auf Rettungskräfte wirft, wer Geschäfte plündert, der ist ein Krimineller. Unser liberaler Verfassungsstaat wird solche Taten verfolgen, wird solche Täter vor Gericht bringen. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute Polizei und Justiz unsere Unterstützung zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Es ist in den Debattenbeiträgen der vier Fraktionen deutlich geworden:

(Zuruf)

Das ist leider keine Entwicklung, die auf Stuttgart beschränkt ist.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das, was hier stattgefunden hat, ist erst recht nicht das Werk der Stuttgarter Partyszene, der Stuttgarter Nightlife-Szene; hier waren Kriminelle am Werk.

(Zurufe)

Deswegen bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, um das Thema „Respekt vor Sicherheitskräften, Respekt vor Rettungskräften“ nochmals viel deutlicher zu artikulieren.

(Andreas Schwarz)

Mit Verlaub, Herr Kollege Stoch: Dass sich bestimmte Menschen nicht an Regeln halten, das hat man bei Abg. Fiechtner,

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

aber auch bei Abg. Räßle hier in diesem Haus gesehen.

Deswegen, Herr Minister:

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Was ist denn das für ein Vergleich? Unglaublich!)

Die große Mehrzahl der Abgeordneten hat sich heute hinter die Polizei gestellt. Es waren ein oder zwei Abgeordnete, die das nicht getan haben. Bitte geben Sie den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Unterstützung des gesamten Landtags mit, Herr Minister.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Schwarz, bitte achten Sie auf die Redezeit.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Vieles spricht dafür, dass wir es mit einem Problem zu tun haben, bei dem wir an mehreren Stellen gleichzeitig ansetzen müssen: Polizeipräsenz ausbauen, die Sicherheitspartnerschaft mit der Landeshauptstadt unterzeichnen und neue Ideen umsetzen wie beispielsweise den Nachtbürgermeister und damit eine Schnittstelle zwischen Stadt, Polizei und der Szene implementieren, kommunale Präventionsarbeit fokussieren, mobile Jugendarbeit als ein präventives Instrument wieder aktivieren.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Schwarz, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Diese Themen sollten wir in den nächsten Wochen diskutieren. Dann können wir erreichen, dass solche Ausschreitungen nicht mehr stattfinden und sich alle Menschen sicher und frei bewegen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat für die CDU-Fraktion noch einmal Herr Abg. Lorek das Wort.

Abg. Siegfried Lorek CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der heutigen Debatte hier wie auch in der medialen Debatte kam mir ein Aspekt etwas zu kurz. Ich danke ausdrücklich Herrn Minister Thomas Strobl, dass er darauf eingegangen ist.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, Angehörige der Feuerwehr, des Rettungsdienstes sind Menschen – Menschen wie Sie und ich –, und es sind Menschen, die gezielt angegriffen werden. Diese Menschen haben sich am Samstagabend von ihrer Familie verabschiedet und gingen zur Nachtschicht. Sie wussten nicht, was sie in der Nacht erwarten würde.

Ich habe mit Einsatzkräften gesprochen. Die Einsatzkräfte sagten mir, das, was sie Samstagnacht, Sonntagmorgen erleben mussten, sei nur mit einem Wort zu umschreiben: Anarchie! Die Familien hoffen immer, dass der Vater, die Mutter, die Partnerin oder der Partner nach dem Nachtdienst wieder gesund nach Hause kommt.

Glauben Sie mir: Ich bin mit 16 Jahren zur Polizei gegangen und war mit 18, 19 Jahren mit der Ausbildung fertig. Ich hatte auch Einsätze – Helm auf den Kopf, Einsatzanzug an. Damals waren es Castortransporte oder Demonstrationen der Republikaner. Damals habe ich auch schon Ablehnung, Hass und Gewalt gegenüber Polizei und Einsatzkräften verspürt. Und glauben Sie mir: Das vergisst man nicht.

Zum vergangenen Wochenende: Diese plötzlich auftretende, massive Gewalt ist eine völlig neue Dimension. Kollege Blenke und Minister Strobl haben das Video angesprochen. Ich glaube, alle von uns haben dieses Video gesehen und haben gesehen, wie ein Polizeibeamter jemanden festnehmen möchte, und im Kung-Fu-Stil kommt ein Täter angefliegen und tritt den Polizeibeamten von dem Festgenommenen weg.

Diese Dimension kenne ich so nicht, kannte ich so nicht. Das schmerzt einen persönlich. Glauben Sie mir – der Beamte wurde glücklicherweise nicht verletzt –: Das wird auch er nicht mehr vergessen.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind Menschen, die für uns alle, für unser aller Sicherheit einen schwierigen Job machen, einen schwierigen Beruf ausüben. Genauso wenig wie andere Gruppen haben sie verbale oder körperliche Angriffe verdient.

(Beifall)

Die pauschalen Herabwürdigungen unserer Polizei in den letzten Wochen von einigen politischen Akteuren und in der medialen Debatte in Deutschland schmerzen die Menschen genauso wie die Tritte und Schläge am Sonntagmorgen.

Dank wurde schon viel ausgesprochen. Dem kann ich mich nur anschließen. Ich glaube aber auch, man kann den Einsatzkräften nicht oft genug danken. Ich möchte explizit auch Polizeivizepräsident Berger für die kluge Einsatzführung danken, ebenso wie Landespolizeipräsidentin Dr. Hinz und Innenminister Strobl, die sich hinter und auch vor die Polizei stellen. Das ist genau das richtige Zeichen in dieser Zeit.

(Beifall)

Unter diesem Eindruck möchte ich an eine Maßnahme erinnern, die unter der grün-schwarzen Landesregierung beschlossen wurde, die wir in dieser Legislaturperiode eingeführt haben und die richtig war: Wir übernehmen die Schmerzensgeldansprüche von Beamtinnen und Beamten, wenn sie im Dienst verletzt wurden. Jetzt zeigt sich einmal mehr, dass es richtig war, dass ein Opfer, das verletzt wurde, sich nicht auch noch darum kümmern muss, im Zusammenhang mit dem Schaden das Geld einzutreiben. Danke, dass das für die Polizei und die Landesbeschäftigten in dieser Legislaturperiode gelungen ist.

(Beifall)

Die Ausschreitungen und die Gewalt am Samstag hatten eine neue Qualität. Alle sagen: „Wir müssen handeln.“ Ich glaube – das wurde vorhin schon angesprochen –, dass wir, der Landtag, auch handeln können, und dies möglichst schnell. Wir benötigen dringend die zeitnahe Ausweitung des Polizeigesetzes, die Ausweitung des Einsatzes der Bodycam. Stellen Sie sich einfach einmal den Fall vor, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, Sie müssen bitte auf die Zeit achten.

Abg. Siegfried Lorek CDU: ... am Samstagabend oder am Sonntagmorgen wäre ein Polizist einem Plünderer hinterhergelaufen und hätte durch eine zerschlagene Schaufensterscheibe einen Laden betreten. Dann hätte der Polizist an der Schaufensterscheibe die Bodycam ausschalten müssen. Das ist völlig absurd. Ich hoffe, dass wir da noch vor der parlamentarischen Sommerpause eine Änderung hinbekommen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Siegfried Lorek CDU: In Anbetracht der Zeit: Wie Minister Strobl ausgeführt hat, muss hier mit der vollen Härte des Rechtsstaats vorgegangen werden. Das ist genau richtig.

Ich habe viele Fotos vom Wochenende gesehen, die mir wirklich nicht gefallen haben, die mich betroffen machen. Aber ein Foto gefällt mir sehr.

(Der Redner hält ein Bild hoch.)

Das möchte ich öfter sehen. Das sind die Bilder, die wir brauchen: Der Rechtsstaat wirkt, der Rechtsstaat funktioniert. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Zeit ist auch schon weit überschritten. Wir haben die Aktuelle Debatte damit beendet, und Punkt 2 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

- a) **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Kürzung der Abgeordnetenentschädigung und der Bezüge der Regierungsmitglieder während der Corona-Krise – Drucksache 16/8026**
- b) **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/8073**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/8244

Berichterstatter: Abg. Nico Weinmann

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über die Buchstaben a und b eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst hat Herr Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE das Wort. – Bitte.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die beiden Gesetzentwürfe in der Ersten Beratung am 20. Mai und zwischenzeitlich auch im Ständigen Ausschuss ausführlich besprochen. Ich will mich auf das Wesentliche beschränken.

Mit dem gemeinsamen Gesetzentwurf der vier Fraktionen und dem Verzicht auf die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung um 2,6 % möchten wir ein Zeichen der Solidarität setzen. Wir spüren als Abgeordnete in einer privilegierten Situation nicht das am eigenen Leib, was viele Menschen in unserem Land derzeit erleben müssen: Einkommensverlust, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosigkeit, Angst um die eigene Zukunft.

Bei uns ist die Entschädigung trotz Corona am Ende des Monats ungeschmälert auf dem Konto. Das ist notwendig, um gerade auch in diesen schwierigen Zeiten eine engagierte Abgeordnetentätigkeit durchzuführen. Das ist für uns ein Job, der uns mehr fordert als jemals zuvor.

Aber wir sollten angesichts unserer eigenen Situation demütig sein. Wir haben deshalb die Pflicht, alles dafür zu geben, dass das Land und seine Menschen so schnell wie möglich aus der Krise herauskommen. Lassen Sie uns also gemeinsam dafür weiter hart arbeiten. Der Verzicht auf die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung ist folgerichtig. Eine Diätenerhöhung würde nicht in die Landschaft passen. Das ist der Grund für diesen gemeinsamen Gesetzentwurf, ein klares Signal zu setzen.

Wir haben dafür eindeutige Motive. Lässt sich das von dem Gesetzentwurf der AfD auch sagen? Da habe ich meine Zweifel, meine Damen und Herren, denn zu viele Skandale im Umgang mit Steuergeldern, Spenden und anderem pflastern den Weg dieser Partei und dieser Fraktion,

(Vereinzelt Lachen – Zurufe)

als dass man ihren Gesetzentwurf tatsächlich ernst nehmen könnte. Ich könnte jetzt eine halbe Stunde lang Beispiele anführen, denn diese sind wirklich sehr umfangreich, sehr zahlreich und vielfältig.

(Zurufe, u. a. Abg. Carola Wolle AfD: Insbesondere von der CDU, nicht?)

Ich nenne stellvertretend nur ein paar wenige, damit man sie tatsächlich auch immer wieder vor sich hat: Ihre damalige, scheinbare Fraktionsspaltung mit zusätzlichen Kosten von 570 000 € für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler,

(Zurufe, u. a. Abg. Bernd Gögel AfD: Das wird auch durch Wiederholungen nicht besser!)

die Sie so gern und so oft zitieren und bemühen, mit einer viel zu späten Rückerstattung von zu Unrecht erhaltenen Geldern, oder der Missbrauch von Steuergeldern für die Fraktion für Großflächenwerbung der AfD im Bundestagswahlkampf hier in Stuttgart oder auch die Tatsache, die oft im Verschwiegenen stattfindet: Die meisten Ihrer Abgeordneten betreiben im Wahlkreis kein Büro, aber sie kassieren selbstverständlich die Kostenpauschale, meine Damen und Herren,

(Beifall – Zurufe)

die insbesondere für die Wahlkreisarbeit vorgesehen ist und aus diesem Grund auch angepasst wurde. Diese Pauschale kassieren Sie einfach stillschweigend als zweites Gehalt ein – im Gegensatz zu der ganz großen Mehrzahl aller anderen Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Hier im Landtag den Robin Hood für die kleinen Leute spielen zu wollen und über hohe Diäten zu schimpfen, aber selbst Diäten und Nebenleistungen, die alle zu 100 % steuerfinanziert sind, ungeschmälert in die eigene Tasche zu stopfen, das passt definitiv nicht zusammen, meine Damen und Herren. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei Ihnen sehr weit auseinander.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

Deswegen ist Ihr Gesetzentwurf genau das, was wir in der ersten Lesung gesagt haben: Es ist ein Schauantrag, und er ist nicht ernst zu nehmen.

In den Beratungen wurde zwischenzeitlich – das ist ein ernstes Anliegen – die Frage aufgeworfen, ob die Aussetzung der Erhöhung auch für ehemalige Abgeordnete, die sogenannten pensionierten Kolleginnen und Kollegen, gelten soll. Entscheiden müssen das wir als aktive Abgeordnete. Da die Pensionen nicht gekürzt werden, halten wir diese Aussetzung für vertretbar, damit alle das mittragen, auch die Kolleginnen und Kollegen, die bereits pensioniert sind. Es handelt sich jetzt auch nicht um Beträge, die irgendjemanden in eine existenzielle Not stürzen würden.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Abschließend möchte ich mich für meine Fraktion für die Bereitschaft der Fraktionen von CDU, SPD und FDP/DVP sehr herzlich bedanken, diesen gemeinsamen Gesetzentwurf aus der Mitte des Parlaments einzubringen und heute zu beschließen. Ich hoffe, dass wir damit ein Mut machendes Signal der Solidarität in die Gesellschaft aussenden können.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächste hat das Wort für die CDU-Fraktion Frau Abg. Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat hat die Coronapandemie uns alle ziemlich kalt erwischt. Viele sind von den finanziellen Folgen getroffen. Tagtäglich telefonieren wir mit Familienvätern, Familienmüttern, die in Kurzarbeit sind, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, mit Unternehmen, die seit Wochen keine Auftragseingänge mehr haben, mit Busunternehmen, mit dem Zeltverleiher, der noch bis Ende dieses oder bis Anfang nächsten Jahres keine Aufträge mehr haben wird, mit Vereinen, die in Sorge sind, mit Kulturschaffenden, mit Selbstständigen und vielen mehr. All diese haben in dieser Zeit große Probleme und existenzielle Nöte.

Die Volkswirte übertreffen sich mit Horrornachrichten, welcher Einbruch zu befürchten ist. Diejenigen, die in diesem Land politische Verantwortung tragen und in der Verantwortung stehen, haben in den letzten Wochen mit vollem Einsatz darauf hingewirkt, die Folgen in unserem Land und in der Bevölkerung so gut wie möglich abzufedern.

Wir haben, glaube ich, bisher recht erfolgreich gegen dieses Virus gekämpft und wollen auch weiterhin erfolgreich aus dieser Krise gehen. Dafür haben wir im Land viel Geld bereitgestellt. Wir unterstützen damit effektiv und schnell die, die

durch die Krise stark betroffen sind. Erst gestern hat die Landesregierung mit weiteren zentralen Soforthilfen für Unternehmen, für Betriebe, für Kultur und Vereine vieles auf den Weg gebracht.

In großer Geschlossenheit und Besonnenheit tun wir alles, um den Motor der Wirtschaft am Laufen zu halten, ihn wieder anzufeuern und vor allem auch das gesellschaftliche Leben zu stützen und zu schützen. Das, was wir tun, hilft den Menschen in diesem Land. Damit werden wir unserer politischen Verantwortung gerecht.

(Beifall)

Gerade in diesen Zeiten kommt es aber auch auf Zusammenhalt und Solidarität an. Deswegen wollen wir Abgeordneten ein Zeichen setzen und verzichten mit dem vorliegenden gemeinsamen Gesetzentwurf von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP auf die anstehende Diätenerhöhung. Wir zeigen damit unsere Nähe zu den Menschen, wir zeigen unsere Verbundenheit mit den Menschen, die durch diese Krise Opfer bringen müssen.

Maßstab für die Abgeordnetenentschädigung ist ganz wesentlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1975, das den Abgeordneten eine Entschädigung zuspricht, die der Bedeutung des Amtes angemessen ist und vor allem die Unabhängigkeit von Parlamentariern sichert.

Das Bundesverfassungsgericht hat uns aber auch aufgetragen, über unsere Bezahlung selbst zu entscheiden. Wir stehen hier unter starker öffentlicher Beobachtung und auch unter Rechtfertigungsdruck. Das ist auch richtig so. Wir alle wissen, wie kritisch das Ganze oft gesehen wird und wie unberechtigt die Vorwürfe teilweise sind.

Deswegen war es richtig, dass der Landtag im Jahr 2005 entschieden hat, das Verfahren zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung auf ein automatisiertes Indexverfahren – bis 2017 anhand einer gewogenen Messzahl und seitdem orientiert am Nominallohnindex – umzustellen. Das heißt, die Bezüge der Abgeordneten richten sich streng nach den Löhnen und der Lohnentwicklung im Land, nach dem durchschnittlichen Volkseinkommen. Das heißt: Steigen die Löhne, steigen unsere Diäten, sinken die Löhne, sinken auch unsere Diäten – beispielsweise in der Finanzkrise 2010. Das ist ein einfaches, transparentes und gerechtes Verfahren.

Es wirkt allerdings nachlaufend. Weil die Löhne 2019 um 2,6 % gestiegen sind, bedeutet das, dass auch unsere Diäten nachlaufend in diesem Jahr um 2,6 % steigen würden. Zum 1. Juli 2020 ergäbe sich damit eine Erhöhung der Diäten von 8 210 € auf 8 423 €, also eine Erhöhung um 213 € brutto. Wir sind uns in diesem Haus allerdings weitgehend einig: Steigende Diäten passen einfach nicht in diese Zeit,

(Beifall)

in eine Zeit, in der Menschen Einschnitte hinnehmen müssen. Deswegen greifen wir bewusst einmalig in diesen Automatismus ein und beschließen heute eine außerplanmäßige Nullrunde. Die sinkenden Löhne in diesem Jahr bewirken dann ohnehin sinkende Diäten im nächsten Jahr. Die allgemeine Lohnentwicklung des Jahres 2020 werden wir also doppelt spüren.

(Nicole Razavi)

Man kann mit diesen eingesparten 365 000 € sicherlich nicht – im Verhältnis zu dem Gesamtvolumen des Landeshaushalts von 50 Milliarden € – große Sprünge machen. Deswegen ist die Nullrunde einfach eine Botschaft, ein Signal. Aber es war und ist uns, der CDU, wichtig, dass dieses Geld nicht einfach nur im Landeshaushalt versickert. Uns wäre es wichtig, dass hiermit ganz konkret Maßnahmen finanziert werden, die helfen. Vielleicht können wir uns – ich sage das mit Blick zur Finanzministerin – tatsächlich noch Gedanken machen, wie dieses Geld dann auch wirklich bei den Menschen ankommen kann.

(Abg. Anton Baron AfD: 360 000 €!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abgeordnete, die Zeit ist lange um.

Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, ich komme zum Schluss. – Ich bin mir sicher, dass der Weg, den wir heute gehen, der richtige ist. Das bedeutet keine Abwertung unserer Arbeit. Aber auch wir schnallen den Gürtel enger. Das ist ein wichtiges Signal der Solidarität, und das ist – so glaube ich – auch das, was die Menschen von der repräsentativen Demokratie im Land erwarten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Weirauch spricht für die SPD.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bereits am 20. Mai ausführlich über die Hintergründe unseres gemeinsamen Gesetzentwurfs und die gemeinsame Zielsetzung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Grünen, CDU und FDP/DVP diskutiert. Ich möchte das daher heute nicht in epischer Breite ausführen. Die Argumente wurden ja damals schon hinreichend debattiert.

Wir werden in dieser Woche und in den kommenden Wochen noch viel über die Auswirkungen der Pandemie und die Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie sprechen. Wir werden über Ausmaß und Inhalte der Hilfsprogramme diskutieren und auch untereinander über die richtigen Wege und Mittel, um unser Land wirtschaftlich und gesellschaftlich wieder in die richtigen Bahnen zu lenken, streiten.

Aber wir von der SPD sind uns in einem Punkt mit den anderen demokratischen Fraktionen sicherlich einig: In diesen schwierigen Zeiten, unter denen die Wirtschaft, aber auch die Gesellschaft allgemein zu leiden haben, in denen viele Menschen nicht wissen, wie es finanziell weitergeht, kann es keine Diätenerhöhung für die Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg geben. Weil diese aber gesetzlich so vorgesehen ist, möchten wir mit unserem Gesetzentwurf die gesetzlichen Grundlagen entsprechend ändern.

Um es kurz zu machen: Wir halten grundsätzlich an dem Mechanismus fest, die Diäten an die allgemeine Lohnentwicklung im Land zu koppeln. Ich hatte am 20. Mai schon erläutert, dass es ein sehr probates Mittel ist, die Anpassung der Diäten an die allgemeine Lohnentwicklung zu koppeln, um auch den Bezug zu den Menschen im Land zu behalten. Deswegen

ist es der richtige Mechanismus. Aber in diesen ungewöhnlichen Zeiten wäre aus Sicht der SPD-Fraktion eine Steigerung zum 1. Juli 2020 unanständig.

Apropos unanständig: Herr Gögel – ich hatte es Ihnen ja schon vor fünf Wochen gesagt –, das ist ein untauglicher Versuch, den Sie hier an den Tag legen. Aber die AfD versucht sich mit ihrem – ich sage es einmal in Anführungszeichen – „Gesetzentwurf“ einmal mehr in Szene zu setzen, eine Neiddebatte auf Kosten auch baden-württembergischer Landesbeamten anzuzetteln und darüber hinwegzutäuschen, was Sie den baden-württembergischen Steuerzahler und die baden-württembergische Steuerzahlerin durch Ihre in weiten Teilen, würde ich sagen, sinnbefreite Tätigkeit hier im Haus schon gekostet haben.

(Beifall – Zurufe)

Wir werben für die Zustimmung zu unserem gemeinsamen Gesetzentwurf. Lassen Sie uns gemeinsam solidarisch sein mit den Menschen in Baden-Württemberg,

(Zuruf)

die uns alle gewählt haben, die wir hier sitzen – auch im Vertrauen darauf, dass wir Entscheidungen wie diese mit Augenmaß und klarem Kompass treffen für das, was geht, und für das, was nicht geht. Die Diätenerhöhung zum 1. Juli 2020 geht aus meiner Sicht eindeutig nicht. Deswegen werbe ich um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Baron, Sie haben für die AfD das Wort.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es zeigt sich einmal mehr, dass Sie an ehrlicher Solidarität mit der Bevölkerung kein Interesse haben –

(Beifall)

unfähig, auf Vorschläge der einzigen wirklichen Oppositionsfraktion einzugehen,

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Lachen – Oh-Rufe)

und ebenso unfähig, auf die Menschen im Land zu hören oder überhaupt mit diesen das Gespräch zu suchen.

Aus den Debatten zu Beginn dieser Legislaturperiode haben Sie gar nichts gelernt. Aber klar ist: Auch das hier wird Ihnen irgendwann auf die Füße fallen.

Noch mal zur Veranschaulichung der Behandlungsgegenstände: Da ist einmal der Gesetzentwurf der AfD-Fraktion. Dieser sieht einen Verzicht auf 10 % der Abgeordnetenentschädigung

(Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

bis 2021 vor. Das ist für jeden zumutbar. Angesichts der momentanen Grunddiät von ca. 8 200 € bedeutet das, dass nie-

(Anton Baron)

mand von Ihnen arm werden oder seine Hypothek nicht mehr bedienen könnte.

Unsere Bezüge lägen übrigens noch immer deutlich über dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung. Nicht nur das, sie lägen auch deutlich über den Bezügen eines Abgeordneten des Schweizer Nationalrats, die sich umgerechnet auf knapp 6 000 € belaufen. Dabei handelt es sich wohlgerne um ein Bundesparlament, und zwar eines Landes, in dem die Kosten für den Lebensunterhalt deutlich höher sind als bei uns. Vielleicht ist es ein Grund für den Erfolg unseres Nachbarlands, dass dort Politiker aller Parteien aus einem ehrlichen Interesse in die Politik gehen. Ich lasse diese Frage einmal offen.

Jedenfalls gäbe es mit unserem Gesetzentwurf einen zwar nicht schmerzhaften, aber dennoch spürbaren Einschnitt in Millionenhöhe. Wieso ist es notwendig, dass auch Sie die Coronakrise im eigenen Geldbeutel spüren? Nun, ein Landtagsabgeordneter ist ein Volksvertreter und somit Vertreter eines Volkes, das derzeit von Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Insolvenzen gebeutelt ist. Die Wirtschaft und damit die Einkommen der Bürger schrumpfen wegen der Krise, einer der schwersten Krisen der jüngeren deutschen Geschichte. Ich sage Ihnen: Auch die Bezüge der Abgeordneten dürfen in einem solchen Fall nicht auf unveränderter Höhe bleiben.

(Beifall)

Wir wissen hier das Volk auf unserer Seite. Bereits die automatischen Erhöhungen anhand der Einkommensentwicklung sind kaum einem Steuerzahler vermittelbar. Nun zünden Sie jedoch die nächste Blendgranate – womit wir bei Ihrem Gesetzentwurf wären: Ein Einkommensrückgang in der Bevölkerung dürfe Ihrer Ansicht nach also nicht einen Rückgang bei den Abgeordnetenbezügen bedeuten.

Liebe Kollegen der Kartellfraktionen, das macht Sie vollständig unglaubwürdig. Das, was Sie hier betreiben, wäre mir ja prinzipiell egal. Doch nein, es ist auch eine Beschädigung des Ansehens des Parlamentarismus, was wir, unsere Fraktion, klar verurteilen.

(Beifall)

Halten Sie die Wähler nicht für blöd. Diese werden Ihre billigen Manöver natürlich durchschauen.

Ihr Vorschlag beinhaltet also den Verzicht auf eine Erhöhung. Sie schlagen ernsthaft

(Zuruf)

als Solidaritätsgeste vor, die gleichen Bezüge wie bislang zu kassieren und auf 200 € mehr zu verzichten. Ich sage Ihnen jedoch dreierlei. Erstens: Dass Sie nicht noch mehr kassieren, ist in Krisenzeiten keine Bescheidenheit, sondern eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Zweitens: Dass Sie in einer der schwersten Krisen nicht einmal ansatzweise, Frau Razavi, über echte Einschnitte nachdenken, ist zumindest bemerkenswert.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber ihr wart doch komplett dagegen!)

Drittens: Dass Sie dann jedoch auch noch die Vermessenheit besitzen, gleich bleibende Bezüge wider besseres Wissen als signifikanten Einschnitt zu verkaufen, schlägt dem Fass vollkommen den Boden aus.

(Beifall)

Ich sage Ihnen daher: Kaum ein Bürger wird bei dieser abenteuerlichen Argumentation mitgehen. Wir, die AfD, werden anhand solcher Beispiele dem Bürger zeigen, wer für ihre Interessen einsteht und wer sich diesen entgegenstellt, wer das Gespräch sucht und wer lieber im Elfenbeinturm sitzt, wer das Volk vertritt und wer das Volk verhöhnt.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt aber noch immer die Gelegenheit, wahre Solidarität zu zeigen. Daher mein Appell an die wahren Volksvertreter in den anderen Fraktionen: Stellen Sie Ihr Gewissen und das Interesse des Landes über den Fraktionszwang, und handeln Sie endlich staatsmännisch und in der Sache. Stimmen Sie dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zu.

(Beifall)

Man muss aber sagen, da der Gesetzentwurf der Kartellfraktionen ein Bestandteil unseres Gesetzentwurfs ist und immerhin ein wenig in die richtige Richtung geht,

(Zurufe)

werden wir diesem zustimmen. Wahre Solidarität ist aber nur in unserem Gesetzentwurf erkennbar.

Herr Sckerl, woher haben Sie eigentlich ständig Ihre Märchen? Wahrscheinlich von Ihrem steuerfinanzierten Stasibüro. Nennen Sie hier und jetzt Ross und Reiter, welche Abgeordneten der AfD-Fraktion kein Wahlkreisbüro haben. Gerade unsere Abgeordneten leiden ständig unter Drohungen, Angriffen und Sachbeschädigungen durch Leute, mit denen Ihre Parteivertreter Seite an Seite auf Veranstaltungen und Demonstrationen stehen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! So sieht es aus!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Wolfgang, wo kam die Kohle von Meuthen her?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, wir hören jetzt den Redner der FDP/DVP-Fraktion, Herrn Abg. Dr. Kern.

(Unruhe auf der Besuchertribüne)

– Ich bitte auch die Abgeordneten auf der Tribüne um Aufmerksamkeit.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen in unserem Land erleiden aufgrund der Coronapandemie erhebliche Wohlstandsverluste. Sie bangen um ihre wirtschaftliche Existenz. Deshalb ist es ein richtiges Zeichen, dass die Abgeordneten des

(Dr. Timm Kern)

baden-württembergischen Landtags auf die anstehende Erhöhung der Abgeordnetendiäten verzichten.

Im Wissen um die schweren wirtschaftlichen und finanziellen Folgen wollen wir nicht auf das finanziell gute Jahr 2019 zurückschauen und die zu erwartenden Abschlüsse im Jahr 2021 abwarten. Wir ignorieren die aktuellen Entwicklungen nicht. Wir handeln.

Leider hat die AfD-Fraktion aber auch dieses Thema genutzt, um den nächsten Akt ihres armseligen Theaters aufzuführen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe, u. a. der Abg. Carola Wolle AfD)

Herr Baron, ausgerechnet Sie schwingen hier den moralischen Zeigefinger, und ausgerechnet Sie sprechen hier von Glaubwürdigkeit. Hören Sie mir gut zu, und dann überlegen Sie sich noch einmal, ob Sie das wirklich hier hätten sagen können.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Erster Akt im armseligen Theater der AfD: Im April wollte Fraktionschef Bernd Gögel die Abgeordnetenerhöhung noch einstreichen. Als aber der Verzicht darauf feststand, brachte die AfD-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf ein und drehte ihre Position um sage und schreibe 180 Grad um.

(Beifall – Zurufe)

So viel zum Thema Glaubwürdigkeit.

(Zuruf: Sie sind ein Lügner! – Gegenrufe, u. a.: Was? – Wie bitte? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, „Lügner“ hat er gesagt! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Baron, stammt das von Ihnen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, das war der Sänze!)

Ich habe von dieser Seite „Lügner“ gehört. Das ist in einer Debatte völlig unpassend. Ich bitte, so etwas zu lassen.

(Zurufe – Unruhe)

Hören Sie jetzt einfach zu und tragen nicht zur Unruhe bei.

Herr Abg. Dr. Kern, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Zweiter Akt: In der Ersten Beratung der vorliegenden Gesetzentwürfe verstieg sich der parlamentarische Geschäftsführer der AfD, Anton Baron, zu folgender Ansprache an sämtliche anderen Fraktionen – Zitat –:

Lieber grün-schwarz-rot-gelber Swingerclub der Kartellfraktionen, ...

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da lacht der noch!)

Diese Äußerung ist gleich unter mehreren Gesichtspunkten bemerkenswert. Erstens: Die Demokraten dieses Hauses sind wirklich leidgeplagt, was manche selbst ernannten Vordenker der AfD so alles an Stuss und Unsinn hier im Parlament von

sich geben. Dass sich aber der PGF, also der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD, mit dieser Wortwahl für jede Art von seriöser politischer Debatte disqualifiziert, zeigt die moralische Qualität der gesamten AfD-Fraktion, meine Damen und Herren.

(Beifall – Oh-Rufe)

Herr Baron, ich kann Sie beruhigen. Was die moralische Qualität Ihrer Fraktion insgesamt angeht, sind Sie ganz offensichtlich keine Ausnahme. Denn auch Ihr Fraktionsvorsitzender Gögel war im Präsidium des Landtags nicht in der Lage, die Problematik der Worte seines PGF zu erkennen. Insofern sind Sie mit Ihrem Wortschatz ganz offensichtlich für Ihre Fraktion repräsentativ.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP lassen sich von solchen Störversuchen der AfD nicht beeindrucken.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Reden Sie auch einmal zur Sache?)

Wir nehmen unsere parlamentarischen Aufgaben ernst, um das Alltagsleben der Menschen in unserem Land besser zu machen. Dabei unterscheiden sich die Fraktionen programmatisch, und wir streiten in der Sache über den richtigen Weg.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Der richtige Weg ist, in der jetzigen Lage auf die Diätenerhöhung zu verzichten. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich die seriösen Fraktionen dieses Hohen Hauses, die sonst täglich um die besten politischen Lösungen streiten, in dieser Sache einig sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, Drucksache 16/8026, abstimmen. Der Ständige Ausschuss schlägt Ihnen dazu in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/8244 unter Ziffer 1 vor, diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, wir sind in einer Abstimmung. Ich darf bei der Fraktion GRÜNE um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit bitten.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion insgesamt zur Abstimmung stelle. – Damit sind Sie einverstanden. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, Drucksache 16/8026, im Ganzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/8073. Hierzu schlägt Ihnen der Ständige Ausschuss in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/8244 unter Ziffer 2 vor, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 24. Juni 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Abg. Carola Wolle AfD unterhält sich.)

– Frau Abg. Wolle!

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlusstabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittagspause hat sich stark verschoben, aber ich denke, eine Dauer von einer Stunde ist schon angemessen. Ich würde sagen, wir unterbrechen bis 15:15 Uhr.

Wir treten in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:13 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:20 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Sitzung mit einigen wenigen Minuten Verspätung fort. Die Verspätung ist darauf zurückzuführen, dass der Wissenschaftsausschuss bis vor ein oder zwei Minuten noch getagelt hat. Daher haben wir jetzt ein paar Minuten gewartet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema – gemeldet von der Fraktion GRÜNE – lautet:

U n i v e r s i t ä t s k l i n i k e n a l s u n v e r z i c h t b a r e P a r t n e r b e i d e r P a n d e m i e b e k ä m p f u n g

Hierzu darf ich Herrn Abg. Filius das Wort erteilen.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der aktuellen Zeit der Coronapandemie leisten die baden-württembergischen Universitätsklinika Außergewöhnliches. Als ganz besondere Leistungsträger der Gesundheitsversorgung im Land gelang es ihnen innerhalb kürzester Frist u. a., die Kapazitäten für Intensivbetten mit Beatmungsgeräten auszubauen. Diese haben wir dank der erfolgreichen Präventionsmaßnahmen, die hier im Land getroffen worden sind, nicht in vollem Umfang benötigt.

Herzlichen Dank für diesen täglichen Einsatz für das Wohl unserer Gesundheit, kann man fast schon sagen – im Bereich der Pandemiebekämpfung, aber auch durch andere Leistungen, die selbstverständlich auch weiter zu erbringen sind. Gerade in dieser besonderen Situation sind das natürlich Mehrleistungen, die es keinesfalls zum Nulltarif geben kann. Es sind vielmehr enorme finanzielle Belastungen, die bei den Universitätsklinika angefallen sind.

So frage ich nunmehr die Regierung: Welchen Stellenwert hat die Universitätsmedizin in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Pandemie? Wie hat sich das finanziell für die Universitätsklinika ausgewirkt? Was hat der Bund im Rahmen des Krankenhausentlastungsgesetzes für die Universitätsklinika im Land geleistet? Welche Rolle spielen die Universitätsklinika bei der Coronaforschung hier im Land?

Vielen Dank im Voraus für die Beantwortung der Fragen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sind Sie mit der Antwort zufrieden? – Heiterkeit)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Abg. Filius. – Wir warten noch, bis der Tisch gereinigt und desinfiziert wurde. In der Zwischenzeit gebe ich an die Vertreterinnen und Vertreter der Regierung insgesamt den Hinweis, dass die Antworten möglichst kurzzufassen sind, damit mehr Abgeordnete die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen. Das gilt grundsätzlich für alle.

Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich kurzfassen. Eigentlich müsste ich aber meine ganze Redezeit dafür verwenden, mich den Worten des Dankes von Herrn Abg. Filius anzuschließen; denn es ist wahr: Es ist Unglaubliches geleistet worden. Es war ein echter Kraftakt, und die Vorbereitungen haben sehr früh begonnen. Ende Februar ging es mit den Vorbereitungen schon los.

(Ministerin Theresia Bauer)

Danach kam die Aufforderung von Bundesminister Spahn und auch vom Landesgesundheitsminister, dass die Universitätsklinik verschiebbar Operationen aufschieben, Kapazitäten freihalten, Ausrüstungen anschaffen und Beatmungskapazitäten und Betten freihalten.

Es sind enorme Anstrengungen unternommen worden, das Personal mitzunehmen, Freiwillige zu integrieren und in den Regionen koordinierende Aufgaben mit zu übernehmen, um ein konsistentes Vorgehen zu gewährleisten. All das ist geleistet worden. Das war eine unglaubliche Leistung, und es war natürlich auch riskant. Dafür herzlichen Dank. Der Dank ist wohl begründet.

Wir haben die Gewährträgerschaft für unsere Universitätsklinik und haben schon sehr früh vernommen, dass sie aufgrund der Rahmenbedingungen und der veränderten Schwerpunktsetzungen wirtschaftlich unter Druck kommen, dass es Liquiditätsprobleme gibt, weil Kapazitäten freigeräumt und freigehalten und enorme zusätzliche Investitionen geleistet werden mussten. Wir wollten und mussten deshalb sicherstellen, dass unsere Universitätsklinik verlässlich arbeiten können. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen sie Liquiditätshilfen und zusätzliche Ressourcen.

Wir waren besonders gefordert, dies in dieser Situation zu tun, weil der Bund die besondere Belastung und Beanspruchung der Universitätsklinik im Land im Krankenhausentlastungsgesetz nicht adäquat abgebildet hat. Das, was hier für die Intensivmedizin gegeben wurde, ist eben für alle gleichermaßen gegeben worden, sodass gerade diejenigen, die besonders komplizierte Fallstrukturen haben oder angesichts komplexer Krankheitsbilder lange Aufenthaltsdauern haben, in einer besonderen Weise belastet waren.

Wir haben deswegen in Baden-Württemberg entschieden, folgende Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen:

Wir haben erstens eine Hilfe für Investitionen gegeben. 71,6 Millionen € haben wir den Universitätsklinik gewährt, damit sie entsprechende Geräte anschaffen können, beispielsweise Beatmungsgeräte, Analysegeräte usw.

Wir haben zweitens Liquiditätshilfen von bis zu 528 Millionen € genehmigt, weil eben nicht klar war, ab wann die Situation auch wirtschaftlich zu echten Engpässen führt. Wir wollten da Verlässlichkeit hineinbringen. Diese Liquiditätshilfe ist nur den Universitätsklinik in Landeshand, also den Einrichtungen, bei denen wir die Gewährträgerschaft haben, gewährt worden. Es gab ja in Mannheim eine Debatte, warum das dortige Klinikum da nicht inkludiert ist. Es handelt sich um ein städtisches Klinikum, das deswegen von dieser Schutzmaßnahme auch gesetzlich nicht betroffen ist.

Diese Liquiditätshilfe wird im Moment in den ersten Maßnahmen in Anspruch genommen. Am Ende wird sich zeigen, in welcher Weise in diesem Jahr die Erlöse tatsächlich eingebrochen sind. Man wird sozusagen am Ende der Abrechnung 2020/2021 sehen, wie viel von dieser Liquiditätshilfe, die zur Verfügung gestellt wurde, tatsächlich in einen Zuschuss umgewidmet werden muss. Das hängt natürlich auch vom weiteren Infektionsgeschehen ab.

Und es gibt eine dritte Komponente: Das ist die Komponente der Unterstützung der auf Covid-19 bezogenen Forschung.

Wir haben inzwischen noch einmal 17 Millionen € zusätzlich gewährt. Neben dem, was in diesem Bereich auch aus Drittmitteln und aus der Bundes- oder der EU-Förderung sowieso geleistet wird, haben wir noch einmal 17 Millionen € zusätzlich gewährt – für verschiedene Komponenten der Universitätsmedizin –, um schnell agieren zu können, innovative Projekte anstoßen zu können, die auch für die Zusammenarbeit bestimmt sind. Eine dieser Maßnahmen ist Ihnen wohl bekannt: Das ist die Kinderstudie, die daraus finanziert wurde. Aber auch ähnliche Maßnahmen sind mit angestoßen worden, eigens aus Landesmitteln, um die auf Covid-19 bezogene Forschung schnell voranzubringen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Frau Ministerin. Das war ja vorbildlich in der Zeit.

Nun habe ich weitere Wortmeldungen: zunächst Frau Abg. Rolland, danach Herr Abg. Stein.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, ich hätte zwei Nachfragen. Die eine betrifft die Finanzierung. Sie haben die Liquiditätsmittel in Höhe von 528 Millionen € genannt. Könnten Sie uns sagen, woher die aus dem Haushalt kommen? Sind die in der Nothilfe mit inbegriffen, die wir am 19. März verabschiedet haben?

Und bleibt das Geld bei den Unikliniken? Oder müssen die das irgendwann zurückzahlen bzw. wird das irgendwann verrechnet? Also: Ist das wirklich zusätzliches Geld, das die Unikliniken bekommen haben?

Meine zweite Frage geht in Richtung Pandemiepläne der Universitätsklinik. Können Sie uns darüber Auskunft geben, ob diese Pandemiepläne im Vorfeld der Coronakrise an allen vier Universitätsklinik vorlagen, oder ist das auch nach dem Prinzip „Learning by Doing“ gelaufen?

Präsidentin Muhterem Aras: Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Zum Thema Liquiditätshilfe: Die 528 Millionen € sind in der Tat ebenso wie die zusätzlichen Mittel für Investitionen und für auf Covid-19 bezogene Forschung dem Nothilfebudget entnommen.

Die Liquiditätshilfe – ich habe es eben angedeutet – wurde nicht einfach überwiesen. Bei den Investitionen ist das der Fall, und bei der Forschung wird es auch so sein: Das sind zusätzliche Mittel, die konkret und sehr schnell abfließen und zum Teil auch schon abgeflossen sind. Bei der Liquiditätshilfe kann man im Zweimonatsrhythmus da, wo ein Liquiditätsproblem ist, abrufen.

Da hat jetzt zunächst einmal das Krankenhausentlastungsgesetz des Bundes ein bisschen Aufschub gebracht, weil die Fristen verkürzt wurden, in denen die Krankenkassen Kosten erstatten. Das hat die allerschlimmste Not, die für den Zeitraum Ende April bis Mai schon befürchtet worden war, erst einmal gelindert. Jetzt bekommen wir sukzessive die finanziellen Probleme eher zu spüren.

Es ist also nicht so, dass es überwiesen und irgendwann zurückgezahlt wird, sondern diese Ressourcen stehen zur Ver-

(Ministerin Theresia Bauer)

fügung und können abgerufen werden. Abgerechnet wird dann, wenn die Abrechnungen der Jahre 2020 und 2021 da sind. Dann wird entschieden: Bleibt das Geld – das man womöglich abgerufen hat, weil man in einer Notlage war – als Zuschuss erhalten, oder war das eben nicht nötig, und das Geld kann zurückgezahlt werden? Wir haben aber keine Darlehenskomponente mit drin.

Zu den Pandemieplänen bin ich jetzt aus dem Stand überfragt. Ich glaube, grundsätzlich gibt es Pandemiepläne; ich vermute aber stark, dass diese präzisiert und weiterentwickelt wurden. Aber das liegt mir jetzt nicht vor. Falls Sie sich dafür interessieren, können wir da noch einmal etwas nachliefern.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Sehr gern, ja!)

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Stein.

Abg. Udo Stein AfD: Danke schön, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie sprachen gerade eben die Beatmungsgeräte an. Meine Frage: Wissen Sie, wie viele Beatmungsgeräte bestellt wurden und ob diese bereits ausgeliefert wurden und einsatzfähig sind?

Danke schön.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Beatmungsgeräte sind ja nicht nur für Uniklinika nötig gewesen, sondern auch für andere Krankenhäuser. Sie sind zum Teil da, zum anderen Teil wurden sie aus anderen Stationen umorganisiert. Sie wurden zum Teil reaktiviert; sie waren etwa in der Lehre eingesetzt und mussten dann auf einmal auf den Stationen eingesetzt werden.

Ich glaube, es sind noch nicht alle da. Es gab auch Lieferengpässe. Der Gesundheitsminister wird hierzu wahrscheinlich sehr viel Genaueres sagen können. Der Prozess ist nicht abgeschlossen. Wir befinden uns ja nach wie vor in dem Prozess, dass wir auch dauerhaft Intensivbetten und Beatmungskapazitäten vorhalten wollen und dass wir für den Fall, dass sich das Infektionsgeschehen noch einmal dramatischer weiterentwickelt, gut vorbereitet sein wollen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Herr Abg. Filius, bitte.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Frau Ministerin, ich habe noch eine weitere Nachfrage. Es geht dabei um die Aufnahme von elsässischen Patienten. Hat dies Auswirkungen gehabt?

Eine weitere Nachfrage: Kann man in Bezug auf die vier Standorte sagen, wo möglicherweise ein besonderer Druck entstanden ist, was die Belegungssituation angeht, was aber vielleicht auch die finanzielle Situation betrifft? Oder ist das jetzt bei allen Universitätsklinika auf dem gleichen Level?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Vielen Dank für diese Fragen in Bezug auf das Elsass. – Ich vermute, Sie erinnern sich: Es war die Situation, dass wir diese grässlichen Szenen und Bilder vor Augen geführt bekommen haben und sahen, in welche Lage unser französischer Nachbar geraten ist. Dort ist das Gesundheitssystem tatsächlich an seine Kapazitätsgrenzen gestoßen, und man wusste nicht, wohin mit den Patienten.

Frankreich hat uns um Hilfe gebeten, und wir waren in der Situation, dass wir wussten: Die Welle rollt an. Die Frage war also: Wie viele „komplizierte“ Patienten, die womöglich an Beatmungsgeräte angeschlossen werden müssen, können wir eigentlich verantworten? Wie viele können wir aufnehmen? Das war schwierig.

Ich habe mich sehr gefreut, dass die Universitätsklinika auf diesen Hilferuf, der aus Frankreich kam, mit einer großen Handlungsbereitschaft reagiert haben, dass aber auch andere Krankenhäuser im Land dem entsprochen haben und gesagt haben: Wir nehmen auf, wir helfen.

Ich glaube, es waren 29 Patienten aus dem Elsass, die in dieser Zeit bei uns aufgenommen wurden. Wir sind ja zum Glück nie an die Kapazitätsgrenzen gestoßen, sodass wir nie in die unangenehme Lage gekommen sind, sagen zu müssen, wer bei uns behandelt werden darf und wer nicht.

Diese 29 Patienten waren ein starkes Signal der Verbundenheit und der Freundschaft. Was soll Europa sein und was soll deutsch-französische Freundschaft sein, wenn man Freunden in einer solchen Situation nicht auch hilft? Die Dankbarkeit war enorm. Ich habe mich in der letzten Woche mit Präsidentin Klinkert in Freiburg getroffen. Es war sehr beeindruckend, wie sich das auch im Elsass im Bewusstsein verankert hat, dass wir geholfen haben.

Da können wir unseren Universitätsklinika und Krankenhäusern auch wirklich sehr dankbar sein, dass sie gesagt haben: „Wir scheuen da keine Mühe. Wir machen das.“ Ich bin mir sicher, am Ende war es das Verhalten hier in Baden-Württemberg, die Entschlossenheit, in dieser Situation zu helfen, das ausgelöst hat, dass sich danach Rheinland-Pfalz, das Saarland, Bayern, Niedersachsen, Sachsen – also ein Bundesland nach dem anderen – bereit erklärt haben, zu helfen und Patienten aus dem Elsass und dann auch aus Italien aufzunehmen. Ich glaube, da hat man ein Stück Europa im besten Sinn erleben dürfen. Ich bin wirklich stolz, dass wir das hinbekommen haben, und ich bin stolz darauf, wie solidarisch die Bevölkerung das mitgetragen hat und gesagt hat: Ja, das ist das richtige Zeichen.

Ich glaube, auf diesem Grund und auf diesem Boden lässt sich eine europäische Zusammenarbeit und Kooperation wunderbar anknüpfen. Wir sind mit den Freunden aus dem Elsass und Frankreich auch schon darüber im Gespräch, welche weiteren Kooperationen wir im Gesundheitsbereich machen werden.

Zum Zweiten, Herr Kollege Filius, fragten Sie nach den Betroffenenheiten der Standorte. Wir können noch nicht abschließend darauf schauen, aber es gibt in der Tat besondere Betroffenenheiten. Mindestens zwei Standorte springen ins Auge.

In Freiburg haben wir die Problematik, dass das Herzzentrum Bad Krozingen – eigentlich eine sehr gut gehende Klinik – auch aufgrund der Coronastrategie, Kapazitäten freizuhalten, in ein massives Liquiditätsproblem gekommen ist. Da war die Situation dramatisch. Es wurde uns auch von dem Träger, der das Herzzentrum noch zu 50 % getragen hat, gesagt: Wir können finanziell da nicht reingehen.

Daher haben wir gemeinsam die Entscheidung getroffen, dass das Bad Krozinger Herzzentrum jetzt in das Uniklinikum Frei-

(Ministerin Theresia Bauer)

burg integriert wird, das vorher zur Hälfte beteiligt war. Diese Integration ist im Grundsatz beschlossen, wird im Laufe dieses Jahres komplett umgesetzt und ist von allen Beteiligten angesichts der dramatischen Lage auch für die beste Lösung – sie war letztlich auch alternativlos – gehalten worden. Mit dem Bad Krozinger Herzzentrum übernehmen wir also demnächst eine zusätzliche Klinik in die Gewährträgerschaft des Landes.

Der zweite Standort, der in besonderer Weise problematisch ist und unter Druck geraten ist, ist der Standort Mannheim. Wir haben da eine Universitätsmedizin, eine Medizinische Fakultät. Die Universität Heidelberg hat ja zwei Medizinische Fakultäten: eine in Heidelberg und eine in Mannheim. Die in Mannheim befindet sich am Städtischen Klinikum Mannheim. Auch dort hat sich coronabedingt eine wirtschaftliche Krise, die schon älteren Datums ist, noch einmal deutlich verschlimmert. Das Mannheimer Klinikum ist seit 2014 regelmäßig in den roten Zahlen. Noch vor Corona, im Jahr 2019, wies der Jahresabschluss ein mit 40 Millionen € negatives Ergebnis aus. In Mannheim gibt es auch ein relevantes Investitionsproblem. Lange Zeit ist nicht genügend investiert worden, sodass wir da einen relevanten Investitionsstau haben.

Zu diesen Problemen kamen coronabedingt weitere Einnahmeeinbrüche und Liquiditätsprobleme hinzu, die in diesem Jahr auf etwa weitere 70 Millionen € geschätzt werden. Es erreichen uns Brandbriefe und Meldungen vom Oberbürgermeister, von der Fakultät und vom Klinikum selbst, die besagen: „Das geht so nicht weiter. Wir schaffen das aus eigener Kraft nicht mehr.“ Die Universitätsmedizin selbst hat sich am Standort, finde ich, herausragend entwickelt. Was Forschung und Qualität in der Lehre angeht, was eigene Stärken am Standort angeht, hat sie sich toll entwickelt. Man kann aber nicht übersehen, dass es dort massive wirtschaftliche Probleme gibt. Und dass die Stadt Mannheim sagt: „Wir überheben uns dabei“, ist zumindest hoch plausibel.

Wir sind miteinander im Gespräch, was wir zur Lösung beitragen können. Wir haben einen Prozess aufgesetzt, verschiedene Fragen zu durchleuchten, zu durchdringen. Der Oberbürgermeister hat gesagt, er sei bereit, über alles zu reden, es gebe keine Denkverbote. Auch Fragen der Trägerschaft möchte er mit adressiert haben.

Wir werden jetzt mit den regionalen Akteuren und Verantwortlichen reden; aber auch ein internationales Expertenteam ist mit am Start. Sie sollen den Blick auf die Regionen werfen. Dabei geht es eben nicht nur um Nothilfe, sondern wir wollen wissen, was wir in der Region an Potenzialen heben können und müssen, weil die Rhein-Neckar-Region eigentlich mit einer Spitzenmedizin und mit einem einzigartigen Umfeld an Forschungseinrichtungen ausgestattet ist, sodass sie das Zeug hätte, auch international einer der wirklichen Hotspots in Sachen Lebenswissenschaften zu sein.

Wir haben nicht viel Zeit, weil die Situation in Mannheim drängt. Ich möchte das hier auch nicht beschönigen. Aber es geht jetzt nicht um die Frage, einem ansonsten herausragend aufgestellten Klinikum wirtschaftlich einfach mal kurz unter die Arme zu greifen, und das Problem ist erledigt. Wir haben es hier mit einer Problematik zu tun, bei der die wirtschaftlichen Daten in der Tat brisant sind. Das sind sie nicht erst seit Kurzem, sondern Corona hatte nur eine beschleunigende Wir-

kung. Wir haben es aber auf der anderen Seite mit einem wirklich starken Standort zu tun, sodass wir schauen müssen, dass wir eine Lösung erarbeiten, die für den Standort hilfreich ist, die aber vielleicht auch im Landesinteresse mit dafür sorgt, dass wir in eine gute, optimale Zukunft gehen können.

Diese Lösung werden wir natürlich auch hier im Parlament zu präsentieren haben, auch in enger Abstimmung mit dem Kollegen Gesundheitsminister – wir sind da schon eng im Gespräch – und auch mit der Finanzministerin, mit dem Kabinett insgesamt, aber am Ende auch mit Ihnen. Denn eine solche Debatte und eine solche Entscheidung, die da ansteht, betrifft keine Peanuts.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist dieses Thema abgearbeitet und erledigt.

Ich darf das nächste Thema aufrufen, gemeldet von der SPD-Fraktion:

Filialschließungen bei GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH in Baden-Württemberg – was unternimmt das Land insbesondere für die Beschäftigten?

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Jahren hat sich schon eine deutliche Krise im Warenhaussektor gezeigt, und in den vergangenen Monaten wurde immer klarer, dass insbesondere der Warenhauskonzern GALERIA Karstadt Kaufhof in Mitleidenschaft gezogen wird und dieser Konzern in großen Schwierigkeiten steckt.

Im April wurde ein Schutzschirmverfahren eröffnet. Der Konzern wollte die Wende schaffen. Seit vergangener Woche wissen wir, wie die Wende aussehen soll: 62 Filialen des Konzerns sollen zugemacht werden, darunter auch Filialen in Baden-Württemberg – in Singen, Leonberg, Göppingen, Stuttgart und leider auch in meinem Wahlkreis Mannheim. Deutschlandweit stehen bis zu 7 300 Arbeitsplätze zur Disposition. Ich muss Ihnen nicht sagen, wie wir das finden. Das ist aus meiner Sicht ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten.

Gemeinsam mit meinem Kollegen Stefan Fulst-Blei habe ich in der vergangenen Woche den Betriebsrat in Mannheim in der Filiale, die geschlossen werden soll – das ist die Filiale N 7 –, getroffen. Ich muss Ihnen nicht sagen, wie die Stimmung dort ist. Die Menschen sind natürlich sauer und auch verwundert, auf welche Art sie das mitgeteilt bekommen haben.

Man muss einfach sehen, dass dort 75 Menschen, die teilweise seit über 40 Jahren in dieser Filiale arbeiten, jetzt von der Arbeitslosigkeit bedroht sind. Man hat auch den Menschen in dieser Filiale oder überhaupt bei GALERIA Karstadt Kaufhof nicht gesagt, warum gerade ihre Filiale geschlossen wird, sondern man hat einfach nur die Filialschließung bekannt gegeben. Man hat aber nicht gesagt, welche Parameter zugrunde gelegt wurden, anhand derer entschieden wurde, genau diese Filialen zu schließen.

(Dr. Boris Weirauch)

Das ist auch deswegen so interessant, weil es Filialen gibt, die tatsächlich keine Verluste schreiben, und auch Filialen, die keine Verluste schreiben, geschlossen werden sollen. Das ist natürlich ein Punkt, bei dem sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fragen, wieso dann ausgerechnet ihre Filiale betroffen ist.

Ich kann Ihnen als Resultat aus dem Gespräch sagen, dass die Beschäftigten gegen die Schließung ihrer Filialen und den Verlust ihrer Arbeitsplätze kämpfen werden. Auf uns, die SPD-Fraktion, können die Beschäftigten dabei bauen.

Wir wollen nun wissen, ob die Beschäftigten in diesem Kampf auch auf die grün-schwarze Landesregierung zählen können. Wir haben hier einige Fragen an die zuständige Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Frau Hoffmeister-Kraut.

Wir würden gern wissen: Waren oder sind Sie, Frau Ministerin, konkret mit Vertreterinnen und Vertretern von GALERIA Karstadt Kaufhof, insbesondere auch dem Generalbevollmächtigten, Herrn Geiwitz, in Kontakt? Nachdem seit einigen Monaten schon bekannt ist, dass gegebenenfalls Filialen geschlossen werden könnten: Welche Ziele haben Sie in diesen Gesprächen verfolgt, und wie bewerten Sie die Entscheidung, in Baden-Württemberg mehrere Filialen zu schließen?

Darüber hinaus würden wir gern wissen, ob aus Sicht der Landesregierung die Chance besteht, Schließungen einzelner Filialen zu verhindern und damit auch die Sicherstellung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten. Wenn ja: Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um die Schließungen abzuwenden, und welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung ungeachtet dessen, die Beschäftigten auch in dieser schwierigen Situation zu unterstützen?

Auf die Antworten sind wir gespannt.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe mit großer Sorge die Nachricht aufgenommen, dass in Baden-Württemberg fünf der insgesamt 21 Filialen von Kaufhof und Karstadt geschlossen werden sollen. Sie befinden sich in Bad Cannstatt, Göppingen, Leonberg, Mannheim und Singen. Von diesen Standortschließungen sind insgesamt 300 Beschäftigte bei uns in Baden-Württemberg betroffen. Hinzu kommen zwei Filialen von Karstadt Sports. Das sind in Stuttgart und Karlsruhe weitere rund 100 Beschäftigte, die dort von den Schließungen betroffen sind.

Bundesweit sollen – Herr Weirauch, Sie haben es ja schon angesprochen – 62 Standorte der GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH geschlossen werden. In der Presse war bereits von einem Kahlschlag die Rede.

Jeder Arbeitsplatz, der in Baden-Württemberg verloren geht, ist ein großer Verlust – natürlich für jeden einzelnen Betroffenen in besonderer Weise, aber auch für uns, das Land.

In der Konsequenz müssen wir negative Auswirkungen für die Beschäftigten und für die Situation in den Innenstädten befürchten; denn auch die Kommunen kommen auf uns zu. Ich habe deshalb die Geschäftsleitung von GALERIA Karstadt Kaufhof gebeten, die Schließungspläne noch einmal zu überprüfen, sozial verträgliche Lösungen für die Beschäftigten zu realisieren und ein Zukunftskonzept für die weiter bestehenden Warenhäuser zu erarbeiten.

Lassen Sie mich aber auf die Situation der Beschäftigten eingehen, die mir besonders wichtig ist. Wir haben zurzeit noch keine belastbaren Informationen, wie sich die Schließungen der Filialen im Einzelnen auf die Beschäftigten in Baden-Württemberg auswirken werden. Auf der Ebene des Gesamtbetriebsrats wurde nach unserem Kenntnisstand bezüglich der zu schließenden Standorte lange um ein Paket gerungen.

Der Kaufhauskonzern – so unser Informationsstand – hat am Ende wohl weniger Schließungen angekündigt als zunächst beabsichtigt – also auch ein Erfolg der Arbeitnehmervertreter, die sich hier unheimlich engagiert haben.

Die mir bislang bekannten Informationen ergeben für mich folgendes Bild: Soweit Kündigungen unvermeidbar sind, wurden mit den Betriebsräten Sozialpläne mit Abfindungsregelungen vereinbart. Zudem soll eine Transfergesellschaft gegründet werden, in der Betroffene für mindestens sechs Monate beschäftigt und weiterqualifiziert werden. Auch über die Entwicklung tragfähiger Zukunftskonzepte sollen entsprechende Tarifverträge vereinbart worden sein.

Mir ist es als Arbeitsministerin ein besonderes Anliegen, dass für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten neue Beschäftigungsperspektiven eröffnet werden und im Falle von Entlassungen ein Sozialplan erstellt wird. Ich weiß auch, dass ganz überwiegend Frauen betroffen sind. Viele von ihnen sind teilzeitbeschäftigt, viele von ihnen sind alleinerziehend, und viele von ihnen müssen mit einem geringen Einkommen zurechtkommen. Solche Schicksale gehen auch mir persönlich sehr nahe.

Eine Chance könnte darin bestehen, dass die Arbeitsverwaltung die ausscheidenden Kräfte, soweit irgend möglich, von der bisherigen Arbeit lückenlos in eine neue Arbeit mit Perspektive vermitteln kann oder dabei zumindest unterstützt. Die sogenannte Job-to-Job-Vermittlung der Arbeitsagenturen ist hier klar gefordert. Auch die Bildung von Transfergesellschaften mit einem zukunftsorientierten Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot, um den Menschen wieder eine Perspektive zu eröffnen, kann durch die Bundesagentur für Arbeit unterstützt werden.

Ich werde deshalb mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit sprechen, um für eine entsprechende Unterstützung durch die Agenturen vor Ort zu werben. Ich werde auch ein Gespräch mit ver.di und den Betriebsräten führen, um aus erster Hand zu hören, wo Unterstützung benötigt wird.

Der Staat wird – das muss man der Ehrlichkeit halber natürlich auch feststellen – in solchen Fällen nicht alles richten können. In erster Linie ist es auch die Aufgabe der Sozialpartner, bei solch existenziellen Krisen um gute Lösungen zu ringen. Am Ende muss eine vernünftige Balance zwischen den berechtigten Interessen der Belegschaften und den notwendigen Sanierungskonzepten zum Erhalt des Unternehmens gefun-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

den werden. Das Unternehmen befindet sich ja seit dem 1. April im sogenannten Schutzschirmverfahren. Dabei kann der Staat moderieren, der Staat kann vermitteln. Aber natürlich müssen im Kern die Lösungen auf der Ebene des Unternehmens durch die Sozialpartner gefunden werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben den Beschäftigten betrifft die Schließung der Standorte eben auch unsere Innenstädte sowie den lokalen Einzelhandel und damit natürlich grundsätzlich auch die Perspektiven für den Einzelhandel in Baden-Württemberg. Der Einzelhandel ist eine der wichtigsten und beschäftigungsintensivsten Branchen bei uns im Land: mehr als 300 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, ein Jahresumsatz von über 78 Milliarden €, also ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Die Branche befindet sich seit Langem in einem Strukturwandel – die Konkurrenz in den Einkaufs- und Fachmarktzentren, in den Gewerbegebieten, die dort neu entstanden sind, im ersten Schritt. Dann erschweren die sich immer schneller wandelnden Kundenbedürfnisse, die Konkurrenz durch Onlinehändler, durch Internetportale natürlich die Perspektiven in diesem Bereich. Die aktuellen Folgen der Coronakrise haben jetzt wie ein Katalysator in diese Situation hineingewirkt.

Betriebsschließungen, wie sie jetzt angekündigt wurden, werden auch erhebliche negative städtebauliche und wirtschaftliche Folgen für die Standortkommunen nach sich ziehen. Hier kann das Land im Bereich der Städtebauförderung unterstützen; denn die Kaufhäuser sind sogenannte Ankerbetriebe, Frequenzbringer auch für die Beschäftigten in den anderen Betrieben in diesen Innenstädten. Auch das haben wir im Blick.

Wir wollen hier – ich habe auch in der Koalition vorgeschlagen, die Städtebauförderung gerade jetzt in der Krise zu erhöhen – weiter unterstützen. Über die Betroffenheit der jetzt konkret in Gefahr befindlichen Beschäftigten hinaus denken wir hier eben schon an weitere Arbeitsplätze in unseren Innenstädten.

Auch die Digitalisierung spielt eine große Rolle. Auch hier wollen wir den Einzelhandel wieder stärker unterstützen. Ich bin ja auch mit dem Handel über den Dialog „Handel 2030“ im Austausch, um die Betriebe und die Beschäftigten zu begleiten. Digital Hubs, Digitalisierungsprämie, Digitallotsen sollen hier genannt sein.

Wir werden den Prozess eng begleiten – ich als Arbeitsministerin –, und wir werden alles, was in unserer Macht steht, tun, um zum Wohle der Menschen – der Beschäftigten, die direkt betroffen sind, aber eben auch der vielen Beschäftigten, die noch in Arbeit sind – zu unterstützen. Das haben wir ebenfalls im Blick. Deshalb, Stichwort Zukunftskonzept: GALERIA Karstadt Kaufhof ist nach wie vor ein wichtiger Arbeitgeber bei uns im Land. Sie sehen, wir haben hier auch die Perspektive geweitet und versuchen, das zu tun, was wir, das Land, machen können.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Herr Abg. Dr. Weirauch, Sie haben das Wort für die nächste Frage.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielen Dank. – Ich habe eine Nachfrage. Ich habe schon erläutert, dass nicht so ganz klar

ist, warum welche Filiale geschlossen wird. Die Beschäftigten wissen nicht, warum es gerade ihre Filiale getroffen hat. Denn die Zahlen für diese Filiale geben nicht her, dass man gerade diese Filiale schließen muss, wenn man die Entscheidung rein nach betriebswirtschaftlichen Erwägungen trifft.

Ich möchte gern wissen, ob Sie oder Ihr Haus wissen, aufgrund welcher Parameter eine Filiale geschlossen wird, ob es ein Muster gibt. Es gäbe ja z. B. auch die Überlegung, zu sagen: Das sind Immobilien, die über einen Mietvertrag mit GALERIA Karstadt Kaufhof verbunden sind, die aber gleichwohl dem Konzern bzw. den entsprechenden Eignern des Konzerns gehören. Die betreffenden Filialen werden beispielsweise deswegen geschlossen, damit man die Immobilien meistbietend verkaufen kann. Dieses Muster erkenne ich bei den Filialschließungen in Baden-Württemberg nicht durchgehend.

Daher meine Frage: Erkennen Sie ein Muster, oder sehen Sie Parameter für die Schließungen? Sind die Ihrem Haus und Ihnen bekannt? Haben Sie Vermutungen, die entsprechend belastbar sind, die Sie uns heute hier kundtun können? Das würde ich von Ihnen gern wissen.

Ich habe noch eine zweite Frage, wenn Sie erlauben. Ich weiß nicht, ob Sie diese beantworten können bzw. dürfen. Die zweite Frage ist, ob der Konzern GALERIA Karstadt Kaufhof vom Staat Unterstützungsleistungen jeglicher Art im Zuge der Coronahilfsmaßnahmen bekommen hat. Das möchte ich gern noch von Ihnen wissen.

Vielen Dank.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Herr Weirauch, vielen Dank für die Frage. Ich habe aufgrund des Wechsels die Geschäftsleitung angeschrieben. Der Firmensitz ist in Nordrhein-Westfalen. Ich habe Herrn Müllenbach, CFO, angeschrieben. Ich bin mit Herrn Gross in Kontakt.

Am Freitag letzter Woche wurde die Entscheidung bekannt gegeben. Erst dann konnten wir auf die Personen zugehen und Gespräche anbieten. Ich bin mit Herrn Gross gerade in einer Terminabstimmung und werde mit ihm das weitere Vorgehen besprechen, ob ich jetzt mit einzelnen Betriebsräten ins Gespräch gehen soll oder ob wir das gemeinsam auch mit den Geschäftsführungen machen. Das ist gerade in Vorbereitung, da sind wir dran. Ich werde das auch weitertreiben und diese Fragen stellen. Das ist gar kein Thema.

Denn, wie gesagt, jeder Arbeitsplatz in Baden-Württemberg, der verloren geht, ist für die Gesellschaft ein großer Verlust. Ich habe die Bedeutung noch einmal deutlich gemacht. Gerade der Einzelhandel ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unser Land und ein wichtiger Arbeitgeber für die Menschen bei uns im Land. Deswegen denken wir auch darüber hinaus an Zukunftskonzepte für die bestehenden Standorte und daran, inwieweit wir die Beschäftigten auch in den Transfergesellschaften – ich werde auch ein Gespräch mit der Agentur für Arbeit führen – unterstützen können.

Heute ist Mittwoch. Wir sind noch in den Terminabstimmungen. Die Ereignisse haben sich natürlich überschlagen. Ich weiß, dass die Betroffenen schnell Sicherheit haben wollen. In erster Linie sind die Sozialpartner vor Ort verantwortlich

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

– keine Frage. Ich habe deutlich gemacht: Wir können moderieren, wir können vermitteln. Da werde ich mich auch einbringen.

Über staatliche Hilfen kann ich im Moment keine Aussagen treffen. Aber ich kann Ihnen gern nachliefern, inwieweit vom Land gewährte Mittel in Anspruch genommen worden sind.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Okay!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Fragen.

Doch. Herr Abg. Born, Sie haben das Wort.

Abg. Daniel Born SPD: Vielen Dank. – Frau Ministerin, ich habe noch eine Nachfrage. Sie haben den Hertie-Effekt angesprochen – auch wenn es Hertie nicht mehr gibt. Diese Filialen sind eben auch Ankerpunkte in den Innenstädten. Die GALERIA-Kaufhäuser erfüllen mit ihrem Sortiment teilweise die Funktion der Sortimentsgestaltungen, die man dort gar nicht mehr findet – gerade in bestimmten Bereichen, was Haushaltswaren angeht und Ähnliches.

Sie sagen, Sie sehen das als ein städtebauliches Thema. Sehen Sie hier spezielle Programme oder spezielle Lösungen vor? Sind Sie mit den Kommunen darüber im Gespräch, wie verhindert werden kann, dass ein Trading-down-Effekt entsteht, dass am Schluss in diese Einrichtungen nicht Läden, Kasinos oder Ähnliches kommen, was letztendlich weder der Innenstadt noch den Menschen, die dort einkaufen wollen, noch den Beschäftigten hilft?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Herr Born, Sie kennen ja die Städtebauförderung. Das ist ein sehr flexibel einsetzbares Instrument zur Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung in den Kommunen auf der Basis der Konzepte, die die Kommunen einreichen. Natürlich gibt es hier einen intensiven Abstimmungsprozess auch mit dem Land. Hier wollen wir unterstützen; das ist gar keine Frage. Wir haben das im Blick.

Wir kennen ja die betroffenen Standorte erst seit vergangener Freitag. Es werden ja auch noch weitere Gespräche geführt. Sobald wir hier eine konkrete Entscheidungssituation haben, werden wir natürlich mit den Kommunen diesbezüglich ebenfalls Gespräche führen, bzw. die Kommunen kommen ja auch auf uns zu; deswegen habe ich es heute auch extra angesprochen.

Attraktive Innenstädte sind mir ein großes Anliegen. Wir haben gesehen, was in Stuttgart am vergangenen Wochenende passiert ist. Ich denke, es ist ein wichtiger Punkt, die Attraktivität unserer Innenstädte zu erhalten, auch um des gesellschaftlichen Friedens willen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Damit ist das Thema abgearbeitet.

Wir warten noch, bis das Redepult desinfiziert ist.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

– Vielen Dank. – Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der CDU-Fraktion:

Stärkung des Rechtsstaats

Ich erteile das Wort Herrn Abg. von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Landeshauptstadt Stuttgart hat am vergangenen Wochenende Ausschreitungen unvorstellbaren Ausmaßes erlebt. Dieser Gewaltexzess hat uns erschreckt und kann natürlich nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Wir müssen den Rechtsstaat stärken; da sind wir uns einig. In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung, vertreten durch Minister Wolf: Wie wollen Sie mit dem beschleunigten Verfahren diesem Ziel näherkommen? Mehr als die Hälfte der am vergangenen Wochenende festgenommenen Personen sind jünger als 21 Jahre. Wie wollen Sie gegebenenfalls gegen diese Jugendkriminalität vorgehen? Können möglicherweise Häuser des Jugendrechts in dieser Richtung einen positiven Beitrag leisten? Und wie fördert die Landesregierung das Verständnis für unseren Rechtsstaat bei den Schu- len?

Herzlichen Dank schon mal vorab für den Versuch einer entsprechenden Beantwortung.

Danke schön.

(Das Redepult wird desinfiziert. – Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Es bleibt ja in der Fraktion! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜ- NE: Es gibt schlimmere Orte als ein Schloss, um in Quarantäne zu gehen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Wir halten uns natürlich an die Empfehlung des Robert Koch-Instituts.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ja, natürlich!)

Auch wenn der nächste Redner der gleichen Fraktion angehört, wird das Redepult schon noch gereinigt.

Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Wolf.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die Anfrage des Kollegen von Eyb auch als nachvollziehbare Reaktion auf die schlimmen Ereignisse des vergangenen Wochenendes hier in Stuttgart. Es ist ja heute auch im Innenausschuss durch den Kollegen Strobl schon vieles dazu berichtet worden.

Es ist richtig, dass sich die Landesregierung in diesem Zusammenhang auch ganz konkret mit den Herausforderungen mit Blick auf potenzielle Täterkreise – Jugendliche, Heranwachsende – befasst hat.

Wir hatten dazu gestern dem Landeskabinett auch eine Vorlage vorgelegt. Man muss allerdings hinzufügen: Auch wenn das Justizministerium dafür bekannt ist, schnell zu arbeiten, so war diese Kabinettsvorlage, die wir gestern vorgelegt haben, noch keine spontan erarbeitete Vorlage mit Blick auf die Ereignisse vom vergangenen Samstag. Vielmehr haben wir uns schon seit Wochen und Monaten mit diesen Fragen befasst. Sie erinnern sich: Auch die Gruppenvergewaltigung in

(Minister Guido Wolf)

Freiburg hat damals einerseits zu sehr markigen Worten auch von Repräsentanten der Landesregierung geführt und andererseits zu ganz konkreten Überlegungen, was man infolgedessen tun kann.

Das beschleunigte Verfahren ist ein Instrument der Strafprozessordnung, das man eigentlich schon heute verstärkt anwenden könnte. Insofern mögen Sie die Frage stellen: Was ist daran neu, um dies jetzt auch zum Gegenstand einer Kabinettsvorlage zu machen?

Das beschleunigte Verfahren wird in Baden-Württemberg bislang eher nachrangig genutzt. Wir hatten ja auch im Ständigen Ausschuss über die Frage diskutiert, Herr Kollege Dr. Weirauch: Was sind die möglichen Gründe hierfür?

Wir haben in Baden-Württemberg einen extrem hohen Anteil an Strafbefehlen. Aber es ist klar, dass ein tatsächlich durchgeführtes Verfahren eine ganz andere erzieherische Wirkung erzeugt. Deshalb wollen wir dieses Instrument verstärkt anwenden, und wir wollen die Gerichte vor Ort dadurch animieren, dies zu tun, dass wir auch zusätzliches Personal zur Verfügung stellen.

Wir haben drei Modellstandorte geschaffen. Jetzt, am 1. Juli, beginnt das Ganze in Stuttgart – insofern wirklich auch eine Punktlandung. Die Modellstandorte, die das Instrument nutzen, bekommen eine Stelle am zuständigen Amtsgericht und eine an der zuständigen Staatsanwaltschaft. Die gewonnenen Erfahrungen wollen wir nutzen, um dieses Instrument möglicherweise flächendeckend auf das Land auszurollen.

Das Prinzip ist, dass die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt. Wer morgens beim Klauen erwischt wird, soll dafür bereits am selben Tag auch rechtskräftig bestraft werden. Diese erzieherische Wirkung ist nicht zu unterschätzen.

(Beifall)

Kriminalität beginnt eben vielfach mit dieser Einstiegsriminalität. Insofern gilt das Prinzip: Wehret den Anfängen! Und da muss der Rechtsstaat auch wirksam durchgreifen.

Es ist angesprochen worden: Viele der potenziellen Täter vom vergangenen Samstag sind jünger als 21 Jahre. Deswegen liegt ein weiterer Fokus auf der Einrichtung von Häusern des Jugendrechts. Da war Stuttgart-Bad Cannstatt 1999 bundesweit Speerspitze. Es folgten 2012 Pforzheim/Enzkreis, 2015 Mannheim, 2017 Heilbronn, in diesem Jahr Ulm und Offenburg, und jetzt laufen Planungen für weitere Häuser des Jugendrechts in Karlsruhe, Villingen-Schwenningen und Ludwigsburg – eine enge Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Staatsanwaltschaft und Polizei, um auch bei diesem Täterkreis die Strafverfahren zu beschleunigen, um auch dort dem Prinzip „Der Tat muss die Strafe auf dem Fuße folgen“ Rechnung zu tragen.

Auch dort brauchen wir personelle Mehrkapazitäten – eine halbe Stelle bis eine ganze Stelle –, die wir den Regionen, die sich der Herausforderung stellen, geben wollen. Auch da gilt unser Prinzip, diese Idee auf das Land auszurollen.

Letzte Frage: ja, dem Rechtsstaat präventiv ein Gesicht geben. Da haben wir in diesem Jahr ein ganz ehrgeiziges Projekt geschaffen, um in die Schulen zu gehen und jungen Men-

schen rechtsstaatliche Prozesse – gespielt nachempfunden – näherzubringen. Kurze Zeit, nachdem wir mit dem Projekt sehr erfolgreich gestartet sind, kam die Coronakrise. Deswegen ruht das Projekt seither. Wir werden es aber so schnell wie möglich, wenn es die Rahmenbedingungen wieder erlauben, in die Schulen zurückbringen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielen Dank, Herr Minister. Sie hatten gerade auf unsere Diskussion im Ständigen Ausschuss verwiesen. Ich meine, mich zu erinnern, dass Sie gesagt haben: „Das Modellprojekt startet am 1. Juni.“ Aber jetzt haben Sie „1. Juli“ gesagt.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: In Stuttgart.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: In Stuttgart, okay. Denn Sie hatten vorher –

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: In Freiburg ist es schon am 1. Juni gestartet.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Genau, okay – also am 1. Juli. Aber bis dahin ist es auch nicht mehr so lange. Da würden mich an dieser Stelle einmal die Festnahmen vom vergangenen Samstag bzw. die weiteren Festnahmen im Laufe dieser Woche interessieren. Ich bin da nicht ganz beim Kollegen von Eyb. Man kann ein beschleunigtes Verfahren nach § 417 StPO auch auf Heranwachsende anwenden, aber nicht für Jugendliche, also für Menschen unter 18 Jahren. Mich würde schon interessieren, ob nach jetzigem Kenntnisstand aus Ihrer Sicht das beschleunigte Verfahren bei den Menschen angewandt werden kann, die aufgrund der Gewaltexzesse am Samstag und Sonntag festgenommen worden sind.

Ab 1. Juli findet das Modellprojekt zum beschleunigten Verfahren auch in Stuttgart Anwendung. Sie haben gerade gesagt, in Baden-Württemberg sei es nicht so bekannt gewesen, dass es diesen Paragraphen in der Strafprozessordnung gibt, dass es aber perfekt wäre, wenn die beschleunigten Verfahren ab 1. Juli in Stuttgart angewandt werden dürften. Wenn es die Sachlage erlaubt, könnte man diese Verfahren in Stuttgart anwenden. Dazu hätte ich gern eine Aussage von Ihnen.

Sie haben gerade die geplanten neuen Häuser des Jugendrechts erwähnt. Dazu würde mich interessieren, ab wann man mit der Öffnung dieser Häuser rechnen kann. Muss man sich da noch mehrere Jahre gedulden, oder haben Sie die Öffnung dieser Häuser in Ihrem Zeitplan schon weit vorher terminiert?

Die letzte Frage noch ganz kurz in Bezug auf meine erste Frage: Wenn ich es richtig gesehen habe, gibt es auch in Stuttgart ein Haus des Jugendrechts. Haben Sie das Haus des Jugendrechts auch in die Aufklärung bzw. in die weiteren Ermittlungen bezüglich der Gewaltexzesse am vergangenen Samstag mit eingebunden?

Vielen Dank.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Weirauch, das sind jetzt natürlich einander überlagernde Prozesse. In Freiburg ist das beschleunigte Verfahren

(Minister Guido Wolf)

schon im Gange. Daher kommen vielleicht auch die unterschiedlichen Daten. Der Start des beschleunigten Verfahrens in Stuttgart ist zum 1. Juli vorgesehen. Zur Frage, inwieweit das unmittelbar bevorstehende beschleunigte Verfahren in Stuttgart für diese aktuellen Vorgänge vom vergangenen Samstag gilt, muss ich sagen: Das ist schon deshalb nicht mehr machbar, weil wir mit dem beschleunigten Verfahren erreichen wollen, dass etwas, was morgens passiert, noch am gleichen Tag geahndet wird.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Es würde schon innerhalb einer Woche reichen!)

– Innerhalb einer Woche würden wir auch schon als beschleunigt empfinden. Wenn das machbar ist, wenn sich das anbietet – ich will den beteiligten Einrichtungen und Personen nicht vorgreifen –, ist es schon unser Interesse, dass wir dieses beschleunigte Verfahren möglicherweise schon an diesem spektakulären Fall praktizieren, um zu zeigen, welches Potenzial in diesem beschleunigten Verfahren steckt.

Zu den Häusern des Jugendrechts. Ich hatte es angedeutet: In Stuttgart wurde 1999 das erste Haus des Jugendrechts errichtet. Ich bin mir sicher, dass wir das Haus des Jugendrechts in Stuttgart-Bad Cannstatt mit seinen Erfahrungen – bei den potenziellen Straftätern sind bereits 14- bis 15-Jährige im Blick – mit einbeziehen werden.

Sie haben gefragt, wann mit dem Start der weiteren Häuser des Jugendrechts gerechnet werden kann. Ich wäre gern bei den Startschüssen in Ulm und in Offenburg dabei gewesen. In diesem Jahr ist zwar alles begonnen worden, aber es konnten coronabedingt keine Auftaktveranstaltungen in größerem Rahmen stattfinden.

Die Planungen für Karlsruhe, Villingen-Schwenningen und Ludwigsburg sind alle sehr konkret. Das heißt, dass die beteiligten Stellen – Jugendamt, Polizei und Staatsanwaltschaft – ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt haben. Damit verbunden ist auch, das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen. Meist klemmt es am Ende an den geeigneten Räumlichkeiten. Ich gehe aber davon aus, dass wir in allen drei Fällen gegebenenfalls noch in dieser Legislaturperiode an den Start gehen können. Ich will die angesprochenen Vorgänge zum Anlass nehmen, zu animieren, auch andernorts über die Einrichtung solcher Häuser konkret nachzudenken.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Herr Minister Wolf, ich habe eine ergänzende Frage. Das beschleunigte Verfahren ist sicherlich ein sehr guter Schritt. Ich bin auch froh, dass wir in Stuttgart mit einem Modellprojekt starten.

Sie sagten, das Prinzip heißt: Die Strafe folgt unmittelbar auf die Tat. Wir haben es hier auch mit 14- bis 18-Jährigen zu tun. Inwieweit gibt es da beim Straftatbestand oder beim Strafmaß, das verhängt wird, Änderungen? Gibt es da im Zuge dieser Ideen des beschleunigten Verfahrens – spürbar muss dann auch etwas passieren – entsprechende Veränderungen gegenüber dem bisher bestehenden Recht?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Es ist eben vor allem eine Veränderung im Ablauf, in der Abwicklung,

und deswegen wird auch das zusätzliche Personal gewährt. Innerhalb eines Tages eine Straftat zu ermitteln, sie durch die Staatsanwaltschaft zur Anklage zu bringen und dann seitens des Gerichts den Termin anzuberaumen und durchzuführen und damit zu einer Verurteilung bis zur Rechtskraft zu kommen, das ist schon ein Mehraufwand, den wir eben durch personelle Zuwächse unterstreichen.

Das beschleunigte Verfahren kann nicht auf Minderjährige angewendet werden. Da haben wir das Instrument des Hauses des Jugendrechts. Da gibt es klare Vorgaben und Differenzierungen. Insofern ist es, glaube ich, notwendig, den gesamten Instrumentenkasten zu bespielen, um alle Tätergruppen in ihrem jeweiligen Lebensalter damit auch zu erreichen.

Das Grundprinzip, das dahinter steckt, ist einfach: Beschleunigung, schnellere Bestrafung und damit ein höherer erzieherischer Effekt.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Fink, Sie haben das Wort, um Ihre Frage zu stellen.

(Zurufe: Weber!)

Abg. Jonas Weber SPD: Ich schätze den Kollegen Fink zwar sehr, aber ich bin immer noch Kollege Weber. Kein Problem.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sehr geehrter Herr Minister, ich habe zwei Fragen, die mir auf der Seele brennen.

Das eine Thema ist schon angesprochen worden. Das Thema „Beschleunigte Verfahren“ haben wir als einen Punkt aus der Debatte von vor zwei Jahren um die Studie zur Paralleljustiz herausgegriffen. Mich würde interessieren, was Sie da an weiteren Punkten entnehmen wollen, weil wir ja die Strukturen gesehen haben, die ganz offensichtlich staatliche Regeln nicht anerkennen, die sich sehr breit über ganz verschiedene Bevölkerungsgruppen erstrecken.

Die zweite Frage, die mir und uns auf dem Herzen liegt, betrifft das Thema „Beauftragter für die Opfer von Terrorverbrechen und anderen Verbrechen“. Wir haben in der Stuttgarter Innenstadt am Wochenende natürlich Täter, aber auch Opfer gesehen. Da würde mich sehr interessieren, wie weit wir da mit der Planung der Einrichtung der Beauftragtenstelle sind.

Vielen Dank.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Sie sprechen noch einmal die damalige Studie zur Paralleljustiz an. Ich muss einräumen: Vieles von dem, was in der angesprochenen Kabinettsvorlage drinsteckt, ist auch eine Folge der damaligen Befunde. Keine Reaktion für sich gesehen ist ein Allheilmittel; das wissen wir auch. Aber es ist eine Bandbreite von Maßnahmen, um frühzeitig diese Strukturen aufzubrechen.

Was die Studie zur Paralleljustiz angeht, waren wir damals auch der Annahme, dass es klug ist, frühzeitig mit verstärktem Rechtskundeunterricht, mit verstärkten Maßnahmen zur Weiterbildung über Strukturen des Rechtsstaats auch in die Schulen zu gehen. Bemerkenswerterweise haben wir das ja begonnen als Antwort auf Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind und von denen wir einfordern, dass sie den Rechtsstaat

(Minister Guido Wolf)

achten. Da war es auch wichtig, ihnen die Rahmenbedingungen unseres Rechtsstaats darzulegen. Da kam die Erkenntnis: Es ist auch sinnvoll, das in den Schulen zu tun und damit die Schüler frühzeitig präventiv mit den Rahmenbedingungen des Rechtsstaats zu konfrontieren.

Was war Ihre zweite Frage?

(Abg. Jonas Weber SPD: Beauftragter für die Opfer!)

– Beauftragter für Opferschutz. Ja, diese Kabinettsvorlage ist in der finalen Abstimmung. Sie wurde in den Koalitionsfraktionen behandelt und ist in der Ressortabstimmung. Ich habe vorhin die Einladung für die Kabinettsitzung in der nächsten Woche bekommen, und da steht diese Kabinettsvorlage auf der Tagesordnung, sodass ich davon ausgehe, dass wir in Kürze auch beschließen können, um die Einrichtung des Opferschutzbeauftragten zu schaffen – ausgehend von den Großschadenslagen, von den Terroranschlägen, aber eben auch nicht darauf reduziert.

Es soll dem Opfer letztlich erspart bleiben, Klinken putzen zu müssen und von einer zur nächsten Einrichtung zu laufen, sondern ihm soll ermöglicht werden, einen Erstansprechpartner zu haben, der auch weitervermitteln kann. Damit wollen wir jetzt zügig an den Start gehen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Herr Abg. Weber, Sie haben das Wort.

Abg. Jonas Weber SPD: Danke schön. – Ich möchte nur ganz kurz nachfragen, Herr Minister. Ich freue mich ja, dass das in den Regierungsfractionen angekommen ist. Aber meines Erachtens gab es dazu einen gemeinsamen Entschließungsantrag und einen gemeinsamen Haushaltsantrag von vier Fraktionen hier im Landtag. Zumindest für meine Fraktion kann ich jedoch nicht bestätigen, dass in der Fraktion die Information zur Ausgestaltung der Beauftragtenstelle angekommen wäre. Wenn es möglich wäre, dass die Regierung und die Regierungsfractionen uns in dem Prozess beteiligen, würden wir uns an dieser Stelle sehr freuen – um das an dieser Stelle auch leicht kritisch anzumerken.

(Vereinzelt Beifall)

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Das ist völlig korrekt. Ich erinnere mich an diesen gemeinsamen Antrag. Das ist so. Ich bin mir aber ganz sicher, dass wir umfassend das umgesetzt haben, was auch Sie mit Blick auf eine solche Opferschutzstelle im Auge haben und was Sie auch durch Ihren politischen Impuls realisiert wissen wollen. Aber ich will Sie da gern schnellstmöglich auch mit den Inhalten dieser Vorlage konfrontieren.

(Abg. Jonas Weber SPD: Danke schön!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist auch dieses Thema abgearbeitet und Punkt 4 unserer Tagesordnung insgesamt erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes – Drucksache 16/8038

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 16/8161

Berichterstatter: Abg. Reinhold Gall

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf zeigt, dass die Regierungskoalition mit ihren Vorstellungen eines zukunftsgerichteten Wildtiermanagements auf dem richtigen Weg ist. Zwei Änderungen haben wir nach der Verbändeanhörung gemeinsam mit der CDU noch eingebracht.

Das ist zum einen das Verbot der Bewegungsjagd zwischen Februar und September. Es ist bereits jetzt jagdliche Praxis und stellt zudem den Tierschutz in der Setz- und Aufzuchtzeit in den Vordergrund. Dies ist uns Grünen ein sehr wichtiges Anliegen.

Dem Änderungswunsch der CDU in § 36 haben wir ebenfalls Rechnung getragen, da er Rechtssicherheit für die Jagdausübungsberechtigten schafft, indem im Gesetzestext klargestellt wird, dass Dritte ausschließlich im Seuchenfall zur Jagd hinzugezogen werden dürfen.

Auch wenn wir mit einigen der vorliegenden Änderungen den Koalitionsvertrag umsetzen, betone ich ausdrücklich noch einmal, dass wesentliche Änderungen des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse des Wildtierberichts entstanden sind. Genau das ist die große Stärke dieses Gesetzes.

(Beifall)

Dem Wildtierbericht und somit auch den Wildtierbeauftragten kommt eine Schlüsselrolle im modernen Wildtiermanagement zu. Darum ist es folgerichtig, dass diese zukünftig in jedem Landkreis verpflichtend eingestellt werden müssen.

Die Einführung des Stadtjägers und die Verschiebung der allgemeinen Schonzeit basieren ebenfalls auf Empfehlungen des Wildtierberichts. Darum lehnen wir den Änderungsantrag der FDP/DVP klar ab.

(Beifall)

Auch in Zukunft werden wir wissenschaftliche Grundlagen für Gesetzesänderungen heranziehen und dabei nicht überholten, traditionellen Vorstellungen des Waidwerks nachhängen.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns sicherlich weiterhin mit der Frage nach dem richtigen Umgang mit dem Wolf und der Anpassung der Jagdzeit von Rehwild beschäftigen. Hier wird uns die Wissenschaft zu gegebener Zeit Daten liefern und wird Handlungsbedarf signalisieren. Anpassungen im Gesetz sind also dann denkbar, wenn die Ergebnisse des Wildtierberichts diese implizieren. Der nächste Wildtierbericht, meine Damen und Herren, wird uns nächstes Jahr

(Reinhold Pix)

vorgelegt. Auch da wird sich dann zeigen, ob es Reformbedarf geben wird.

Die wichtigste Stellschraube bei der erfolgreichen Rehwildbejagung sehen wir jedoch nicht in den Jagdzeiten an sich. Vielmehr ist eine intelligente Organisation für eine effektive Jagd insgesamt entscheidend. Dazu gehört z. B. eine Kombination aus intensiven Intervalljagden und Jagdruhezeiten.

Durch die Erweiterung der zulässigen Patronenzahl von drei auf fünf bei halbautomatischen Waffen kann besonders die Effektivität bei Bewegungsjagden gesteigert werden.

Wir sehen auch die Jägerschaft in der Verantwortung, ihren Beitrag für die Erhaltung unserer geschädigten Wälder zu leisten. Denn von Dürre, Sturm und Borkenkäfern zerstörte Wälder lassen sich nur dann neu begründen, wenn flächendeckend die Wildbestände nicht so hoch sind. Hier ist echte waidmännische Kompetenz gefragt.

(Beifall)

Die Zeiten, in denen in teuren Verbissschutz investiert wurde, sind hoffentlich vorbei. Das Geld wird in der Forstwirtschaft dringend für wichtigere Maßnahmen benötigt. Mittelfristig fordern wir angepasste Schalenwildbestände als Voraussetzung für die staatliche Förderung von Aufforstungen.

Unser Wald, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in einer dramatischen Situation. Bei der Erhaltung dieses wichtigen und einzigartigen Ökosystems und Lebensraums für Wildtiere müssen wir alle an einem Strang ziehen. Hier zählen wir ganz besonders auf die Jägerschaft.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Coronakrise hat den Druck auf unsere Wälder zusätzlich verstärkt. Das Ausflugsziel Wald hat plötzlich für viele Menschen einen ganz neuen Stellenwert. Mountainbikefahren und Wandern florieren in den letzten Monaten in einem nie da gewesenen Ausmaß. Auf Waldlehrpfaden, wo sich in normalen Zeiten am Wochenende eine Handvoll Familien tummeln, gleicht der Wald nun fast einem Freizeitpark. Der Druck auf die Natur und die Wildtiere nimmt unweigerlich zu.

Mehr denn je brauchen wir geeignete Konzepte und tragfähige Lösungen, um Konflikte zu minimieren, alle Nutzungsinteressen unter einen Hut zu bringen und dem Wild genügend Rückzugsräume zu bieten. Auch hier werden die Jäger als wichtige Fürsprecher für die Wildtiere mehr denn je gebraucht.

(Beifall – Zuruf: Punktlandung!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Kollege Hagel. Er hat einen weiten Weg und macht sich schon einmal auf die Socken.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Manuel Hagel CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Jagd ist so alt wie die Menschheit selbst. Das kann man bei uns, Karl-Wilhelm Röhm, daheim auf der Alb sehr eindrücklich besichtigen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

wo unlängst die Eiszeithöhlen zum Weltkulturerbe ernannt worden sind. Fünf von sechs Höhlen sind bei uns im Alb-Donau-Kreis. Der Löwenmensch, eines der ältesten Fundstücke der Menschheit, zeigt sehr eindrücklich, dass sich der Mensch schon sehr früh mit der Jagd beschäftigt hat. Jagd ist für uns in Baden-Württemberg also auch Kulturgut.

Wir alle wissen nicht erst seit den Debatten der letzten Wochen, dass wir diese Kulturgüter pflegen müssen. Auch die Hitzigkeit so mancher Debatte in diesem Hohen Haus zeigt uns, dass dem einen oder anderen der Sommerurlaub ganz guttun wird. Da kann ich nur jeden einladen, diesen im Alb-Donau-Kreis zu verbringen.

(Zuruf: Bravo!)

Die Beratung der Novelle am 7. Mai in diesem Hohen Haus war sehr sachlich. Die Anhörung hat viele gute Kritikpunkte, vor allem auch der Jagdverbände, zutage gefördert. Sie sind vorgetragen worden und sind jetzt im laufenden Verfahren auch übernommen worden.

Ich finde, das JWMG, wie es jetzt vorliegt, ist ein sehr guter Kompromiss. Es bringt mit der Schadensvorsorge die unterschiedlichen Anforderungen eines Flächenlands wie Baden-Württemberg in Einklang getreu dem Motto: Schaden verhüten ist besser als Schaden vergüten.

Die jüngste Änderung von § 4 des ForstBW-Gesetzes, durch die jetzt für die Förster in Baden-Württemberg die Jagd auch zur Dienstpflicht geworden ist und die Gebührenfrage einer Regelung zugeführt wird, zeigt, dass Wald und Wild in Einklang gesehen werden und nicht im Widerspruch. Sehr geehrter Herr Minister Peter Hauk, dafür sage ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern im Namen der CDU-Fraktion herzlichen Dank.

(Beifall)

Aber eine Sache – das sage ich ganz offen – macht mir etwas Sorge. Das Anhörungsverfahren wurde – wie die letzten Anhörungsverfahren auch – über das Beteiligungsportal des Landes Baden-Württemberg vorgenommen, also online im Netz. 25 Kommentare gab es, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger zu dieser Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes zu Wort gemeldet haben. Im Grunde war der traurige Tenor: Jagd sollte doch am besten verboten werden. Ich muss als Jäger ganz offen sagen: Das hat mich schon etwas beschäftigt. Denn diese pauschale Verurteilung der Jägerschaft, dieses pauschale Bild von Jägerinnen und Jägern in Baden-Württemberg wird der Sache und der Arbeit der Jägerinnen und Jäger nicht gerecht.

(Beifall)

Daher möchte ich mich heute in der zur Verfügung stehenden Zeit auch damit auseinandersetzen. Denn so muss Politik doch sein, dass man die Meinung der anderen Seite auch wertschätzt.

Warum ist es so, woher kann das kommen, dass genau diese Gesinnung in weiten Teilen der Gesellschaft vorherrscht? Ich glaube, dass es im Wesentlichen damit zu tun hat, dass in weiten Teilen gar nicht verstanden wird, was dieses altherwürdige Handwerk der Jägerschaft tut. Darum möchte ich heute an dieser Stelle für dieses Handwerk der Jägerschaft werben.

(Manuel Hagel)

Denn es ist eine harte und wichtige Arbeit. Ich kann nur sagen: Wer schon einmal einen Maisacker eingezäunt hat, um ihn vor Schwarzwild zu schützen, wer sieht, was zum Teil Rehwild an Schäden verursacht, an Aufforstungen notwendig macht oder an jungen Bäumen anrichtet, der weiß, was dort tagtäglich geleistet wird.

Was wäre der Wald ohne einen intakten und der Landschaft angepassten Wildbestand? Er wäre wie eine Wanderung ohne Rast oder eine Rast ohne eine Holzbank. Es sind die Jägerinnen und Jäger in Baden-Württemberg, die diesen Einklang aus Landwirtschaft, aus Forst und aus Wild schaffen und dieses Naturphänomen bei uns im Gleichgewicht halten. Sie sorgen mit den Bauernfamilien für eine intakte Kulturlandschaft bei uns in Baden-Württemberg.

Deshalb möchte ich ganz offen sagen: Kein Jäger macht das, um Geld zu verdienen, sondern die Jagd kostet Geld. Die Jägerinnen und Jäger sind in Baden-Württemberg unterwegs, weil sie die Natur lieben, weil sie das Wild und die Tiere achten und vor allem weil sie sich gesellschaftlich einbringen wollen. Gerade in dieser Zeit entdecken viele Menschen wieder mehr unsere heimische Natur und auch die regionalen Lebensmittel. In den Städten wird die Suche nach Schrebergärten immer größer. Ich wünsche mir, dass wir alle das zum Anlass nehmen, um unser eigenes Verhältnis zur Natur und zu Geschöpfen zu überdenken. Ich wünsche mir, dass wir die Jägerinnen und Jäger in Baden-Württemberg als das sehen, was sie sind: Tierschützer, Naturschützer und vor allem ehrbare Leute.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Gall, Sie sprechen für die SPD-Fraktion.

Abg. Reinhold Gall SPD: Werte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Das vorgelegte Jagd- und Wildtiermanagementgesetz beinhaltet – da wiederhole ich, was ich in der ersten Lesung schon gesagt habe – im Wesentlichen wirklich gute Änderungen und Ergänzungen, die wir inhaltlich mittragen, beispielsweise die Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels in unserer Region, dessen Folgen für die heimischen, aber auch für eingewanderte Tierarten und die hieraus resultierenden Erfordernisse und Notwendigkeiten im Bereich der Jagd.

Der Tatsache, dass sich Wildtiere inzwischen auch in unseren Städten heimisch fühlen, wird ebenfalls Rechnung getragen, beispielsweise durch die Einführung eines Stadtjägers oder einer Stadtjägerin.

Ausdrücklich begrüßen wir auch – weil wir uns davon viel versprechen – die Einführung eines digitalen Wildtierportals und einiges andere mehr. Vieles von dem, was vorgeschlagen wurde, wurde in den Anhörungen auch insgesamt als positiv bewertet.

Unsere Kritikpunkte sind jedoch bis auf eine Ausnahme geblieben. Die Ausnahme: Sie haben zwischen der ersten Lesung und heute – das finde ich ausgesprochen gut; es kommt ja nicht so häufig vor; das will ich einmal ausdrücklich sagen – Ihre ursprünglich verfassungsrechtlich bedenkliche Rege-

lung der Beauftragung Dritter entschärft; sie wurde, wenn man so will, minimiert auf die Tierseuchenbekämpfung. Das halten wir für absolut richtig.

Schwer tun wir uns aber nach wie vor mit der noch immer beabsichtigten Vorziehung der allgemeinen Wildruhe. Wir haben nach wie vor die Befürchtung, dass dies die Bejagung bzw. die Eindämmung invasiver, gebietsfremder Arten erschwert, obwohl es nach Europarecht den Auftrag gibt, dies umzusetzen. Das erschweren Sie nach unserem Dafürhalten mit diesem Gesetz.

Dass Sie nach wie vor eine gesetzliche Entschädigungsregelung für den durch den Luchs verursachten Schaden – nach meinem Kenntnisstand sind drei bis vier Luchse im Land nachgewiesen – vorsehen, sich aber beharrlich weigern, die gleiche Regelung auch für den Wolf anzuwenden – es tut mir wirklich leid –, ist meines Erachtens ziemlich kleinkariert, um nicht zu sagen, peinlich und einfach dem geschuldet, dass Sie sich diesbezüglich nicht einigen konnten.

(Beifall)

Völlig unverständlich ist, obwohl Sie darauf anscheinend noch richtig stolz sind, dass Sie entgegen dem erklärten Willen der Jägerschaft – dem ausdrücklich erklärten Willen der Jägerschaft – die Regelung zu den halbautomatischen Waffen verändern wollen. Die Jäger wollen ausdrücklich keine größere Magazinkapazität, weil sie befürchten – man kann es nachlesen, so wurde es formuliert –, dass dadurch mehr krank geschossenes Wild entsteht. Von Effektivität, Herr Pix, kann gar keine Rede sein. Ich weiß gar nicht, ob Ihre Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion wissen, was sie hiermit beschlossen haben, nämlich die halbautomatischen Waffen aufzumunitionieren – anders kann ich es gar nicht sagen.

(Zuruf)

Das will die Jägerschaft definitiv nicht. Sie hätten deshalb heute die Gelegenheit, einem vernünftigen Vorschlag der Jägerschaft zu folgen, unserem Antrag entsprechend stattzugeben und dadurch vielleicht unsere Zustimmung zu diesem Gesetz zu erreichen.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stein, Sie sind der nächste Redner.

Abg. Udo Stein AfD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute noch einmal die Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes auf der Tagesordnung. Ich möchte zunächst einmal auf die Stellungnahme des Landesjagdverbands eingehen. Daraus ergibt sich eine wichtige Erkenntnis: Herr Minister Hauk, Sie sind den Jägern und allen kompromissbereiten Teilnehmern der runden Tische im Herbst beim Thema Wildschäden in den Rücken gefallen. Der dort erzielte Kompromiss bei der Wildschadensregulierung und der Umkehr der Beweislast wurde von Ihnen geopfert, weil Sie dem Nachkarten einer Interessengruppe nachgegeben haben.

Da stellt sich die Frage: Wozu sollen sich Verbandsvertreter überhaupt an einen runden Tisch setzen, wenn der Minister wesentliche Einigungen vergisst oder unter dem Druck ein-

(Udo Stein)

zelter Interessengruppen über den Haufen wirft? So sieht vertrauensvolle Verbandsarbeit nicht aus, Herr Hauk.

Deshalb haben wir einen Änderungsantrag zum Schadensausgleich eingebracht, der genau diese Punkte noch einmal zur Abstimmung stellt. Wir sind aber noch etwas weiter gegangen und fordern, dass die Schäden durch den Luchs nicht nur bei den Weidetierhaltern, sondern auch bei den Revierinhabern erstattet werden können. Mit gutem Willen lässt sich das auch unbürokratisch regeln.

Unser Änderungsantrag soll ein Zeichen sein, dass die Jäger angesichts der Zunahme der Zahl großer Raubtiere nicht alleingelassen werden.

Der Institution des Stadtjägers stimmen wir grundsätzlich zu, doch fehlt im aktuellen Entwurf die Regelung zum Eigentums- und Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten. Stadtjäger ja, aber nicht, indem die grundsätzlichen Rechte des Jagdpächters verletzt werden.

Die Benachrichtigung der Polizei vor jedem Einsatz des Stadtjägers scheint eine weitere bürokratische Hürde ohne erkennbaren praktischen Nutzen zu sein. Das sehen wir ganz klar als eine offene Flanke, was dieses Thema angeht. Dies könnte den Stadtjäger von seinem notwendigen und nützlichen Tun abhalten oder ihn zumindest unnötig behindern.

Wir Jäger üben traditionell eine kluge Selbstbeschränkung und haben Verantwortungsbewusstsein bei der Ausübung des Privilegs, Waffen zu führen. Der Landesjagdverband stellt sich beim Widerstand gegen die Erhöhung der Schusszahl auf fünf Schuss aus halbautomatischen Waffen genau in diese Tradition.

Wir lehnen es ab, wenn die Jäger zu Erfüllungsgehilfen einer Denke „Wild gegen Wald“ herabgestuft werden sollen.

(Beifall)

Den Grünen und dem Ökologischen Jagdverband sei da ganz klar gesagt: Das schadet dem Ansehen der Jäger ungemein.

Der Minister hat in seiner Rede Anfang Mai davon gesprochen, Konflikte zu entschärfen. Deshalb sollte das sachlich gebotene Verbot von mehr als drei Schuss aus halbautomatischen Waffen bestehen bleiben.

(Zuruf)

Die Sorgfalt, der Respekt vor dem einzelnen Tier und die saubere Ansprache vor dem Schuss sind nicht durch höhere Magazinladungen und mehr Schüsse zu ersetzen.

Herr Pix, genau das, was ich das letzte Mal gesagt habe – man könne dies zwischen den Zeilen lesen –, haben Sie heute bestätigt. Es geht um einen Feldzug gegen das Rehwild. Diesen lehnen wir vehement ab. Das tragen wir nicht mit.

(Beifall)

Die Entrechtung des Jägers und des Revierinhabers setzt sich in § 36 fort. Der Jäger ist kein Erfüllungsgehilfe der unteren Jagdbehörde. Ich sehe es positiv, dass der Punkt, der die Dritten angeht, jetzt als nur bezogen auf den Seuchenfall geändert

wurde. Jäger und Revierinhaber handeln eigenverantwortlich, haben Rechte und Pflichten und füllen diese auch ordnungsgemäß aus.

Auf einen Punkt möchte ich noch ganz schnell eingehen: Beim Thema Wolf bin ich von der CDU enorm enttäuscht. Da hätte ich mir von Ihnen viel mehr erwartet. Da kann ich nur an unsere Forderung erinnern: Der Wolf muss ins Jagdrecht.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Stein.

Abg. Udo Stein AfD: Zum Schluss noch etwas zum Änderungsantrag der SPD: Warum soll man für einen Schaden aufkommen, wenn der Fall nicht dem Jagdrecht unterliegt, sondern dem Naturschutzrecht? Sollte der Wolf im Jagdrecht sein, hätten wir dem Antrag zugestimmt, aber so, Herr Gall, lehnen wir Ihren Antrag ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Hoher, ich darf Sie nach vorn bitten.

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits am 7. Mai an gleicher Stelle gesagt, begrüßen wir Liberalen grundsätzlich eine Novellierung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes.

Am 24. Juni fand hierzu eine Ausschussberatung statt. Zwei zusätzliche Anträge der Regierungskoalition wurden in den Ausschuss eingebracht und sind Bestandteil der heutigen Gesetzesvorlage. Natürlich haben die Änderungsanträge zum Teil ihre inhaltliche Berechtigung. Ich persönlich war nur verwundert, dass wir die Änderungsanträge abermals erst zehn Minuten vor Sitzungsbeginn bekommen haben.

Aber zurück zum Thema. Der Gesetzentwurf enthält durchaus gute, praktische und brauchbare Neuerungen, denen wir uns keineswegs verschließen. Viele Anpassungsempfehlungen etwa aus dem Wildtierbericht werden hier umgesetzt, die die Verwaltungspraxis verbessern können oder neuen Situationen geschuldet sind. So ist z. B. die Einführung des Wildtierportals aus unserer Sicht zeitgemäß. So sieht es auch der Landesjagdverband. Auch die Einführung der Stadtjäger, die künftig beraten sollen und die Jagd in befriedeten Bezirken ausüben dürfen, sehen wir positiv. Für dieses neue Instrument der Stadtjäger sind sicherlich noch Detailfragen zu klären.

Wir Liberalen sehen zwei zentrale Kritikpunkte im Gesetzentwurf. Punkt eins: Das Wildschadensersatzrecht soll geändert werden, um eine bessere Kommunikation der Beteiligten herzustellen und eine bessere Regelung des Ausgleichs herbeizuführen. Eine Beweislastregelung, wie es ein runder Tisch 2019 vorgeschlagen hat, finden wir jetzt leider nicht mehr in diesem Gesetzentwurf – zulasten der Jägerschaft, die nun prüfen muss, ob der Flächenbewirtschafter seinen Aufgaben gerecht geworden ist.

Punkt zwei ist die Verschiebung der Schonzeit um zwei Wochen nach vorn. Die geplante Verschiebung der Schonzeit wird vom Landesjagdverband und vom Landestierschutzverband

(Klaus Hoher)

ganz klar abgelehnt. Für uns steht seit vielen Jahren fest, dass sich die starre Jagdruhe im März und April nicht bewährt

(Beifall)

und dass wir diese durch artenbezogene Jagd- und Schonzeiten ersetzen wollen. Hierzu liegt Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Änderungsantrag vor, mit dem wir die Aufhebung der starren Schonzeit in § 41 Absatz 2 beantragen. Ich lade Sie ein, diesem Änderungsantrag zuzustimmen, da er fachlich geboten ist.

Mit der Kritik besonders vom Landesjagdverband wird deutlich, dass dieses Gesetz zwar sinnvolle Aspekte beinhaltet, aber auch Neuregelungen enthält, die für Betroffene so nicht tragbar sind. Die starre Regelung der Schonzeit hat sich generell nicht bewährt, egal, ob verschoben oder nicht. Sie sollte doch durch eine artenbezogene Jagd- und Schonzeit ersetzt werden. Die Jäger benötigen eine praxisgerechte Regelung. Ansonsten könnten wir dem Gesetzentwurf natürlich nicht zustimmen.

(Zuruf: Gut!)

Jetzt noch ein Wort zu Herrn Gall: Der Wolf ist leider nicht im Jagdrecht drin; deswegen kann man das an dieser Stelle auch nicht regeln. Deswegen fordern wir, die FDP/DVP, auch schon seit längerer Zeit, dass man den Wolf ins Jagdrecht aufnimmt. Dann könnte man das natürlich leicht im Jagdrecht regeln.

(Beifall)

Viele Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf vielleicht einmal darauf aufmerksam machen, dass die Tribüne uns mit einem ziemlichen Klangteppich überzieht. Das sackt alles nach hier unten.

(Zurufe)

Es wäre nett, wenn Sie die Gespräche dort oben einstellen würden.

Als Nächster hat dann Herr Minister Peter Hauk das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes, die wir heute durchführen, ist die zweite zugesagte Änderung dieses Gesetzes in dieser Legislaturperiode. Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode vonseiten der Koalition angekündigt, dass es in dieser Legislaturperiode nur schmale Änderungen geben wird.

Aber wir werden sicherlich in der nächsten Legislaturperiode – den Ausblick möchte ich jetzt noch nicht machen, den werde ich zum Schluss geben – eine größere Änderung vornehmen, wenn das Gesetz seinem Namen „Jagd- und Wildtiermanagementgesetz“ wirklich Rechnung tragen soll. Insofern belassen wir es jetzt bei den beiden kleinen Veränderungen, die

aber, glaube ich, für die jagdliche Praxis erhebliche Erleichterungen gebracht haben und noch bringen werden.

Heute liegt ein Gesetzentwurf vor, der erneut das moderne, wissensbasierte Jagdrecht fortentwickelt. Wir leben in einer Zeit, in der der Begriff „Fake News“ leider Gottes an Bedeutung gewonnen hat und in der die Verbreitung von Fake News von vielen auch kräftig praktiziert wird. Wir leben in einer Zeit, in der viele glauben, dass man sich Fachkenntnisse ausschließlich über Google und Facebook aneignen kann. Das ist aber – zumindest in der Jagd – nicht so.

Wir leben aber auch in einer Zeit, in der es noch Menschen gibt, die modernes Denken und gleichzeitig Tradition, Tierschutz und die Nutzung der natürlichen Ressourcen vereinbaren, nämlich die Jäger. Hier zählt die eigene Erfahrung und ein Blick über den Tellerrand. Für die wissenschaftliche Basis dient uns die Wildtierforschung. So sind wir in der Lage, das Jagdrecht faktenbasiert weiterzuentwickeln. Diese Fortentwicklung basiert eben auch auf dem in Baden-Württemberg erstmalig erstellten Wildtierbericht, der auf wissenschaftlich fundierten Erhebungen basiert und Empfehlungen für die Fortentwicklung des Jagdrechts gegeben hat. Diesen Empfehlungen folgen wir in dieser Novelle. So sind wir in der Lage, das Jagdrecht faktenbasiert weiterzuentwickeln.

Von vielen höre ich: Die Politik soll sich mehr an den Wissenschaftlern und an Fakten und weniger an Emotionen orientieren. Herr Stein, wenn Sie dem folgen würden, hätten Sie nicht das gefordert, was Sie vorhin gefordert haben.

(Beifall)

Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Tierschutz, Eigentum und das Gewinnen von gesunden Lebensmitteln, nämlich das heimische Wildbret – das alles sind Aspekte, die mit hineinspielen. Das gelingt uns mit dem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz.

Kollege Hagel hatte vorhin vollkommen recht, als er auf das Beteiligungsportal hingewiesen hat – wenige Anmerkungen, Gott sei Dank. Es gab zum Bereich Jagd in der Vergangenheit auch schon viele Shitstorms, vor allem von Veganern und extremen Vegetariern.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich möchte denen gar nicht absprechen, dass sie nach dieser Form leben wollen. Ich möchte aber kritisieren, wie militant sie zum Teil unterwegs sind und auch wie hetzerisch ihre Wortwahl ist. Ich sage das auch deshalb, weil ein Mitarbeiter von mir – das wusste ich gar nicht; er selbst hat mich darauf hingewiesen – eine Diplomarbeit zum Sprachgebrauch von Veganern und Vegetariern verfasst hat. Er hat festgestellt, dass dies mit den Extremen in den politischen Sektoren viel gemein habe, nämlich mit den extremen Linken und den extremen Rechten. Das hat schon ein Stück weit etwas zu bedeuten. Deshalb muss man auch davor warnen, damit man solchen extremen Agitatoren nicht auf den Leim geht.

Die Jagd ist nicht nur so alt wie die Menschheit, sondern die Jagd muss auch verantwortungsvoll praktiziert werden. Die Jagd ist noch immer die tierschutzgerechteste

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

(Minister Peter Hauk)

Möglichkeit, ein Wildtier vom Diesseits ins Jenseits zu befördern. Dies erst macht es möglich, ein Wildtier zu konsumieren. Viele vergessen manchmal, dass man lebende Tiere vorher töten muss, um am Ende genussvoll in ein Steak beißen zu können.

(Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir lassen uns den Appetit nicht verderben! – Unruhe)

– Keinesfalls, weder beim Rind noch beim Schwein oder Wildschwein, auch nicht beim Reh.

Deshalb, meine Damen und Herren, wird die Jagd auch in der Zukunft bedeutsam bleiben, weil sie das einzige Regulativ ist, in einer Kulturlandschaft das Gleichgewicht zwischen Wildtieren einerseits und der floristischen Natur andererseits zu bewahren. Eine andere Möglichkeit des Eingriffs haben wir nicht. Ansonsten würden sich Wildtiere explosionsartig vermehren. Das kann am Ende niemand wollen, und es würde auch zu einer Verfälschung der Soziokulturen von Pflanzen und Tieren führen. Dieses Ergebnis wäre widernatürlich. Diesem widernatürlichen Ergebnis kann man nur Einhalt gebieten, wenn man auch beherzt jagt.

Meine Damen und Herren, konkret soll die allgemeine Schonzeit um zwei Wochen vorverlegt werden. Mit der Vorverlegung werden wir auf die Veränderung der klimatischen Verhältnisse reagieren. Der Klimawandel hat die Wildtiere längst erreicht. Erfahrene Jäger – Herr Stein, Sie sind noch Jungjäger;

(Abg. Udo Stein AfD: Nein!)

Erfahrungen von früher haben Sie noch nicht – werden auch bemerkt haben, dass die Rehgeißen ihre Kitze mittlerweile schon Anfang Mai und nicht mehr erst ab Ende Mai setzen und man um den 10. Mai herum schon die ersten Kitze im Wald herumspringen sieht, was früher erst im Juni der Fall war.

Es ist augenfällig: Die allgemeine Vegetation verlagert sich zeitlich nach vorn; jeder Winzer weiß dies, jeder Landwirt weiß dies. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Wildtiere. Deshalb muss ein modernes Gesetz dem Klimawandel, wenn man so will, auch nachfolgen. Wer natürlich den Klimawandel negiert, der wird dafür auch keine Notwendigkeit sehen.

Eine aktuelle Analyse der seit vielen Jahren durch die Jägerschaft vorgenommenen Rehkitzmarkierungen zeigt, dass sich der Setzzeitpunkt weiter in Richtung Jahresanfang verschoben hat.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, Herr Abg. Stein würde gern eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ja, nachdem ich ihn angesprochen habe, lasse ich sie zu.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf die anderen Abgeordneten bitten, ihre Plätze einzunehmen.

Abg. Udo Stein AfD: Danke schön, Herr Hauk. Das ist sehr freundlich, dass Sie die Frage zulassen. – Trauen Sie mir nicht

zu, dass ich als Rehkitzretter, der in den letzten Wochen tagelang mit Drohnen unterwegs war, genau weiß, wann Rehkitze gesetzt werden und wann nicht? – So viel zur fachlichen Praxis.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ich traue Ihnen nur nicht zu, dass Sie die Entwicklung über Jahre hinweg beurteilen können, weil Sie noch gar nicht so lange jagdlich aktiv sind. Das war das Einzige, was ich mit dem Begriff Jungjäger gemeint habe – nicht, dass Sie das nicht wissen könnten; das können Sie wissen, natürlich. Aber es war halt vor 30 Jahren nicht so, dass es schon am 10. oder am 5. Mai Rehkitze gab, sondern das ist erst jetzt so. Das ist halt eine Folge des früher einsetzenden Vegetationsbeginns.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

Das gilt natürlich auch für andere Tierarten. Es gilt beispielsweise für Wasservögel, für den Feldhasen und die Graugans. Deshalb ist es folgerichtig, die Schonzeiten vorzuverlegen.

Ich will noch mal betonen: Damit ist nicht automatisch verbunden, dass die Jagdzeit für Rehwild vorverlegt wird. Wir werden die Jagdzeiten im Anschluss an die Novelle des JWMG neu justieren. Die Forschungseinrichtungen arbeiten dabei an einem Konzept. Vertrauen Sie darauf, dass alle Aspekte berücksichtigt werden, für das Schalenwild ebenso wie für das Raubwild.

Die Afrikanische Schweinepest ist durch die Coronapandemie verständlicherweise ein wenig aus dem medialen Interesse gerückt, jedoch ist klar: Ein Ausbruch der ASP würde uns hart treffen, gerade jetzt, da die Wirtschaft angeschlagen ist. Deshalb wird auch jedem Einzelnen viel abverlangt.

Wie werden die Menschen unter dem Eindruck der Coronapandemie reagieren, wenn es Betretungsverbote für ASP-Kernzonen gibt, wenn die Mastbetriebe schließen, wenn Wildschweinschutzzäune gebaut werden? Daher gilt umso mehr, dass alles Mögliche zur ASP-Prävention unternommen werden muss.

Der Gesetzentwurf enthält notwendige Regelungen zur Seuchenbekämpfung. Hier sind wir einmal mehr bundesweit Vorreiter. So ist die unmittelbare Bejagung durch Dritte ausdrücklich auf den Seuchenfall beschränkt, aber sie wird eben auch ausdrücklich erlaubt, wenn es notwendig werden würde. – Aber auch außerhalb der JWMG-Novelle will ich an Sie appellieren, die ASP nicht aus dem Auge zu verlieren.

Im Wildschadensersatzrecht wird der Grundstein für bessere Absprachen zwischen Jägern und Landwirten gelegt. Ebenso wie ich nichts von Debatten wie „Wild vor Wald“ oder „Wald vor Wild“ halte, halte ich auch nichts davon, Jagd und Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen. Ich bin zuversichtlich, dass insbesondere die Präventions- und Ausgleichssysteme eine weitere Möglichkeit bieten, gemeinsam Wildschäden zu verhüten. Ich glaube, es ist entscheidend wichtig, dass einerseits für die Landwirte die Hürde genommen wurde, Wildschäden geltend zu machen, ohne gleich vor Gericht ziehen zu müssen – der Gang vor Gericht ist ja schon eine Hürde, die mit Kosten, Zeit und Aufwand verbunden ist –, und es damit auch zur verpflichtenden Einschaltung des Wildschadenschät-

(Minister Peter Hauk)

zers kommt. Andererseits ist auch klar, dass Landwirte Obliegenheiten – so nennt sich das rechtstechnisch im Gesetz – zu erfüllen haben, damit ihre Flächen nicht wildschadensgeneigt sind. Und diese Obliegenheiten müssen sie auch erfüllen.

Ich halte den Kompromiss, der erzielt worden ist, für gut. Kompromisse leben auch davon, Herr Stein, dass sie sich über die Jahre weiterentwickeln und man nicht an einem Tag stehen bleibt und sagt: „Das ist der Kompromiss für alle Zeiten.“ Vielmehr wird das Ganze bei neuen Erkenntnissen auch weiter gelebt. Da geht es nicht um Worte des Landwirtschaftsministers, nicht um Worte des einen und Worte eines anderen Meisters. Vielmehr geht es darum, auf aktuelle Situationen hin im Gespräch eine Weiterentwicklung zu erzielen.

Das Thema Jagd bleibt am Ende gesellschaftsfähig. Auch sollten die an der Jagd Beteiligten – die Grundeigentümer, die Bewirtschafter und die Jäger, die ja meist auch nur Beliehene sind und keine direkten Grundeigentümerrechte haben –

(Zuruf)

miteinander im Gespräch bleiben. Ich glaube, das ist sehr gut gelöst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern: Die Änderungen, denen der Ausschuss mehrheitlich zugestimmt hat, sind wiederholt angesprochen worden. Ich werbe auch um die Zustimmung zu der ausgewogenen Änderung des JWMG.

Klimawandel und übertragbare Krankheiten sind auch in der Jagd leider heute noch tagesaktuelle Themen. Wir packen sie an; diese Landesregierung hat sie angepackt.

Dies wird wahrscheinlich die letzte JWMG-Novelle in dieser Legislaturperiode sein. Ich bin aber sicher, dass wir in diesem Landtag nicht das letzte Mal über das Jagdrecht diskutieren werden. Einer neuen Regierung, einer neuen Koalition bleibt vorbehalten, noch bessere Regelungen zu treffen. Ich kenne auch schon ein paar.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Zurufe)

Es wurde auch schon angesprochen. Herr Kollege Gall hat gefragt, warum der Luchs erwähnt worden sei, der Wolf aber nicht. Kollege Hoher hat die Antwort halb gegeben: weil der Wolf noch nicht im Jagdrecht verankert ist. Ich sage nur: Das ist eine Aufgabe. Wenn der Anspruch der alten Regierung, ein Wildtiermanagementgesetz zu gestalten, richtig gewesen sein soll, dann muss auch der Anspruch richtig sein, alle Wildtiere zu managen und nicht nur solche, die letztlich im Belieben des Naturschutzes stehen.

(Beifall)

Deshalb ist es notwendig –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, Herr Abg. Dr. Schweickert möchte gern eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ja.

(Zuruf: Sie hätten eine Mehrheit!)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Minister, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Wenn Sie so davon überzeugt sind, dass es Dinge gibt, die man eigentlich regeln sollte, und Sie so dahinterstehen, warum treffen Sie diese Regelungen dann nicht jetzt bei dieser Novelle, statt auf die nächste Legislaturperiode zu warten?

(Zurufe)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Ich bezweifle gar nicht, dass hier in diesem Haus eine Mehrheit vorhanden wäre.

(Heiterkeit)

Das will ich gar nicht bezweifeln. Aber wissen Sie, Herr Schweickert: Am Ende muss ein Land in der Summe gut regiert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Da reicht es nicht aus, sektoral zu sagen: „Wir brauchen das Jagdrecht dort, wo es besonders gut ist.“ Ich will auch eine gute Landwirtschaftspolitik machen. Ich will eine gute Verbraucher- und eine gute Schulpolitik etc. machen. Dazu brauchen Sie eine stabile Koalition. Das wissen Sie eigentlich auch. Deshalb brauchen Sie keine rhetorischen Fragen zu stellen.

(Beifall)

Deshalb entscheiden wir solche Dinge in guter Freundschaft, aber nicht in voller Einheit, sondern in dem Sinn, in dem man sich eben geeinigt hat. Wir haben uns ja geeinigt, und auch dieser Gesetzentwurf ist ein Einigungsgesetzentwurf. Das heißt nicht, dass man nicht überall noch ein bisschen mehr machen könnte. Das will ich nur ausdrücklich ankündigen. Deshalb bin ich überzeugt: Es wird nicht die letzte Änderung bleiben. Aber ich glaube, die Änderungen in dieser Legislaturperiode haben viel dazu beigetragen, dass die Jagd einfach praktikabel bleibt und dass die Jäger das tun können, was sie mit Leidenschaft tun, nämlich jagen, hegen, sich um die Natur und um ihren Bestand kümmern – aber auch beherzt schießen, wenn es sein muss.

Übrigens soll auch deshalb mit fünf Kugeln nacheinander im Halbautomaten geschossen werden dürfen, weil wir damit bereits existierendes bundesdeutsches Recht, das Ihre Partei, Herr Gall, auf Bundesebene im Waffenrecht mitgetragen hat, 1 : 1 übernehmen.

Wir wollen in dieser Frage keinen Flickenteppich. Der Jäger soll in Baden-Württemberg nicht für etwas strafbar gemacht werden, was in Hessen oder anderswo unter Umständen erlaubt ist. Waffenrechtliche Fragen sind immer mit einer hohen Sensibilität verbunden. Das wissen Sie selbst. Deswegen haben wir das Bundesrecht einfach nachvollzogen. Es war auch richtig und sinnvoll, dies zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Sehr gut! – Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Damit kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/8038. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses – –

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

– Herr Abg. Pix, ich darf um Ihre Aufmerksamkeit im Gesetzgebungsprozess dieses Hohen Hauses bitten.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Drucksache 16/8161. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit Änderungen im Artikel 1 zuzustimmen.

Ich rufe jetzt auf

Artikel 1

in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Bevor wir in die Abstimmung über die drei Änderungsanträge eintreten, muss ich noch einen Hinweis geben: Bei der Vorbereitung des Gesetzgebungsbeschlusses ist bei einer Verweisung in Artikel 1 Nummer 4 ein redaktionelles Versehen der Landesregierung aufgefallen, das noch korrigiert werden muss. Im zweiten Absatz von § 14 a muss der letzte Satz wie folgt lauten: „§ 15 Absatz 1 Satz 3 bleibt unberührt.“ Im Gesetzentwurf war fälschlicherweise auf Satz 2 verwiesen worden. Die Fraktionen wurden schon im Vorfeld der Plenarsitzung heute über die notwendige Änderung informiert. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass dies noch korrigiert wird. – Dem stimmen Sie zu, wie ich sehe.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Änderungsanträge; es sind einige. Ich beginne mit dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/8281-1, der die Aufhebung von Artikel 1 Nummer 8 mit Folgeänderungen verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/8281-3, abstimmen, der Änderungen von Artikel 1 Nummer 13 begehrt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der FDP/DVP zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt komme ich zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/8281-2, der Änderungen in Artikel 1 Nummer 18 fordert. Wer diesem Änderungsantrag der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt komme ich schließlich zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/8281-4, der die Neufassung von Nummer 18 und die Einfügung einer neuen Nummer 19 sowie die notwendigen Folgeänderungen begehrt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich schlage Ihnen jetzt vor, dass ich Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung insgesamt zur Abstimmung stelle. – Dem stimmen Sie zu. Wer also Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zum Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und Fraktion der CDU, Drucksache 16/8281-5, der die Einfügung eines neuen Artikels 2 und die notwendigen Folgeänderungen begehrt. Der neue Artikel 2 betrifft das ForstBW-Gesetz. Wer diesem Änderungsantrag der Regierungsfraktionen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Einfügung des neuen Artikels 2 mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 3 (neu)

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 24. Juni 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Nachdem mit Artikel 2 die Änderung des ForstBW-Gesetzes aufgenommen wurde, schlage ich vor,

die Überschrift

um die Änderung des ForstBW-Gesetzes zu ergänzen. Dann lautet die Überschrift, die erweitert wurde: „Gesetz zur Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes und des ForstBW-Gesetzes“. – Sie stimmen dieser Überschrift, die erweitert wurde, zu.

Nun kommen wir zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Enthaltungen? – Danke sehr. Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben damit Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs – Drucksache 16/8123

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr – Drucksache 16/8258

Berichterstatter: Abg. Martin Rivoir

(Unruhe)

– Wenn Sie mich noch hören, meine Damen und Herren, fahren wir fort.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion festgelegt. – Wenn wir uns ein bisschen disziplinierter als vorher daran halten, kommen wir auch schneller durch.

Es beginnt Frau Abg. Zimmer für die Grünen.

Abg. Elke Zimmer GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Pandemie ist nicht gerecht. Das haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten in vielen Bereichen leidvoll erfahren. Als Konsequenz daraus haben wir beispiellose Hilfspakete und Rettungsschirme aufgespannt. Denn es ist unsere Aufgabe, Härten in dieser Situation abzumildern und unverschuldete Notsituationen auszugleichen.

Auch der ÖPNV ist in eine solche unverschuldete Notsituation geraten. An dieser Stelle möchte ich den Verkehrsunternehmen meinen Dank aussprechen. Denn sie haben auch in Krisenzeiten mit aller Kraft versucht, ein Angebot an Bussen und Bahnen aufrechtzuerhalten, und das trotz Negativschlagzeilen in der Presse.

Frau Präsidentin, Sie erlauben, dass ich aus dem SPIEGEL zitiere:

In der Coronakrise gelten Busse und Bahnen als Risikogebiete.

Oder aus der „Tagesschau“:

Im Nahverkehr kann es zu Stoßzeiten eng werden wie in einer Disco.

(Zurufe)

Unsere Busse und Bahnen sind trotzdem gefahren. Danke für diesen Einsatz. Auch die Landesregierung lässt die Verkehrsbetriebe in dieser schwierigen Situation nicht im Regen stehen.

(Beifall)

Es freut mich sehr, dass unser Verkehrsminister Winfried Hermann sehr schnell gehandelt hat, um die Liquidität und die Handlungsfähigkeit der Verkehrsunternehmen in unserem Land sicherzustellen. Das war ein besonnenes Handeln zu einer Zeit, als sich die Bundesregierung quasi noch in Schockstarre befand und der Bundesverkehrsminister nicht einmal ansatzweise an einen Rettungsschirm für den öffentlichen Verkehr gedacht hat. Nun sind wir froh, dass sich die Bundesregierung vor 14 Tagen auch zu solch einem Rettungsschirm durchringen konnte.

Wir seitens des Landes haben bereits frühzeitig verschiedene Programme auf den Weg gebracht: zuerst die Entlastung der Elternanteile an den Schülertickets, damit diese Abos nicht gekündigt werden – fast 40 Millionen € –, dann der ÖPNV-Rettungsschirm über 200 Millionen € und der Rettungsschirm für Reisebusunternehmen mit nochmals 40 Millionen €. Denn die Sicherung und der Betrieb dieser systemrelevanten öffentlichen Personennahverkehre sind neben dem Bereich Gesundheit, einem leistungsfähigen Bildungsangebot, Abfallbeseitigung und Rettungsdiensten wichtige Bestandteile der Daseinsvorsorge, die die Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern bieten wollen und müssen.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und wird auch in Zukunft ein wichtiger Bestandteil im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Baden-Württemberg sein. Der Supermarkt, die Hausärztin, der Arbeitsplatz oder die Freizeiteinrichtung, dies alles soll auch mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein.

In den letzten Jahren haben wir in Baden-Württemberg in enger Abstimmung mit den Kommunen und Landkreisen den ÖPNV attraktiver gemacht und den Linienverkehr von Bussen und Bahnen massiv ausgebaut. Das ist Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, für Jung und Alt. Und es ist ein großer Schritt für den Klimaschutz in unserem Land.

(Beifall)

Wir brauchen den ÖPNV. Wir brauchen landesweit all die Unternehmerinnen und Unternehmer, die den ÖPNV bei uns auf der Straße und auf der Schiene aufrechterhalten. Denn neben der Coronakrise ist die Klimakrise die Herausforderung, der wir uns mit aller Kraft stellen müssen, um den zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Die Gestaltung des Wandels hin zu einer nachhaltigen Mobilität ist eine der zentralen Aufgaben für die Zukunft. Denn die Klimakrise macht keine Pause, nur weil gerade Corona ist.

(Zurufe)

Der ÖPNV war und ist ein wichtiger Beitrag, um die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Ach! – Unruhe)

Aber so sicher wir den ÖPNV auch gestalten – durch Taktung, durch Maskenpflicht und durch die Kontrolle der Hygienevorschriften –, er hat einen massiven Einbruch erlitten. Nach Zahlen der internationalen Mobilitäts-App Moovit ist die Nutzung der Nahverkehrssysteme in den großen deutschen Städten

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– danke – im Vergleich zu Mitte Januar um bis zu 70 % eingebrochen.

Um den Erhalt des ÖPNV zu sichern, bringen wir heute ein Gesetz auf den Weg. Wir novellieren das ÖPNV-Gesetz, um die Liquidität der Verkehrsunternehmer sicherzustellen. Wir ziehen dazu die Auszahlungen nach dem ÖPNV-Gesetz in Teilen vor. Eigentlich hätten die Verkehrsunternehmen erst am 1. Oktober die zweite Hälfte ihrer Auszahlungen bekommen sollen. Wir ziehen das jetzt vor, sodass bereits am 1. Juli 25 % der Auszahlung erfolgen; die restlichen 25 % werden so, wie ursprünglich gesetzlich vereinbart, zum 1. Oktober ausbezahlt. Wir sichern damit die Liquidität der Unternehmerinnen und Unternehmer und tragen zur Vermeidung einer Welle von Insolvenzen bei; dadurch sichern wir die Verkehre.

(Beifall)

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem sachgerechten und schlanken Vorgehen im Sinne der Unternehmerinnen und Un-

(Elke Zimmer)

ternehmer des ÖPNV hier im Land und für einen guten und zuverlässigen Nahverkehr.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin Hartmann-Müller hat jetzt das Wort.

Abg. Sabine Hartmann-Müller CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie stellt unser gesamtes Gemeinwesen, Politik, Wirtschaft, Gesundheit, Soziales, vor enorme Herausforderungen. Jeder bekommt die unmittelbaren Auswirkungen zu spüren. Mit am härtesten trifft es die Landkreise und Kommunen, die mittelständischen Betriebe in unserem Land, den öffentlichen Personennahverkehr; ich könnte noch viele andere nennen.

Die Umsätze im öffentlichen Nahverkehr sind fast zum Erliegen gekommen. Gestiegene Mehraufwendungen bei der Pandemiebekämpfung und Einnahmeverluste durch das Ausbleiben von Fahrgästen haben dazu beigetragen.

Gleichzeitig aber erwarten die Bürgerinnen und Bürger eine intakte Daseinsvorsorge vor allem beim öffentlichen Nahverkehr. Gerade hier stehen die Verkehrsunternehmen vor einer Herkulesaufgabe. Denn noch sind die aus der Zeit vor Corona gewohnten Fahrgastzahlen nicht annähernd erreicht. Deshalb ist es wichtig, dass wir heute diesen Gesetzentwurf letztmalig beraten und beschließen.

Das Land überweist auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes jährlich 200 Millionen € an Stadt- und Landkreise zum Ausgleich von Rabatten für Schülerkarten. Diese Mittel werden schrittweise auf 250 Millionen € bis 2023 angehoben. Nicht nur im ländlichen Raum, aber dort in besonderem Maß sind diese Gelder zu einer zentralen Grundfinanzierung im ÖPNV geworden. Die Wucht der Coronafolgen ist vor allem hier gewaltig.

Die Gesetzesänderung dient dazu, den Auszahlungszeitpunkt der Ausgleichszuweisungen durch das Land um eine Abschlagszahlung zu ergänzen. In der Regel erhalten die kommunalen Aufgabenträger eine hälftige Auszahlung zum 1. April und zum 1. Oktober eines Jahres. Dieses Jahr wird es etwas anders; dieses Jahr erhalten sie vorgezogen zum 1. Juli bereits 25 %. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Mittel schon im Juni ausbezahlt worden wären.

Dieses Änderungsgesetz sichert den Ausgleich von Liquiditätsengpässen der Verkehrsunternehmen oder federt sie zumindest ab. Es trägt auch dazu bei, dass wir in Baden-Württemberg den Menschen auch in Coronazeiten ein verlässliches Angebot im ÖPNV-Bereich sicherstellen können.

(Beifall)

Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion das vorliegende Änderungsgesetz zum öffentlichen Nahverkehr. Ich bitte Sie hier ebenfalls um Ihre Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Gelegenheit aufgreifen, auch auf die bisher geleisteten Pakete im ÖPNV hinzuweisen. Unsere Landesregierung hat einen umfassenden Rettungsschirm aufgespannt und hat damit 36,8 Millionen €

für Familien freigegeben, die ihre Monatsabos bei den Busverkehren nicht gekündigt haben, hat 200 Millionen € für einen Rettungsschirm für Busse und Bahnen beschlossen und 40 Millionen € für kleine und mittlere Busunternehmen in der Reiseverkehrsbranche auf den Weg gebracht.

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, ist Dienst am Menschen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun haben Sie, Herr Abg. Kleinböck, das Wort.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der ÖPNV ist einer der Bereiche, die besonders hart von der Coronapandemie betroffen wurden und auch noch betroffen sind. Zu Spitzenzeiten – das wissen Sie alle – waren die Fahrgastzahlen bei manchen Betrieben zu über 80 % eingebrochen. Zeitgleich konnte aber das Angebot wegen der bestehenden Abstandsregelungen nicht in gleichem Umfang heruntergefahren werden. Die Folge war klar: Den drastisch reduzierten Einnahmen standen nur unwesentlich geringere Ausgaben gegenüber. Das führte schnell zu Liquiditätsproblemen der Unternehmen.

Besonders betroffen waren hier die privaten Omnibusunternehmen. Ich glaube, jeder von Ihnen, jeder von uns hat ein oder mehrere solcher Unternehmen im Wahlkreis und ist über deren Zustand, deren wirtschaftliche Situation hinreichend informiert.

Deshalb begrüßen wir die Initiative der Regierungsfractionen zu dieser Gesetzesnovelle. Mit ihr werden die Auszahlungszeitpunkte der Mittel für den ÖPNV an die Aufgabenträger einmalig im Jahr 2020 im Jahresverlauf vorgezogen. Dies leistet dann den gewünschten Beitrag, damit die Unternehmen nicht in Liquiditätsprobleme kommen und – so hoffen wir wenigstens – auf diesem Weg Insolvenzen vermeiden können. Das Programm, ergänzt durch diesen ÖPNV-Rettungsschirm, macht auch den entsprechenden Unternehmen Hoffnung auf ein wirtschaftliches Überleben in dieser Pandemie.

Voraussetzung für den Erfolg dieser Novelle ist natürlich auch, dass die jeweiligen Aufgabenträger die Mittel an die Vertragsunternehmen umgehend komplett auszahlen. Das ist selbstverständlich. Hier gab es offenkundig zu Beginn der Pandemie einige Schwierigkeiten. Deshalb unser Appell an die Landräte und die Landkreise, die Mittel unmittelbar und komplett an die Unternehmen weiterzugeben.

Meine Damen und Herren, die bisherigen Beratungen im Ausschuss wie im Plenum haben gezeigt, dass es zu diesem Punkt eine große Einigkeit gibt. Diese Gesetzesnovelle wird von allen unterstützt. Deswegen wurde bei der ersten Lesung auf die Aussprache verzichtet. Auch die Stellungnahmen der betroffenen Verbände und die Beratungen im Verkehrsausschuss haben gezeigt, dass dieser Entwurf in die richtige Richtung geht.

Ich denke auch, jedem von uns ist klar: Wir brauchen im ganzen Land einen funktionierenden ÖPNV. Neben den städtischen Betrieben und den Bahnen brauchen wir auch die vie-

(Gerhard Kleinböck)

len mittelständischen Busunternehmen, die jetzt besonders durch diese Liquiditätsmaßnahme – diese Gesetzesnovelle – bedacht werden sollen. Es macht keinen Sinn, solche Unternehmen in Liquiditätsprobleme und vielleicht sogar in die Insolvenz zu treiben. Denn wir wissen: Nach dem Ende der Krise brauchen wir sie nötiger denn je, wenn wir die angestrebte Verkehrswende erfolgreich weitergestalten wollen.

In diesem Sinn darf ich mitteilen, dass wir, die SPD-Landtagsfraktion, der Novelle vollumfänglich zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stauch, Sie haben das Wort.

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen heute eine kleine Freude machen und mir und Ihnen einige Minuten ersparen.

Die Gesetzesänderung, über die heute abgestimmt werden soll, ist in der Zielsetzung pragmatisch und hilft, coronabedingte Insolvenzen zu vermeiden. Außerdem ist sie richtigerweise auf das Jahr 2020 begrenzt.

Es bleibt aber sicherzustellen, dass die Abschlagszahlungen unmittelbar an die ausführenden Betriebe weitergeleitet werden und dass nicht, wie in einer Stellungnahme der WBO befürchtet, die Landkreise Teile der Auszahlungen einbehalten.

Wir, die AfD, stimmen der Gesetzesänderung zu.

Danke schön.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Haußmann, wollen Sie gleich ans Redepult? – Noch einmal durchwischen, bitte.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

Nun ist die FDP/DVP an der Reihe. Herr Abg. Haußmann, bitte.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird dem Gesetz zustimmen. Das Gesetz macht Sinn. Es geht – das wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits angesprochen – um eine Liquiditätshilfe für die Verkehrsunternehmen, die dringend notwendig ist. Wir wissen, dass die Situation der Verkehrsunternehmen nach wie vor schwierig ist.

Wir kennen viele Busunternehmen, die in der Tradition oft auf verschiedene Standbeine gesetzt haben und bei denen jetzt alle Bereiche leiden – ob es der Reiseverkehr ist, ob es der Linienverkehr ist oder ob es die Sonderfahrten für den Transport von Menschen mit Behinderungen sind. In all diesen Bereichen gibt es Schwierigkeiten. Insofern macht es Sinn, mit diesem Gesetz jetzt für eine bessere Liquidität der Verkehrsunternehmen zu sorgen. Deswegen stimmen wir auch sehr gern zu.

Wichtig ist, dass die Aufgabenträger die Mittel auch tatsächlich weiterreichen und nicht irgendwelche Reserven einbehalten, damit die Verkehrsbetriebe die Mittel vollumfänglich erhalten.

Es gab im Ausschuss schon die Anregung, die Regelungen im ÖPNV-Gesetz so zu ändern, dass für Maßnahmen wie Liquiditätshilfen keine Gesetzesänderung benötigt wird. Das kann man in der Tat, glaube ich, etwas unbürokratischer machen. Es geht nicht um die Änderung eines Gesamtvolumens, sondern um einen zeitlichen Vorschub. Insofern würden wir mit Sicherheit auch zustimmen, wenn man in der nächsten Novelle auch vorsieht, dass solche Maßnahmen ohne eine Gesetzesänderung durchgeführt werden könnten.

Ich will aber noch einen Punkt ansprechen, weil er in dieser Woche auch in der Zeitung angekündigt wurde: die neuen Ausschreibungen. Wir wissen natürlich nicht, wie sich der Personenverkehr und die Fahrgastzahlen im ÖPNV entwickeln, wie sich die Coronapandemie weiterentwickelt bzw. wie sich auch neue Technologien oder Homeoffice niederschlagen. Wir wissen aber andererseits, dass die finanziellen Rahmen des Landes nicht so bleiben, wie sie momentan sind. Die Situation wird deutlich schwieriger.

Es hat uns überrascht, dass man jetzt im Zuge der Ausschreibung einen 30 Jahre laufenden Vertrag über 130 und eventuell noch einmal weitere 100 Doppelstockwagen machen möchte. Dazu möchte ich schon einmal sagen, dass wir das im Hinblick auf die Veränderung noch einmal sehr genau in den Blick nehmen sollten, damit wir uns nicht über zwei Generationen hinweg in ein Risiko begeben, das man vermeiden kann. Dass man dies genau in den Blick nehmen sollte, gehört an dieser Stelle auch dazu.

Ansonsten wird die FDP/DVP dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister Hermann, es ist alles vorbereitet. Sie haben das Wort.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein solcher Augenblick ist selten in der Verkehrspolitik – ich möchte kurz innehalten und ihn genießen –: Alle sind sich einig, kein Streit, alle finden es richtig. Das freut mich. Es freut mich, dass die Koalitionsfraktionen diesen Gesetzentwurf eingebracht haben. Es freut mich, dass die Opposition die Zielsetzung der Gesetzesnovelle gut findet. Insofern ist, glaube ich, heute festzustellen: Uns ist es wichtig, dass man an die Unternehmen im öffentlichen Verkehr, auch die kleinen und mittleren Unternehmen, denkt. Diese sind in der Krise tatsächlich in eine schwierige Situation geraten.

Was haben wir gemacht? Wir haben zum 1. April die ersten 100 Millionen € der 200 Millionen €, die wir regelmäßig pro Jahr an den öffentlichen Verkehr ausgeben, um Schülerverkehre entsprechend gut und günstig zu machen, ausbezahlt. Wir haben das machen können, weil es gesetzlich so vorgeschrieben ist.

Wir wollen jetzt aber zum 1. Juli die nächsten 50 Millionen € vorzeitig ausreichen und dann zum 1. Oktober die letzten

(Minister Winfried Hermann)

50 Millionen €, sodass wir insgesamt den Unternehmen das Geld frühzeitiger geben. Es geht also nicht um mehr Geld, sondern um ein frühzeitigeres Überweisen.

Von mehreren Rednerinnen und Rednern ist es gesagt worden: Das Geld muss auch ankommen. Ja, wir können es nicht direkt an die Unternehmen geben, sondern wir geben es an die Landkreise und kreisfreien Städte. Die müssen es dann schnell weiterreichen. Darauf bestehen wir auch, und darauf werden wir achten. Denn es soll ja wirklich bei denen ankommen, die es brauchen.

Wir haben das Gesetz ändern müssen, weil die Termine im Gesetz stehen. Daran hat man – so muss ich sagen – damals nicht gedacht, dass es irgendwann einmal eine Coronakrise gibt und man es dann anders machen muss. Aber jetzt wollen wir ja auch den § 15 ändern, indem nun gesagt wird: In Krisensituationen kann man andere Termine wählen. Dann brauchen wir nicht jedes Mal, wenn eine Krise ist und ein Termin geändert werden soll, das Gesetz zu ändern.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, mich auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich bei den Unternehmen und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken, die im öffentlichen Verkehr – ob in Bussen oder in Bahnen, in Straßenbahnen – in den letzten Monaten ihren Dienst getan haben und trotz Krise wirklich pünktlich waren, pünktlich gefahren sind. Wir haben in den letzten Monaten einen pünktlichen ÖPNV gehabt wie schon lange nicht mehr. Das ist bemerkenswert. Ich möchte mich deshalb bei allen sehr herzlich bedanken, die das möglich gemacht haben.

(Beifall)

Das ist nicht selbstverständlich. Ich habe nämlich schon gehört: Ja, das ist ja keine Kunst, wenn weniger fahren. Aber es gibt natürlich auch in diesen Betrieben Menschen, die krank sind, die in Quarantäne müssen oder die wegen ihrer Kinder zu Hause bleiben müssen. Es war nicht einfach. Aber es war gut, dass wir uns frühzeitig mit der gesamten Branche verständigt haben: Wir wollen in der Krise den öffentlichen Verkehr aufrechterhalten; wir wollen keinen Shutdown im öffentlichen Verkehr. Wir sind auch in der tiefsten Phase der Krise mit 50 % des Angebots sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße, mit den Bussen, gefahren. Das war auch gut; denn so konnten die Abstände eingehalten werden.

(Beifall – Zuruf)

Das war zu einem Zeitpunkt, als es noch keine Maskenpflicht gab. Wir haben immer großen Wert darauf gelegt: Die öffentlichen Verkehrsmittel sind keine Virenschleudern, sondern sie sind sauber, sie werden deutlich häufiger als vorher an den entscheidenden Stellen gereinigt. Wir können auch festhalten, dass die Regeln der Hygiene von den Unternehmen eingehalten worden sind. Auch die Fahrgäste haben sich daran gehalten, den Abstand zu wahren, und sie halten jetzt das Maskengebot ein. Auch hierfür herzlichen Dank.

(Beifall)

Umso wichtiger war es, dass wir gerade bestimmte Regeln wie die Maskenpflicht durchgesetzt haben, damit eben nicht eine besondere Gefahr gegeben ist. Man kann bis heute sa-

gen: Es gibt keinen Beleg dafür, dass die öffentlichen Verkehrsmittel Virenschleudern sind, dass man dort besonders gefährdet ist. Deswegen möchte ich alle Menschen, die gern die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, einladen, sie auch jetzt zu nutzen. Vorsorge ist getroffen; wir haben auch Platz.

(Zuruf: Die Maske nervt!)

Es ist tatsächlich so: In der harten Shutdown-Phase ist die Zahl der Fahrgäste um 90 bis 95 % gesunken. Inzwischen sind wir wieder bei 40 bis 60 %. Das ist unterschiedlich: Im ländlichen Raum sind es eher 40 %, in den städtischen Räumen, in den S-Bahnen, sind es eher schon 60 %. Auch im Fernverkehr der Deutschen Bahn nehmen die Fahrgastzahlen sukzessive zu. Aber es ist klar, dass dann, als nur ein Teil der Fahrgäste mitfuhr und noch nicht einmal überprüft worden ist, ob alle eine Fahrkarte haben, die Einnahmeausfälle wirklich gravierend waren. Umso wichtiger war es, dass wir schnell gehandelt haben. Das hat geholfen.

Es war auch gut, dass wir nicht nur die 100 Millionen € gleich ausgezahlt haben, sondern dass wir uns entschieden haben, z. B. alle Züge zu bezahlen, auch wenn sie nicht gefahren werden – also dass wir das bezahlt haben, was wir bestellt haben, damit die Grundfinanzierung gesichert bleibt. Denn auch die Grundfinanzierung des halben Verkehrs kostet natürlich aufgrund hoher Fixkosten mehr als die Hälfte.

Das hat es uns auch ermöglicht, einen stabilen öffentlichen Verkehr zu praktizieren. Der ist wichtig, wenn man nicht will, dass sich im Laufe dieser Coronazeit das ganze Gefüge verändert und die Leute wieder auf das Auto umsteigen, der ÖPNV also der Verlierer ist. Das war uns wichtig: Der ÖPNV muss stabilisiert werden, damit wir die Verkehrswende schaffen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Lassen Sie mich noch einmal sagen, was wir alles gemacht haben. Wir haben nämlich nicht nur in diesem Bereich geholfen, sondern wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen. Es sind schon die 40 Millionen € für die Bustouristik erwähnt worden. Wir haben gestern im Kabinett noch einmal bestätigt, dass wir das machen.

Ich möchte an dieser Stelle auch aufzeigen: Es war schon wichtig, dass wir als Koalition gehandelt haben. Denn wir waren in der Republik die Schnellsten. Wir haben damit aber auch Druck auf die anderen Länder und auf den Bund ausgeübt, Kofinanzierungsprogramme zu machen. Diese gibt es jetzt sowohl im bustouristischen Verkehr als auch im ÖPNV. Das hätten wir so nicht geschafft, wenn wir nicht selbst in die Vorleistung gegangen wären. Wir haben z. B. 200 Millionen € für den ÖPNV zur Verfügung gestellt, wir haben 40 Millionen € für die Bustouristik zur Verfügung gestellt. Wir haben übrigens auch die Trennscheiben in den Bussen mit 15 Millionen € gefördert. Und wir haben den Elternanteil der Schülerabos – das haben Sie auch schon erwähnt – berücksichtigt und ausgezahlt.

Das alles war zur Stabilisierung des ÖPNV absolut wichtig und richtig. Ich freue mich, dass das im Grunde genommen alle anerkannt haben. Es ist auch wichtig, dass der ÖPNV sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Busfahrer, die

(Minister Winfried Hermann)

Bahnfahrer und die Lokomotivführer wissen: Hier steht dieses Parlament auch hinter einem guten ÖPNV.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weber zu?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Ja.

Abg. Jonas Weber SPD: Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben gerade zu Recht angesprochen, dass Sie Trennscheiben fördern. Das ist ein wichtiger Baustein des Infektionsschutzes. Jetzt haben mir Busunternehmer aus meiner Region, die auch im Linienverkehr unterwegs sind, gesagt, dass sie Probleme haben, für ihre Bustypen entsprechende Trennscheiben zu bekommen, weil es von der Verkehrssicherheit her nicht ganz so einfach ist, was man in einem solchen Fahrzeug einbaut.

Können Sie vom Ministerium da Hilfestellung leisten, bzw. können Sie vielleicht auch auf die Hersteller zugehen und das Thema noch einmal prominent platzieren, damit es da eine baulich zugelassene Lösung geben kann?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank für den Hinweis. Bisher ist das bei mir so nicht angekommen. Ich war ja auch mit den Unternehmen zusammen, wir haben auch ein Modell vorgestellt. Mir haben die Unternehmen gesagt, eigentlich sind die Lieferanten dieser Trennscheiben sehr flexibel und können diese auf die verschiedenen Bustypen anpassen. Es ist ja nicht so, dass 100 verschiedene Typen im ÖPNV unterwegs wären, sondern es sind ganz wenige. Es gibt unterschiedliche Techniken: Glas oder Plexiglas.

Bisher war es also kein Problem, aber ich nehme es gern mit, und wir gehen der Sache nach. Vielen Dank.

(Beifall – Abg. Jonas Weber SPD: Danke!)

Ich will zum Schluss noch ein anderes Thema ansprechen, das auch Herr Haußmann angesprochen hat: die Bestellung der Doppelstockzüge für 2025 und danach. Nur weil Sie es jetzt direkt angesprochen haben, will ich Ihnen auch antworten. Wir reden über eine Zeit nach der Fertigstellung von Stuttgart 21, aber wir müssen die Züge jetzt bestellen. Diese Züge sind für die Zeit danach, wenn wir die Ziele – die Verdoppelung des Schienenpersonennahverkehrs auf unseren Strecken und im Bahnhof Stuttgart 21 – erreichen wollen.

Dies werden wir nur schaffen, wenn wir dort mit Doppelstockzügen fahren, weil der Bahnhof mit seiner Technik als Durchfahrtsbahnhof zwei Doppelstockzüge ertragen oder nutzen kann und damit die Leistungsfähigkeit gesteigert wird. Wir könnten das mit Singledecks so nicht schaffen. Das ist sozusagen auch eine Konsequenz von Stuttgart 21. Es wäre aber nicht besonders sinnvoll gewesen, diese Züge, die man frühestens in fünf Jahren braucht, schon vor fünf Jahren zu kaufen.

Was die Zeitspanne anbelangt, ist die Antwort sehr einfach: Man kann keine Züge für fünf Jahre kaufen, sondern Züge haben eine Lebensdauer von 30 Jahren, manche leben sogar 50 Jahre. Sie haben ja bei den alten Silberlingen gesehen, wie lange man die am Leben erhalten kann.

(Unruhe)

Alle Fahrzeuge, die gebaut werden, werden für einen Lebenszyklus von 25 bis 30 Jahren gekauft. Der Vorteil unseres Modells ist, dass wir, das Land, bestimmen können, dass die Züge weiter benutzt werden, auch wenn der Betreiber wechselt. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum wir gesagt haben: Wir müssen ein Modell fahren, bei dem die Züge nicht herumstehen, weil die neuen Betreiber mit anderen Zügen kommen. Das haben wir jetzt wunderbar in der Hand, und deswegen machen wir das so. Bisher ist es sehr gut gelaufen, sogar so gut, dass uns andere Länder kopieren.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/8123. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Drucksache 16/8258. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer stimmt Artikel 2 zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 24. Juni 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Dem Gesetz ist damit einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

– Ich bitte um Aufmerksamkeit, auch in den letzten Reihen.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und des Studierendenwerkesgesetzes – Drucksache 16/8151

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 16/8296

Berichterstatteerin: Abg. Gabi Rolland

Das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Es beginnt Herr Kollege Salomon von den Grünen.

(Unruhe)

– Herr Abg. Salomon hat das Wort.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Dem Grunde nach müsste ich mich in der zweiten Lesung eigentlich nur den Ausführungen der ersten Lesung anschließen. Die Kollegin Stefanie Seemann hat für meine Fraktion gesprochen.

Jetzt haben wir aber vorhin in der Mittagspause eine Ausschusssitzung gehabt. Wir haben die fachsemestergebundene Studien- und Prüfungsleistung, die wir bereits in das Gesetz eingefügt haben, für die im Sommersemester 2020 eingeschriebenen Studierenden um ein Semester erhöht. Dies wird nun um eine grundsätzliche Regelung ergänzt, nämlich durch eine Erhöhung der individuellen Regelstudienzeit um ein Semester.

Warum haben wir das gemacht? Wir hatten Signale von der Bundesregierung, dass es bei der Förderung der Studierenden die Möglichkeiten geben soll, dass das BAföG für Studierende um ein Semester verlängert wird, wenn sie aufgrund der Coronapandemie keine oder nur sehr wenige Studienprüfungsleistungen ablegen konnten. Dafür muss der Bundesgesetzgeber für die eingeschriebenen Studierenden die Möglichkeit schaffen.

Nun haben wir die Signale bekommen, dass dem erst einmal nicht so ist, dass es aber durchaus Möglichkeiten gibt, wenn die Länder dies gesetzlich regeln. Das ist gar nicht so einfach, weil wir seit dem Jahr 2015 die Regelung haben, dass der Bund allein für das BAföG zuständig ist. Das ist erst einmal eine positive Regelung für die Länder, weil es finanziell durchaus attraktiv war, dass der Bund das regelt. Jetzt hat der Bund aber keine Regelung gemacht. Deshalb haben wir – die CDU-Fraktion und die Fraktion GRÜNE – einen Änderungsantrag eingebracht, der im Wesentlichen diesen Punkt regelt, die Semesterzahl in der individuellen Regelstudienzeit um eins zu erhöhen.

Die Abstimmung im Ausschuss vorhin war einstimmig, wenn ich es richtig im Kopf habe. Dies ist also zusammen mit den Kollegen von der Opposition angenommen worden. Ich glaube, wir haben in diesem Bereich keinen Dissens.

In anderen Punkten haben wir das schon. Das müssen wir beim nächsten Gesetzgebungsverfahren besprechen.

Mir sei durchaus ein Hinweis an den Bund erlaubt – weil wir auch immer wieder über das Thema Föderalismus und über Strukturen und Zuständigkeiten im Bildungs- und Wissenschaftsbereich sprechen –: Gerade da, wo der Bund, wie ich gerade ausgeführt habe, die Regelungsmöglichkeiten hat, hat er diesmal keine Regelung getroffen.

Wir haben ansonsten immer wieder die Debatten, dass sich der Bundesgesetzgeber dort, wo er keine Zuständigkeit hat, nämlich im Schulbereich, im Bildungsbereich, einmischen möchte – durchaus mit adäquaten und probaten Mitteln im Sinne von hohen Zuwendungen, die dort vorhanden sind. Aber meines Erachtens sollte sich der Bundesgesetzgeber auf das konzentrieren, wofür er die Zuständigkeit hat. Das würde uns allen erst einmal helfen. – Sei's drum, machen wir einen Haken dran.

Wir haben diese Regelung für die Studierenden im Land getroffen. Es freut mich, dass diejenigen, die unter der Coronapandemie leiden und ihr Studium nicht in dem Maße fortsetzen können, nicht auch noch ein finanzielles Problem bekommen, sondern sagen können: Das Semester wird in meiner individuellen Regelstudienzeit dazugezählt.

Daher denke ich, dass wir eine durchaus gute Lösung gefunden haben. Insgesamt macht dies den Gesetzentwurf noch etwas runder.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Frau Kollegin Marion Gentges, Sie haben das Wort für die CDU.

Abg. Marion Gentges CDU: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Baden-Württemberg studieren im Sommersemester 2020 mehr als 350 000 Menschen. Wir haben uns in der letzten Woche darüber ausgetauscht, welchen Problemen sie in diesem „Coronasemester“ ausgesetzt sind, und haben über insoweit notwendige gesetzliche Änderungen gesprochen. Das alles geschah in großer Einmütigkeit.

Heute hat sich der Wissenschaftsausschuss mit dem vorliegenden Gesetzentwurf befasst und Änderungsanträge beraten. Er empfiehlt Ihnen, einen Änderungsantrag der Regierungsfaktionen anzunehmen. Dieser Änderungsantrag hat zwei Bestandteile. Auf einen ist der Kollege Salomon schon eingegangen: Wir wollen die Regelstudienzeit für diejenigen, die jetzt schon im Studium sind, um ein Semester verlängern, um damit Nachteile beim BAföG-Bezug zu verhindern.

Zweitens wollen wir das Wissenschaftszeitvertragsgesetz des Bundes ergänzen, und zwar soll die Möglichkeit geschaffen werden, befristete Beamtenverhältnisse – also beispielsweise bei einer Juniorprofessur – auf Antrag um bis zu sechs Monate zu verlängern. Hintergrund ist, dass diese befristeten Beamtenverhältnisse in aller Regel eingegangen werden, um ein Qualifizierungsziel zu erreichen. Da wir mit diesem „Coronasemester“ nicht ganz sicher sein können, ob das in der ursprünglich vorgesehenen Zeit zu schaffen ist, soll auch hier die Möglichkeit zur Verlängerung gegeben werden.

Auch für diese Regelungen gilt wie schon für die Regelungen im Ausgangsgesetzentwurf: Sie sind sinnvoll, sie sind sach-

(Marion Gentges)

gerecht, und sie sind unkompliziert. Deshalb darf ich Sie alle heute einladen, dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Frau Kollegin Roland, nun haben Sie das Wort für die SPD.

Abg. Gabi Rolland SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Einladung, Frau Kollegin Gentges, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, folgt die SPD-Landtagsfraktion auch dieses Mal – trotz der Ausschusssitzung, in der noch ein paar Fragen offengeblieben sind. Diese Fragen ergaben sich aus der Stellungnahme des Landesdatenschutzbeauftragten, Herrn Dr. Brink, und sind nicht wirklich beantwortet worden.

Für uns, die SPD-Landtagsfraktion, ist von hoher Bedeutung, dass Rechtsklarheit herrscht, dass die Begründung eines Gesetzes im Einklang mit dem Gesetzestext steht und dass es keine Zweifel an der Zulässigkeit der Bestimmungen nach der Datenschutz-Grundverordnung geben sollte. Die Zweifel in diesen Bereichen sind für uns nicht ausgeräumt worden.

Dennoch glauben wir, dass wir dem Gesetzentwurf zustimmen können. Wir halten es aber vom Grundsatz her nach wie vor für richtig, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit kommt.

Vielleicht darf ich die beiden Regierungsfractionen bitten, beim nächsten Gesetzentwurf, den Sie einbringen, vor dem Diskussionsverfahren oder auch während des Diskussionsverfahrens auf die Stellungnahmen einzugehen, die kommen, und dann vielleicht auch die eine oder andere Änderung vorzunehmen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie dem bei einer eventuellen Novelle, die ja im Ausschuss schon angekündigt worden ist, auch nachkommen.

Sie haben es eben bereits gesagt: Der Änderungsantrag mit den zwei Punkten – Wissenschaftszeitvertragsgesetz und Verlängerung der Regelstudienzeit – ist richtig. Diesem Änderungsantrag stimmen wir zu. Das ist im Geiste dessen, was wir für die Studentinnen und Studenten sowie für den wissenschaftlichen Nachwuchs organisieren müssen.

Wir sehen durchaus, dass das Sommersemester 2020 anderen Rahmenbedingungen unterliegt. Die Studierbarkeit ist vorhanden, ja. Aber in vielen Bereichen ist sie eben auf einem Minimum: Exkursionen können nicht durchgeführt werden, Labore können nicht so genutzt werden, wie es eigentlich gedacht ist, Sprachschulungen finden nicht wirklich statt. Es gibt also viele Punkte, bei denen die Studierenden, aber auch der wissenschaftliche Nachwuchs jetzt eigentlich sehr eingeschränkt arbeiten müssen. Deswegen ist es richtig, die Regelstudienzeit zu verlängern.

Wir hätten uns auch gewünscht, Herr Salomon und Frau Kollegin Gentges, dass die Bundesbildungsministerin auf den Rat der SPD-Bundestagsfraktion gehört und die BAföG-Regelung von vornherein entsprechend gestaltet hätte. Das wäre für alle einfacher und volkswirtschaftlich, unter dem Strich, auch viel günstiger gewesen.

Egal, sei's drum: Wir müssen das machen. Wir haben die Studentinnen und Studenten im Blick. Sie haben es im Augenblick wirklich schwer; sie haben oftmals wenig Geld und müssen schauen, wie sie über die Runden kommen. Deswegen werden wir dem zustimmen.

Wir bedauern es sehr, liebe Fraktion GRÜNE, dass Sie auch dieses Mal unserem Änderungsantrag zur Aufhebung der Studiengebühren für die internationalen Studierenden nicht zugestimmt haben. Deswegen freue ich mich, Herr Salomon, dass Sie jetzt gesagt haben, dass wir dort, wo Dissens herrscht, im Rahmen einer Novelle des Landeshochschulgesetzes vielleicht einen Konsens finden können. In dieser Frage lade ich Sie ein, doch endlich dafür Sorge zu tragen, dass die internationalen Studierenden in Baden-Württemberg anders behandelt werden. Denn Studiengebühren sind nach wie vor unsozial, ungerecht, unwirtschaftlich. Deswegen: Weg damit!

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Frau Abg. Senger das Wort.

Abg. Doris Senger AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Soziale Netzwerke spielen heutzutage sowohl im täglichen Leben als auch beim Lernen eine zentrale Rolle. Die neue Generation von jungen Menschen ist als Digital Natives mit der zeitlich und räumlich nahezu uneingeschränkten Verfügbarkeit von Wissen sozialisiert.

Die Dynamik der Veränderung ist rasant. Vor diesem Hintergrund stellt sich für uns, die Gesellschaft, aber insbesondere auch für die Universitäten und die anderen Hochschulen die Frage: Wie können wir junge Menschen darauf vorbereiten?

Unter dem Einfluss der Digitalisierung stellt sich für jede Universität und jede andere Hochschule proaktiv die Aufgabe, die Frage anzugehen: Wie soll dieser Transformationsprozess gestaltet werden, bzw. wie soll und wird die Hochschule der Zukunft aussehen? Der technische Fortschritt macht es möglich, und zwar durch neue, digitale Lehr- und Lernformen.

Wie bereits betont, umfasst die Digitalisierung alle Bereiche einer Hochschule, und deshalb kann auch nur eine ganzheitliche Strategie erfolgreich sein.

(Beifall)

Auch in der Verwaltung der Hochschulen ist ein ganzheitliches Konzept erforderlich. Wenn die Verwaltung innovativ ist, können auch die Bereiche Lehre und Forschung in die digitale Zukunft schreiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie bei jeder strategischen Neuorientierung gibt es hemmende Faktoren, die einer schnellen Umsetzung entgegenstehen. So gibt es auch Nörgler, die Veränderungen sehr kritisch gegenüberstehen. Ein häufig gehörtes Argument ist, dass bei Digitalisierung und Virtualisierung das Menschliche zu kurz komme. Manch einer dramatisiert die gegenwärtige Entwicklung.

Ist die Universität gar am Ende? Nein – so auch Professor Dr. Ulf-Daniel Ehlers, Hochschullehrer für Bildungsmanagement

(Doris Senger)

und lebenslanges Lernen an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in seinem Aufsatz „Hochschulbildung digital. Abschied vom Ideal der Universitas?“ Digitalisierung habe den Gedanken der Universitas als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden im Diskurs neu ermöglicht. Ja, aber selbstverständlich bringen Digitalisierungsprozesse neue Gefahren und Risiken mit sich. Hier sei an Phänomene wie Cybermobbing und konkrete Datenschutzfragen erinnert. Diesen müssen wir uns stellen und müssen nach Lösungen suchen.

(Beifall)

Hochschulen müssen ein Ort sein, an dem unter Beteiligung aller Hochschulangehörigen der Digitalisierungsprozess reflektiert und kritisch begleitet wird.

An dieser Stelle möchte ich das Stichwort „Digitale Ethik“ einwerfen. Die Ethik ist bekanntlich eine philosophische Disziplin. Sie wird dem Bereich der praktischen Philosophie zugeordnet und beschäftigt sich – mit Kant ausgedrückt – mit der Frage: Was soll ich tun? Während sich die Ethik mit der Suche nach den allgemeinen Prinzipien des guten Handelns auseinandersetzt, beschäftigt sich die angewandte Ethik mit der Anwendung einzelner ethischer Prinzipien und Normen auf konkrete bereichsspezifische Problemfälle. Die digitale Ethik greift ihrerseits bestimmte Phänomene des Digitalisierungsprozesses auf und fragt nach dem Guten und dem Richtigen in unserem Big-Data-Zeitalter. Die Chancen der Digitalisierung sollten wir unbedingt nutzen.

(Beifall)

Noch sinnvoller wäre es, wenn man zur Förderung der Digitalisierung die Mittel in diesem Bereich nicht kürzen würde, wie es z. B. auf Bundesebene geschehen ist.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Heiterkeit – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun spricht Herr Kollege Nico Weinmann für die FDP/DVP.

(Zuruf: Jetzt wieder zum Gesetz!)

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Zimmermann, jetzt versuche ich es noch einmal mit der Aufmerksamkeit.

(Beifall – Heiterkeit)

In der Tat tragen wir die heute zur Verabschiedung anstehende Anpassung des Hochschulrechts gern mit. Frau Kollegin Gentges, wir greifen auch hier die Einladung auf. Wir halten diese Anpassung für geboten und sinnvoll, auch wenn sie insgesamt etwas zu kurz greift.

Denn natürlich müssen wir auch aufgrund der Einschränkungen des Hochschulbetriebs durch die Coronapandemie erkennen, dass wir den Hochschulen Flexibilisierungen bieten müssen, um angemessen auf die Herausforderungen, die damit einhergehen, reagieren zu können. Deshalb dienen die Neuregelungen vor allem der Handlungsfähigkeit von Hochschulgremien und dem Nachteilsausgleich für Studierende und Forschende.

Diese Verbesserungen für die Situation an den Hochschulen tragen wir mit und haben auch den Weg frei gemacht, damit die Gesetzesnovelle das Parlament in – ja, geradezu Rekordzeit – einer Woche passieren kann, weil wir die Neuerungen tatsächlich als dringend geboten erachten.

Denn die Hochschulen haben in einem Kraftakt bereits Mitte März und im April digitale Angebote geschaffen, um das Sommersemester nicht zu einem verlorenen Semester werden zu lassen. Auch wir wollen nicht in Kauf nehmen, dass es zu Verzögerungen im Studienverlauf praktisch aller Studierenden im Land kommt. Für uns gilt vielmehr, Nachteile, die infolge der Coronapandemie entstanden sind, auszugleichen oder zumindest abzumildern und eine Situation zu schaffen, die das Studieren und das Ablegen von Prüfungen in der schwierigen Phase der Kontaktbeschränkungen ermöglicht. Doch gerade dieses letztgenannte Ziel verfehlt die heute vorliegende Novelle deutlich.

(Beifall)

Die eiligen Nachbesserungen der Regierungsfractionen am Gesetzentwurf sind vielmehr das Eingeständnis dessen, dass die ursprüngliche Vorlage aus dem Wissenschaftsministerium unzulänglich war. Wir haben uns den Änderungsvorschlägen nicht verschlossen, da sie sinnvolle Anpassungen bei der Regelstudienzeit und den befristeten Anstellungsverhältnissen in der Forschung vorsehen. Im Gesetz fehlen aber Regelungen zur termingerechten und rechtssicheren Durchführung von Hochschulwahlen und digitalen Prüfungen.

In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wurden dazu bereits im April schlüssige Klarstellungen getroffen. In § 6 der Verordnung zur Bewältigung der durch die Coronavirus SARS-CoV-2-Epidemie an den Hochschulbetrieb gestellten Herausforderungen steht das Land Nordrhein-Westfalen erfrischend klar und deutlich zu den Onlineprüfungen:

Die Hochschulen sind befugt, Hochschulprüfungen in elektronischer Form oder in elektronischer Kommunikation (Online-Prüfungen) abzunehmen. Der Grundsatz der prüfungsrechtlichen Gleichbehandlung gilt unter den Bedingungen der Epidemie und damit in Ansehung der Berufsgrundrechte der Studierenden und in Ansehung des Umstands, dass die Studierenden von der Epidemie sämtlich gleichermaßen betroffen sind. Die Hochschulen tragen insofern dafür Sorge, dass dieser auf die Bedingungen der Epidemie bezogene Grundsatz eingehalten wird.

Eine solche Klarstellung braucht es, weil eben die digitalen Prüfungen hierzulande noch in den Kinderschuhen stecken.

Leider erreichen uns aber aus den Hochschulen anstelle dieser pragmatischen Lösung vielmehr Berichte über die kurzfristige Verschiebung oder gar die gänzliche Absage von Prüfungen. Aber wenn die Studierenden ihre Prüfungen in diesem Semester nicht ableisten können, dann haben wir eben doch das, was wir alle von vornherein vermeiden wollten, nämlich – im schlechtesten Fall – ein verlorenes Semester.

Wir erwarten insofern von Ihnen, Frau Ministerin Bauer, dass Sie zumindest auf dem Verordnungsweg klarstellen, welches Instrumentarium für digitale Lösungen bei den Prüfungen und den Hochschulwahlen den Hochschulen zur Verfügung steht und gestellt wird.

(Nico Weinmann)

Außerdem – das wird sicherlich eine Aufgabe sein – werden wir im Rahmen des Nachtragshaushalts möglichst zeitnah darüber zu diskutieren haben, wie wir den Hochschulen einen finanziellen Ausgleich für die Digitalisierungsanstrengungen beibringen können. Denn die Hochschulen sind hier ebenso in Vorleistung gegangen wie etwa die Lehrbeauftragten, die mit der Umstellung auf digitale Lehrformate einen erheblichen Mehraufwand hatten, den es nunmehr auszugleichen gilt.

Kurzum: Das Gesetz greift viele relevante Punkte auf, bleibt aber insgesamt hinter den Notwendigkeiten zurück. Sie liefern den Hochschulen nicht all die notwendigen und zur Verfügung stehenden Instrumente, um die Herausforderungen von Corona zu meistern. Oder, um es plastisch darzustellen: Sie geben den Hochschulen eine Gabel statt eines Löffels und sagen: Damit könnt ihr nun die Löffel aus-, die Suppe auslöfeln – so ist es richtig.

(Beifall – Zurufe)

– Aber es ist mir trotzdem noch einmal gelungen, Kollege Zimmermann,

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

die Aufmerksamkeit zu erlangen, auch wenn es mit einem Versprecher war.

(Beifall)

Heute stimmen wir gern zu. Wir wissen aber, dass wir mit diesem Thema noch lange nicht durch sind. Die Herausforderungen bleiben virulent. Insofern werden wir dieses Thema sicherlich in Bälde wieder diskutieren.

Derweil vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Karl Zimmermann CDU:
Ich schaue Ihnen zu, wie Sie die Suppe auslöfeln! –
Gegenruf: Jimmy denkt nur noch an Suppe! – Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin Bauer, jetzt haben Sie die ungeteilte Aufmerksamkeit des Plenums.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dieser vorgerückten Stunde spreche ich also zu einem Gesetz, das wir in der heutigen Mittagspause im Ausschuss intensiv miteinander beraten haben. Die Erste Beratung war in der letzten Woche hier im Plenum; es wurde also schon letzte Woche von den Abgeordneten der Regierungsfractionen sehr schön erläutert. Heute ging es nur noch um die Neuentwicklungen, die nun hinzugekommen sind. Was soll ich also dazu noch sagen?

(Zuruf: Nichts mehr! – Abg. Nico Weinmann FDP/
DVP: Einladen!)

Ich werde mich im Wesentlichen darauf beschränken, noch einmal Danke schön zu sagen für das gute Miteinander, den engen Austausch und Kontakt, den wir in diesen Wochen hatten, um das, was coronabedingt für die Hochschulen und für die Studierenden wirklich nötig ist, schnell auf den Weg zu

bringen. Das ist eine gute Nachricht; es ist ein gutes Signal der Verlässlichkeit an die Hochschulen und an die Studierenden selbst.

Gestern ist in Hessen eine ähnliche Regelung auf den Weg gebracht worden wie die Regelung hier in Baden-Württemberg, um den Studierenden auch dort zu sagen: Wir brauchen nicht so lange wie die Bundesebene, um Klarheit zu geben.

Jetzt habe ich es in Bezug auf dieses parteipolitische Pingpongspiel ja etwas leichter. Wir hatten die Bundesministerin Karliczek allerdings eindringlich gebeten, in Sachen Verlängerung der Regelstudienzeit oder Erweiterung des BAföG-Anspruchs schnell, klar, eindeutig und pragmatisch einen Spielraum zu eröffnen. Wenn ich die Ministerin nun richtig verstanden habe, so hat sie gar nicht mal mit fehlender Empathie reagiert, sondern sie hat gesagt: Der Finanzminister gibt mir halt das Geld nicht.

(Zurufe)

Aber machen Sie das lieber unter sich aus.

(Zurufe – Unruhe)

Machen Sie das einfach miteinander klar. Wir hätten jedenfalls erwartet, dass der Bund da schnell agiert. Das hat er nicht getan –

(Unruhe)

zulasten der Studierenden. Selbst die Nothilfe ist erst nach vielem Heckmeck – nach vielem Heckmeck! – freigegeben worden, die 100 Millionen €, die über die Studierendenwerke jetzt ausgekehrt werden. Zum einen aber ist das Instrument zu spät gekommen, und zum anderen ist das Verfahren technisch zusammengebrochen. Es war angekündigt worden, noch im Juni werde ausgezahlt. Gerade eben läuft aber über den Ticker: Es klappt nicht im Juni. Denn in den wenigen Tagen, in denen die Plattform jetzt läuft, sind über 50 000 Anträge von Studierenden eingegangen, sodass man nun mit der Bearbeitung der Anträge nicht hinterherkommt. Es wird also Juli, bis die Studierenden zum ersten Mal etwas aus dieser Nothilfe sehen.

Wir machen es hier besser. Wir haben bei der Nothilfe schnell reagiert und ein Instrument auf den Weg gebracht, und wir haben mit der Verlängerung der Regelstudienzeit für BAföG-Empfänger ein wichtiges Signal der Verlässlichkeit gesetzt. Die Studierenden müssen nicht bangen und auf den Beginn des nächsten Semesters warten, um zu wissen, wie es weitergeht, sondern sie haben eine ordentliche Ausgangslage.

Deswegen noch einmal ein herzliches Dankeschön an Sie für das schnelle Reagieren und Mitdenken und für das gute Miteinander. Ich richte diesen Dank an das ganze Haus; der Gesetzentwurf ist ja heute Mittag im Ausschuss einstimmig angenommen worden.

Ich glaube, Schnelligkeit ist in diesem Fall durchaus ein hohes Gut, weil es da um Existenzen, um Existenzängste geht. Wir haben das ganz ordentlich hinbekommen.

Ich freue mich auch, dass Sie heute Mittag die Bedenken des Datenschutzbeauftragten – die wir sehr ernst nehmen; seine

(Ministerin Theresia Bauer)

Rückmeldungen sind uns wichtig – dennoch hintangestellt haben und gesagt haben: Wir geben den Weg für dieses Gesetz frei. Ich fand auch, dass von den vorgetragenen Bedenken nicht alles so schwergewichtig war, als dass man über diese Hürde nicht hätte springen können. Ich bin froh, dass Sie das getan haben.

Nehmen wir etwa die Sorge, dass man bei Videokonferenzen sein Wohnzimmer den Kollegen offenlegt. Ich meine, das ist jetzt nicht mehr so richtig State of the Art. Man kann mit einer schönen App seinen Hintergrund austauschen, man kann auch den Bildschirm ausschalten; es gibt viele Möglichkeiten. Man kann seinen Laptop auch mit in den Garten nehmen.

(Zurufe)

Auf dieser Ebene Bedenken zu formulieren, ist sein gutes Recht; aber ich bin froh, dass Sie gesagt haben: Das ist jetzt kein Grund, dieses Gesetz aufzuhalten.

(Unruhe)

Einen Kritikpunkt des Datenschutzbeauftragten möchte ich hier ebenfalls noch zur Sprache bringen, weil ich diese Kritik explizit nicht teile. Der Datenschutzbeauftragte regt an, die Möglichkeit der Videokonferenz als Ergänzung zu Präsenzsitzungen auf die Zeit der Coronakrise zu beschränken, um danach sozusagen wieder generell in den Modus von Präsenzveranstaltungen zurückzukehren. Ich glaube grundsätzlich, dass Präsenz viel facettenreicher und vielfältiger ist; das ist gar keine Frage. Ich meine aber, dass man sich dem digitalen Element auch für Gremien nicht komplett verwehren sollte. Es macht Sinn, dieses Instrument auch in anderen Zeiten zu bewahren, z. B., um Eilentscheidungen – wie es sie in Hochschulen immer wieder einmal gibt und wie sie vom Vorsitzenden vorgenommen werden – zu reduzieren. Denn das Instrument der Videokonferenz ist dabei flexibler als die traditionelle Gremiensitzung.

Daher noch einmal: Ich bin froh darüber, dass Sie zwar diskutiert haben, am Ende aber nicht verschoben haben, sondern heute entschieden haben und heute Abend im Parlament auch eine Entscheidung treffen.

Herr Abg. Weinmann, Sie haben versucht, das in dem Bild auszudrücken, wir würden die Gabel reichen, die Hochschulen brauchten aber einen Löffel. Ich habe den Eindruck: So eng, wie Sie die Hochschulen führen wollen, die eigentlich ziemlich viel selbst hinkommen und selbst gestalten können – darauf sind wir auch stolz –, wollen Sie den Hochschulen nicht den Löffel geben, Sie geben ihnen die Schnabeltasche. Die Hochschulen sind groß und stark genug. Die schaffen das. Sie schaffen es, den einen oder anderen Spielraum selbst zu gestalten. Man muss sie nicht so eng an die Hand nehmen. Sie sind keine kleinen Kinder.

Deswegen, glaube ich, haben wir ordentlich dosiert das richtige Instrumentarium geschaffen. Danke schön für die guten Beratungen und die Schnelligkeit, die Sie an den Tag gelegt haben.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Wolfgang Reinhart
CDU: Hat der Kollege eine Pflegeausbildung? – Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind gleich fertig. Mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/8151. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 16/8296. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen – Sie haben es eben gehört –, dem Gesetzentwurf mit verschiedenen Änderungen zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landeshochschulgesetzes

in der Fassung von Ziffer 1 der Beschlussempfehlung.

Ich schlage Ihnen vor, dass ich Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Damit sind Sie einverstanden. Wer Artikel 1 in der Fassung von Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu

Artikel 2

Änderung des Studierendenwerkgesetzes

Ich schlage Ihnen vor, Artikel 2 insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Anwendung auf das KIT

in der Fassung von Ziffer 2 der Beschlussempfehlung. Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 24. Juni 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und des Studierendenwerksgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Damit haben wir Punkt 7 der Tagesordnung abgeschlossen und sind auch am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir treffen uns zur nächsten Plenarsitzung morgen, am 25. Juni 2020, um 9:30 Uhr wieder.

Ich schließe die Sitzung und wünsche einen angenehmen Abend.

Schluss: 18:18 Uhr